Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

22 (31.5.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 22 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Böblingen) Karlsruhe, 31. Mai 1950 Preis 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage auf Seite 8 dieser Ausgabe bringt einen Gang durch die weltbekannte Sektkellerei Kupferberg in Mainz. Das Bild zeigt das große Abfüllfaß, dessen Inhalt im Laufe eines Tages durch die vollautomatischen Abfüllmaschinen auf Flaschen gefüllt wird.

Eile am Bau Europas

Schon Verhandlungen über den Schuman-Plan - England muß mitmachen - Zahlungsunion kommt Rußland bietet Weizen an - Unberechtigte Restitutionsansprüche - Export nimmt stark zu

Mit einer erstaunlichen Schnelligkeit geht man an die Vorverhandlungen über den Schuman-Plan. Früher pflegten solche Pläne nur erst Wellen in der Presse zu schlagen und dann irgendwo zu versacken. Diesmal ist es allen daran Interessierten und auch Widerstrebenden ernst, und selbst die Widerstrebenden (die Engländer) haben erklärt, auf keinen Fall dürfe Zeit verlorengehen. Gleich nach Pfingsten ist unser Minister Blücher nach Paris gefahren, um die Verhandlungen aufzunehmen, und der französische Botschafter in England ist mit Instruktionen nach London zurückgekehrt. Die Engländer haben es zunächst abgelehnt, sich von vorneherein mit dem Zusammenschluß der gesamten Kohlen- und Eisenindustrie in Europa einverstanden zu erklären. Das war zu erwarten. Diese Bedingung ist auch zu hart, und erinnert nur erschreckend daran, daß der Schuman-Plan ja im wesentlichen sich um eine Vereinigung der deutschen mit der französischen Schwerindustrie handelt und daß bei diesen beiden Partnern das Vorherverpflichten des einen in den letzten fünf Jahren üblich war. Das Katze-im-Sack-Kaufen war eine Verpflichtung, der wir uns eben nicht entziehen konnten.

England wird eingeschaltet

Durch das Einschalten Englands ergeben sich zweifellos neue Gesichtspunkte. Betrachten wir diese zunächst vom Eisen-Standpunkt her. Frankreichs Eisen und Stahl ist teurer als der deutsche Stahl. Frankreichs Eisenproduktion ist in den letzten Monaten erschreckend zurückgegangen, die deutsche aber gestiegen. Würde die Vereinigung Deutschland-Frankreich zustande kommen, würde Deutschland zweifellos verpflichtet werden, Eisen und Stahl zu verteuern, mindestens auf die Höhe der französischen Preise. Das würde die deutsche eisenverarbeitende Industrie im Export schwer behindern. England könnte nichts Besseres passieren; denn dann wäre sowohl englisches Eisen im Abstand das billigste, als auch die englische eisenverarbeitende Industrie hätte einen Vorsprung, den sie sich nicht erträumt hat. Bei der Kohle ist es genau umgekehrt. Frankreich hat ein Interesse an billiger Kohle. In Deutschland haben wir bekanntlich zwei Kohlenpreise; einen für das Inland und einen höheren für den Export. Frankreich möchte die Kohle gern zum billigeren Inlandspreis haben. Zweifellos wird sich über die Kohle die erste Brücke schlagen lassen.

Nicht ganz in dieses Programm paßt die Beschleunigung der Demontage der Rennanlage in Watenstedt. Wir sprechen darüber an anderer Stelle deutlicher und ausführlicher. Auch die Tatsache, daß unser letztes Breitband-Walzwerk demontiert ist, wird manche psychologische Hemmung bringen, insbesondere wenn man dann von Arbeitsleistung spricht und meint, wir brauchten ein großes Walzwerk ja nicht, weil die Kapazität der hochmodernen französischen, mit Marshallplangeldern erstellten Werke ausreichen würde, um auch den deutschen Bedarf zu decken. Es ist ja kein Geheimnis, daß die französische Eisen- und Stahlindustrie bereits unter Absatzmangel zu leiden beginnt, in Deutschland aber mit Recht eine Erhöhung der Stahlquote gefordert wurde, weil ja uns — vorläufig noch und wahrscheinlich noch auf lange Sicht — unsere Stahlkapazität nicht ausreicht, um den durch den Aufbau, Wohnungsbau usw. zusätzlichen gesteigerten Bedarf zu decken. (Es sei hier nebenbei erwähnt, daß in der letzten Woche in den USA die Kapazität der Stahlindustrie mit 101,5 Prozent ausgenutzt wurde).

Auch wir Deutschen nehmen unseren Anteil am Gelingen des Schuman-Planes ernst. Minister Blücher ist, wie erwähnt, bereits in Paris und wird dort die deutschen Männer nennen, die von unserer Seite aus an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Genannt werden: Dr. Weilhausen (M.A.N.), Dr. Semmler (der gerade Wiedergewählte) und Dr. Reisch (Gutehoffnungshütte). Es wurde auch Dr. Merton (Metallgesellschaft) genannt, aber man munkelt, daß die Gewerkschaften gegen ihn seien — und die Gewerkschaften schalten sich in diesen Verhandlungen sehr stark ein.

Deutsche Werte fest

Es ist gut zu verstehen, daß sich infolge dieser Entwicklung und des friedlichen Propagandamarsches der FDJ die Kurse für die deutschen Werte an den ausländischen Börsen verbessern konnten. Sowohl aus der Schweiz wie aus London werden gleichlaufende Entwicklungen gemeldet. So zog am Montag die deutsche Kalianleihe in London mit ausdrücklichem Hinweis auf das reibungslose Funktionieren in Berlin um einige Punkte an.

Sowjetunion will Getreide liefern

Man könnte auch noch einen Moment der Entspannung erwähnen, nämlich die Erklärung der Sowjetunion, sie sei bereit, in technische Verhandlungen über die Lieferung von Getreide aus Osteuropa zu treten. Wir vermuten, daß es sich dabei lediglich um russisches Getreide handeln wird, aber immerhin es ist ein Anfang und es ist ein, wenn wir so sagen dürfen, natürlicher Anfang; denn aus dem Osten kam immer unser Getreide, allerdings größtenteils aus Gebieten, die zu unserem Vaterlande gehörten und die wir auch heute noch als zu uns gehörig betrachten. Es scheint also im Moment so, als ob der kalte Krieg nur im kleinen gespielt wird, wie die 30 Schleppkähne, die man jetzt nach Berlin zurückbeordern mußte.

(Fortsetzung auf Seite 3)

In dieser Nummer

Baden-Baden

Großer Erfolg der deutschen Autoindustrie in Wien

Eine sachliche Stimme zur deutschen Konkurrenz

Bundesrepublik kauft wieder europäische Agrargüter

Frankreichs Handel mit Deutschland

Österreichs größtes Chemie-Werk

Dritter ECA-Bericht

Beispiele, die lehren könnten

Zu Spenglers 70. Geburtstag

Eine Reihe von Ereignissen und Entwicklungen der letzten Tage und Wochen, die anscheinend nicht zusammenhängen, doch in einen Zusammenhang zu sehen, soll hier versucht werden, und dies an dem Tage, an dem Oswald Spengler 70 Jahre alt geworden wäre.

Die Tatsachen: mit aller Gewalt wehrt man sich in Deutschland, auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft, die Preisbildung frei von behördlicher Regelung zu machen, also die Agrarpolitik der Wirtschaftspolitik anzupassen; das Handwerk bemüht sich auf dem Wege über den Hinweis auf die Schwarzarbeit das gelockerte Zunftgefüge wieder zu reparieren; der Bundeswirtschaftsminister kämpft wie ein Löwe gegen die an ihn herangetragenen Anträge aus allen Teilen der Wirtschaft auf Preisbindungen; die Gewerkschaften setzen alles daran, als Machtfaktoren in die einzelnen Betriebe (auf dem Umwege über das Mitbestimmungsrecht) und in die große Politik auf dem Wege über die Beteiligung (wenn auch nur indirekt) am Schuman-Plan eingeschaltet zu werden. Und schließlich die letzte Tatsache: der Pfingstaufmarsch der Jugend der Ostzone.

Wir wollen auf Parallelen verzichten, weil es zu weit führen würde, sie in unsere Beweisführung einzufügen. Aber erwähnt seien wenigstens zwei Parallelen. Das seiner Entwicklung und Ideologie nach unagrarische Land der Vereinigten Staaten regelt sehr stark die Preise für agrarische Güter; es nimmt nämlich den Farmern ihre Produkte zu hohen Preisen ab. Und das andere: die Gewerkschaften spielen in Frankreich auf teilweise etwas undurchsichtigen Wegen über die Parteien eine wesentlich stärkere Rolle, als man gemeinhin vermuten könnte.

Bleiben wir aber in Deutschland. „Tatsachen sind wichtiger als Wahrheiten". Dieser Satz Spenglers, aus dem Zusammenhang gerissen, wird oft mißverstanden. Die Wahrheit ist nun einmal nicht in die Mehrzahl zu setzen. Wenn Spengler von Wahrheiten spricht, dann meint er eben nicht die Wahrheit, sondern die vielen sogenannten Wahrheiten, die Doktrinen, die Ideologien. Und dann hat er schon recht, daß die Tatsachen wichtiger sind.

Die Wahrheiten würden in Deutschland heißen: Freiheit im Wirtschaftsleben, eingeschränkte Freiheit im Handwerk und keine Freiheit auf dem Agrarsektor. Das sind also gleich drei Wahrheiten nebeneinander. Erhard vertritt die eine Wahrheit, die Handwerkskammern die zweite und Niklas die dritte. Die Tatsachen sind wichtiger, nämlich: das nicht zu leugnende Streben, die Freiheit auszuschalten. Wo man in diesem Kampf steht, hat mit diesen Tatsachen nichts zu tun. Ob man, wie Erhard, für die Freiheit oder wie Niklas und die Handwerker gegen die Freiheit ist. Das Mitbestimmungsrecht läuft ebenfalls auf eine Beschränkung der Freiheit hinaus, nämlich auf eine Beschränkung der Freiheit des Unternehmers und auf lange Sicht, auch auf eine Beschränkung des Arbeiters; er wird nämlich doch einmal rechtlich oder mindestens praktisch gezwungen werden, einer Gewerkschaft beizutreten. Daß die Sozialisierung auf eine Beschränkung hinausläuft, ist offensichtlich. Und die Konsequenz der Tatsachen ist der Aufmarsch, das Antreten, das Befohlenwerden.

„Eine Macht läßt sich nur durch eine andere stürzen, nicht durch ein Prinzip". Auch das hat Spengler gesagt, und zwar in dem Zusammenhang, als er vom Ringen zwischen Geld und Recht spricht. Spengler macht an dieser Stelle eine Fußnote und sagt, daß die Arbeiterparteien die Geldwerte nicht überwinden, sondern beseitigen wollen. Die Tragik Europas in unserer Zeit ist, daß die Tradition des Rechts unterbunden wurde. Vielleicht, oder wahrscheinlich, sind dadurch die Machtkämpfe so stark geworden. Das Rechtsgefühl ist fast verlorengegangen. Darum hat Spengler wieder recht, wenn er sagt: „Das Geld wird nur vom Blut überwältigt und aufgehoben. Das Leben ist das Erste und Letzte . . . es ist die Tatsache innerhalb der Welt als Geschichte". Wir wollen dies nicht wahr haben, weil wir uns eine von den vielen Wahrheiten als die Wahrheit vorgaukeln. Die Tatsachen sprechen dagegen.

Man darf den Cäsarismus nicht allein an den politischen Beispielen aufzeigen, nicht an Männern, deren Namen in aller Munde sind oder waren, sondern auch an den Männern, die in unserer Zeit ebenso in aller Munde sind, ohne Politiker zu sein. Nehmen wir nur die Sportidoleur. Massensport und Cäsarismus sind immer zu gleichen Zeiten groß geworden. Irgendwie bedingen sie sich. Ob man Bilder der Cäsaren in Aufmärschen durch die Straßen trägt, oder ob man sportliche Handlungen einzelner spaltenlang durch die Zeitungen führt, es läuft auf das gleiche hinaus. Parteidisziplin im politischen Leben ist das gleiche wie die Pflicht für die Mitglieder des Platzvereins, eine sportliche Leistung ihrer Mannschaft zu bejubeln.

Die Nachfahren Spenglers und viele, die ihn mißverstanden haben, zogen daraus pessimistische Schlüsse. Es gibt aber in der Geschichte nur dann eine Berechtigung zum Pessimismus, wenn man von einem Idealbild ausgeht, von einer der sogenannten Wahrheiten. Das Leben jedoch geht weiter, und eine Pflanze, die verwelkt, bringt die Voraussetzung für neues Leben. Man kann das Leben nicht festhalten, aber man kann erkennen, wie es weiter geht. Wenn man den Weg sieht, den das Leben gehen wird und diesen Weg bedauert, dann wertet man bereits und setzt sich selbst als mitbewegende Kraft außer Kraft.

„Nur der Tätige ist ein ganzer Mensch" hat Spengler gesagt. Dieser Satz ist auf der materiellen Ebene richtig, auf der geistigen falsch. Die Übersetzung, die Faust versucht, lautet schließlich, wie bekannt: „Im Anfang war die Tat". Auch das ist mißverstanden worden. Als der Mensch begann, tätig zu sein, ging er in die materielle Ebene, er verlor das Beschauliche, er verlor das Paradies.

Wir müssen also, um Spengler recht zu verstehen, auf der materiellen Ebene bleiben und weiter tätig sein, nämlich das tun, was das Leben von uns verlangt. So lange der Mensch will, muß er tätig bleiben, um das, was er will, zu erreichen. Er kann aber nur erreichen, was das Leben zu bringen gewillt ist. Er kann seinen Willen in das Leben einordnen, dann geht das Leben auch nicht über ihn hinweg.

Das Leben wird in Deutschland auch über die Gegensätze hinweggehen; es wird nämlich sowohl über die aus der Tradition und der Bodenverbundenheit stammende Begünstigung der Freiheitsbeschränkung beim Bauer und Handwerker hinweggehen, wie über die Begünstigung der Freiheit in der Wirtschaft durch Kartellverbote. Das Leben ist auch immer über den Cäsarismus ebenso hinweggegangen, wie über, historisch gesehen, kurze Machtanhäufungen von Familien oder Organisationen. (Etwa die Zünfte im Mittelalter und die Gewerkschaften jetzt). Was wir wissen müssen ist nur, wohin das Leben uns führen wird. Und so wollen wir schließen mit dem Schlußsatz aus Spenglers großem Werk: „Für uns . . . ist in einem engumschriebenen Kreise die Richtung des Wollens und Müssens gegeben, ohne das es sich nicht zu leben lohnt. Wir haben nicht die Freiheit, dies oder jenes zu erreichen, aber die, das Notwendige zu tun oder nicht. Und eine Aufgabe, welche die Notwendigkeit der Geschichte gestellt hat, wird gelöst, mit dem einzelnen oder gegen ihn. Das Schicksal führt den Willigen, den Unwilligen zieht es."

H.

Neutrale liquidieren deutsche Vermögenswerte

Schweiz verkauft an Meistbietende — Schweden stimmt Zwangsclearing gegen Deutschland zu

In den Sommermonaten des Jahres 1940, in einer Zeit also, da die Alliierten noch eifrig das Fell des erlegten Bären verteilten, fanden in Washington Verhandlungen zwischen den Westalliierten und den Neutralen statt, um die Vermögenswerte der Deutschen in ihren Ländern sicherzustellen". Unter dem Vorwand, den deutschen wirtschaftlichen Einfluß auszuschalten, wurde den einzelnen neutralen Ländern ohne Rücksicht auf ihre Souveränität der Auftrag gegeben — und um diese Zeit brauchte man keine Rücksicht nehmen — die deutschen Vermögenswerte in ihren Ländern zu beschlagnahmen. Einzelne Länder, wie z. B. die Schweiz, sind keineswegs händereibend an diese Aufgabe gegangen. Erst nach längeren Verhandlungen und nachdem die Westmächte die Zusicherung abgaben, daß die Deutschen für den Verlust ihres Vermögens in der Schweiz in deutscher Währung entschädigt würden, fühlten sich die Schweizer bewogen „den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands in der Schweiz auszuschalten".

Jetzt ist man nun dabei, die wirtschaftlichen Unternehmungen der Deutschen in der Schweiz meistbietend zu verkaufen. Als Käufer nach dem Washingtoner Abkommen sind nur Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit zugelassen, also auch Amerikaner, Engländer usw. Das ist den Schweizern bei der bekannten Robustheit des amerikanischen Kapitals nicht sehr angenehm und deshalb wohl berufen sich die Schweizer nun sehr laut auf nationale Belange und auf die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft, „unter sonst gleichen Bedingungen für den schweizerischen Kaufinteressenten die Priorität zu beanspruchen". In diesem Zusammenhang bemerkt die „Neue Zürcher Zeitung": Es besteht die Möglichkeit, daß ein mächtiger ausländischer Konzern versuchen könnte, das zu liquidierende Unternehmen als schweizerisches Stammhaus zu erwerben, wobei eine Beeinträchtigung volkswirtschaftlicher Interessen der Schweiz in Aussicht stehen würde." Die Schweizer haben in einer moralisch schwachen Stunde einst A gesagt zu einem nicht klar formulierten Abkommen. Heute fällt es ihnen schwer B zu sagen (d. h. etwaige meistbietende Sieger und Feilverteiler von ihren volkswirtschaftlichen Interessen fernzuhalten.

In Schweden hat man die deutschen Vermögenswerte ebenfalls nach dem Washingtoner Abkommen behandelt. In diesen Tagen wurde die Enteignung rechtskräftig, als der schwedische Reichstag „mit großer Mehrheit" dem von der Regierung vorgelegten „Zwangsclearing-Gesetz" zustimmte. Der Verkauf hat 370 Mill. Kronen eingebracht, die zur Befriedigung staatlicher und privater Forderungen Schwedens verwendet werden sollen. Die Vorlage, die zur Enteignung führte, wurde „von einem Rechtsausschuß geprüft", um eine politische Behandlung zu vermeiden. Ein konservativer Abgeordneter — man muß seinen Namen nennen —, Lundgren, wies darauf hin, daß die Behandlung der Vermögensfrage für die kommenden Beziehungen zu Deutschland von großer Bedeutung sei. Er wünschte eine Vertagung der Entscheidungen und gab zu bedenken, daß Schweden mit diesem Gesetz als erstes Land ein Zwangsclearing gegen Deutschland durchführe. Also eine einzige, schwache Stimme für die Neutralität bis zur letzten Konsequenz. Die anderen können sich immerhin darauf berufen, daß die Alliierten erklärt hatten, es gäbe in diesem Kriege keine Neutralen. Verschiedene Länder Südamerikas — in Europa pflegt man sie wegen ihrer Rechtsauffassungen etwas mitleidig zu belächeln — haben bekanntlich die Beschlagnahme und Enteignung deutscher Betriebe aufgehoben, zumindest aber die Bestimmungen stark gelockert.

Wir lesen, vor allem in den schweizerischen Blättern, Beschwerden über die Enteignung fremden Kapitals in den sowjetischen Satellitenländern. Man ist aber mit dem Washingtoner Abkommen, das mit der traditionellen Achtung der Schweiz vor dem Privateigentum nicht in Einklang zu bringen ist, mit einem wenig lobenswerten Beispiel vorangegangen. Wir wollen — um dem Einwand zuvorzukommen — nicht verschweigen, daß deutsche Regierungen mit der Vertragstreue es ehedem nicht genau nahmen. Gewiß, aber so schwach sind die Schweizer nicht, sich ihre guten Sitten durch schlechte Beispiele verderben zu lassen. Es liegt heute nicht an uns, daß die Frage der schweizerischen Vorkriegsforderungen an Deutschland nicht geregelt wird.

Mitbestimmungs-Entwurf noch zurückgehalten

In letzter Minute nahm die Regierung von ihrem Vorhaben, den Referenten-Entwurf des Arbeitsministeriums zum Mitbestimmungsrecht zu veröffentlichen, Abstand, da die Auffassungen der Sozialpartner bei den Verhandlungen im Arbeitsministerium doch noch einander angenähert werden konnten. Die Beratungen werden am 2. Juni fortgesetzt werden. Auch die für den 30. 5. angesetzte Kabinettssitzung über das Mitbestimmungsrecht fand nicht statt; wahrscheinlich wäre sie auch schon wegen der Erkrankung des Bundeskanzlers unterblieben.

In Bonner Regierungskreisen stellt man fest, daß die Gewerkschaften bei den Verhandlungen nicht mehr so hartnäckig wie bisher ihren früheren Standpunkt vertreten haben. Insbesondere zeigen sie sich in dem bislang am heftigsten umstrittenen Punkt, nämlich der Besetzung der innerbetrieblichen Organe mit Gewerkschaftsfunktionären, bereit, nachzugeben. Der Vertreter des DGB brachte zum Ausdruck, die Gewerkschaften seien vornehmlich daran interessiert, künftig in den genannten Organen Vertreter der Arbeitnehmerseite zu wissen. Allerdings wendet man in diesem Zusammenhang von Regierungsseite ein, die paritätische Zusammensetzung der Organe, die auch in den jüngsten Verhandlungen noch angestrebt wurde, sei wohl keinesfalls zu erreichen. Zu diesem Punkt wird aus Kreisen der Freien Demokraten geltend gemacht, alle bis jetzt vorgelegten Entwürfe hätten das Grundproblem noch nicht scharf umrissen. Es sei unklar geblieben, wie eine außerbetriebliche Schiedsstelle die Verantwortung für die finanziellen Folgen tragen solle, wenn es zu Betriebseinschränkungen oder Entlassungen komme und die Weiterführung des Betriebes zu diesem Aufließung führe. Dabei wird nicht übersehen, daß die Arbeitnehmer vor ungerechtfertigten Entlassungen Schutz erhalten müssen. Namentlich wegen dieses Punktes werden noch eingehende Erörterungen im Kabinett bei der Beratung des Regierungs-Gesetzentwurfes stattfinden. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß der Regierungsentwurf noch mehrfacher Beratung im Kabinett bedarf und dabei geändert werden wird. Eine endgültige Einigung zwischen den Sozialpartnern würde diese Besprechungen im Kabinett erleichtern.

SPIELBANK · BADEN-BADEN · Roulette Baccara Cubus

DIE ÄLTESTE UND SCHÖNSTE SPIELBANK DEUTSCHLANDS

STAATLICHE KONZESSION · GANZJÄHRIG GEÖFFNET

aber daß der kalte Frieden im großen vorsichtige Blüten treibt.

Handelsvertragsverhandlungen

Gleichzeitig mit dem Beginn der Vorverhandlungen über den Schuman-Plan kommt die Meldung aus London, daß eine deutsche Delegation zu Handelsvertragsverhandlungen nach England eingeladen wurde. (Der Handelsvertrag läuft am 30. Juni ab.) Aus den Londoner Kommentaren ist zu entnehmen, daß man sogar dort anzuknüpfen bereit ist, wo man im März d. J. die Verhandlungen abbrach. Die Konvertierbarkeit des Pfundes war damals eine gewisse Schwierigkeit und wird es wohl vorläufig auch immer noch sein, aber — und nun kommt das zweite entscheidende Moment: die Europäische Zahlungsunion bekommt ebenfalls Umrisse.

Europa-Zahlungsunion

Manche gut Orientierten behaupten, schon im Herbst dieses Jahres würde eine solche Zahlungsunion zustande kommen. Wir haben in der vorigen Ausgabe die Pläne dieser Europäischen Zahlungsunion aufgezeigt und setzen in dieser Ausgabe an anderer Stelle die Betrachtungen fort. Das politische Tempo ist zweifellos schneller geworden in den letzten Wochen. Man bemüht sich jetzt, das Tempo in der Realisierung der wirtschaftlichen Union Europas auf die gleiche Höhe zu bringen, wie die Realisierung der militärischen Verteidigung. Und vielleicht ist heute, da sich die Meldungen über eine wirtschaftliche Union häufen, eine Anknüpfung an unsere Betrachtung vor 14 Tagen berechtigt, als wir eine Bemerkung aufgriffen, daß die Wirtschaft Europas den Verteidigungsplänen angepaßt werden müsse. Die Eile, mit der man an den Schuman-Plan und an die Zahlungsunion geht, bekommt so eine besondere Beleuchtung, vielleicht die richtige Beleuchtung. Diese Feststellung ist kein Distanznehmen. Es ist nicht nur oft mancher Mensch, sondern auch manches Volk oder mancher Nationenverband zum Guten gezwungen worden.

Prosperität und Defizit

Die Aufwärtsbewegung der Preise auf den internationalen Warenmärkten hat sich weiter fortgesetzt, und der Optimismus in den USA für ihre eigene Wirtschaft steigert sich ebenfalls weiter. An diesen Optimismus möchten wir Deutsche anknüpfen. Von einsichtigen Männern in den USA wird nicht verkannt, daß (siehe Näheres unter den Auslandsbörsen) die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft in den USA irgendwie mit dem Defizit des Etats zusammenhängt. Man scheut sich in den USA also nicht, die Haushaltsmittel zu überziehen, um die Prosperität weiterzutreiben. Nun ist es zweifellos für ein reiches Land etwas anderes, ein Etatdefizit zu haben wie für ein armes. Uns Deutschen ist es aber verboten, Defizite im Haushalt zu haben. Mit Argusaugen wachen die Hohen Kommissare darüber. In diesem Punkt einen Prinzipienstreit zu beginnen, ist völlig sinnlos. Es steht fest, daß der Bund ein Defizit haben wird und es ist ebenso einleuchtend, daß nur wegen dieses Defizits und nur unter dem Opfer eines Defizits im Etat die Beseitigung der Arbeitslosigkeit beginnen wird. Das ändert nichts daran, daß man sich immer wieder bemühen muß, den Etat zum Ausgleich zu bringen. Mit der Erfindung neuer Steuern hat dies allerdings gar nichts zu tun. Das Problem Kaffee und Zigaretten muß von einer anderen Seite her gelöst werden. Die Steuerermäßigung für diese beiden Punkte muß kommen, aber die Einnahmen dürfen nicht zurückstehen. Vielleicht ist in diesen Punkten auch jetzt im Zuge des neuen Wirdes manches zu erreichen, was nicht auf dem Gebiet der Steuern liegt, aber eine Steuersenkung ermöglicht.

Treibstoff

Da wir gerade bei der schwarzen Ware sind, noch kurz ein Streiflicht auf den Treibstoff. England hat am Tage vor Pfingsten die Treibstoffrationierung aufgehoben. Damit fällt die letzte psychologische Hemmung, auch bei uns die Treibstoffrationierung aufzuheben. Es wird gut sein, diese Chance zu nützen. Wirtschaftlich ist zweifellos die Freigabe des Benzins möglich, und wahrscheinlich wird sich in der freien Preisbildung noch einmal eine kleine Senkung des Benzinpreises herauskristallisieren.

Börsen mit schwacher Funktion

Die deutschen Börsen sind von dem Optimismus, der sich auf dem politischen Sektor entwickelt, noch nicht angesteckt. In der Woche vor Pfingsten stagnierte das Börsengeschäft. Nun hat dies seit etwa 3 Wochen einen besonderen Grund. Es sind da aus Holland eigenartige Restitutionsansprüche gestellt worden. Ausgerechnet nachdem ein Jahr vergangen ist, da man die Restitutionsansprüche hätte anmelden sollen, behaupten jetzt Holländer, daß eine ganze Reihe von Stücken bekannter deutscher Aktiengesellschaften unrechtmäßig in deutsche Hände gekommen seien. Es sind dies im wesentlichen Montanpapiere, aber auch Aktien anderer Gesellschaften. Die Rechtslage ist eindeutig: der gutgläubige Erwerb schützt, und die Anmeldefrist ist, wie erwähnt, abgelaufen. Jedoch die Unsicherheit ist vorläufig noch vorhanden.

Ein weiterer Grund für das Stagnieren des Börsengeschäfts ist, wie immer, der Kapitalmangel. Die Umsätze sind sehr gering, und die Kursbildung ist von Zufällen abhängig. Am Beginn dieser Woche zeigte sich eine gewisse Freundlichkeit in der Tendenz. Die Kurse zogen am Montag etwas an: Hoesch 49½, Stahlverein 49, Gutehoffnungshütte 62, Siemens 44, Daimler 46⅝, Deutsche Erdöl 56⅝, Westerhall 80½ bis 81, Salzdetfurth 66, Conti-Gummi 151½, MAN 76, Lindes Eis 78½, Heidelberg Zement 92½, Knorr 68, NSU 102.

Bundesrepublik kauft wieder europäische Agrargüter

Eine Feststellung der UNO

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits begonnen, Großbritannien als wichtigsten Abnehmer der Nahrungsmittelüberschüsse europäischer Lieferländer abzulösen. Dies ist eine der wichtigsten Feststellungen, die in einem Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Europa über den Lebensstandard in den einzelnen europäischen Ländern getroffen wird.

Im vergangenen Jahre sei fast die gesamte Mehrproduktion, die sich bei Fleisch- und Molkereiprodukten in den europäischen Exportländern ergab, von Großbritannien aufgenommen worden. Gegen Ende des Jahres sei jedoch die Bundesrepublik Deutschland wieder als aktiver Käufer auf dem Plan getreten. Die Bundesrepublik, so heißt es weiter, scheine dabei im Vergleich zu Großbritannien die besseren Preise zu bieten. Ganz sicher aber werde die Nachfrage der Bundesrepublik nach Nahrungsmitteln auf den europäischen Märkten und auf denen der überseeischen „Nichtdollargebiete" ganz erheblich zunehmen, sobald es ihr gelingt, sich von den Lebensmittelimporten und der finanziellen Hilfe aus den USA unabhängiger zu machen.

Der Lebensstandard in den einzelnen europäischen Ländern, so wird in dem Bericht weiter ausgeführt, weise erhebliche Unterschiede auf. Es habe jedoch nicht festgestellt werden können, daß die Subventionierung von Nahrungsmitteln oder ähnliche Maßnahmen zur Ausgleichung der Lebenshaltung der verschiedenen Einkommensgruppen, wie sie z. B. in Großbritannien oder in den skandinavischen Ländern durchgeführt werden, die Arbeitswilligkeit der Bevölkerung ungünstig beeinflussen.

In einigen Vergleichen wird dann unter anderem ausgeführt, daß den Bewohnern sowjetrussischer Großstädte je Person gerechnet nur ein Viertel des Wohnraums zur Verfügung steht, der zur Zeit in Frankreich, Dänemark oder Schweden bewohnt wird. Die besten Wohnverhältnisse in Europa bestünden in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern. Die Bevölkerung Schwedens, Belgiens, der Schweiz und Großbritanniens verfüge im Durchschnitt über einen etwa vier mal größeren Bestand an Kleidungsstücken als die Bewohner der Sowjetunion oder Jugoslawiens. Die Kaufkraft der Löhne industrieller Arbeitskräfte in bezug auf Nahrungsmittel erreiche in Großbritannien etwa drei Viertel, in der Schweiz, in Irland und in Finnland aber nur etwa die Hälfte, in Frankreich und Ungarn etwa ein Drittel und in Italien und Österreich etwa ein Viertel der Kaufkraft der Löhne in den USA. Der Verbrauch von Tabak, so wird abschließend festgestellt, hat sich trotz der höheren steuerlichen Belastung in fast allen Ländern erhöht. Da der Devisenaufwand für den Import von Tabaken jedoch nur verhältnismäßig klein ist, habe der starke Tabakverbrauch eher dazu beigetragen, überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen, ohne den Devisenetat der importierenden Länder spürbar zu belasten.

20 v. H. Devisen-Bonus gesichert Reihenfolgeverfahren wird geändert

Der Devisen-Bonus von 20 v. H. mit freier Übertragbarkeit in allen Vorstufen ist gesichert. Das Reihenfolge-Verfahren beim Import wird geändert werden, weil es sich nicht bewährt hat und Quotenkäufe usw. veranlaßte. Diese Mitteilungen machte Bundeswirtschaftsminister Erhard vor der DIK Frankfurt. Weiter gab Erhard seiner außerordentlichen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der bei der Umlagerung der Einfuhren aus dem Dollar-Raum in den Raum der weichen Währungen eingesparte Betrag von 60 Mill Dollar nicht für wichtige Importe aus dem Dollar-Raum verwendet werden dürfe. Dies habe seinem Vertrauen in den Marshall-Plan einen schweren Stoß gegeben. Die Liberalisierung des Außenhandels, der die Ersparnis zu verdanken sei, werde er jedoch trotz dieser Enttäuschung weiter betreiben.

Heranziehung der mittleren und Kleinindustrie Südbadens zum Export

In Kreisen des badischen Wirtschaftsministeriums heißt man eine Beteiligung zur Förderung des Exportes verstärkt auf die kleineren und mittleren Industriebetriebe. Man ist der Ansicht, daß bei diesen Unternehmen noch reichliche Exportmöglichkeiten zu schöpfen sind. Die bestehenden Hemmungen seien in den meisten Fällen auf die Furcht vor einem unstaatlichen bürokratischen Verfahren, d. h. auf die Unkenntnis der vereinfachten Ausfuhrbestimmungen zurückzuführen. Außerdem seien Bemühungen im Gange, diese Wirtschaftskreise mit Hamburger Exporteuren in Verbindung zu bringen.

Deutsche Werftindustrie immer noch nicht voll ausgenutzt

Die Hellinge der deutschen Küstenstädte können im Rahmen der bisherigen Schiffsbaugenehmigung nicht voll ausgenutzt werden, wie die Abteilung Schiffbau beim Bremer Wirtschaftssenator für Schiffsneubauten im Zusammenhang mit einer in der Presse veröffentlichten Behauptung des britischen Hochkommissars, Sir Ivon Kirkpatrick, erklärt. Sir Kirkpatrick hat den Ausnutzungsgrad der deutschen Werftkapazität mit 93 Prozent beziffert, was in Bremen starkes Befremden hervorgerufen hat.

Nachdem auf Grund der neuen Anordnung der Hohen Kommission für die Kontrolle des deutschen Schiffbaues vom 12. Mai 1950 die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten oder beschädigten Werfteinrichtungen gestattet ist, wird der nicht ausgenutzte Teil der deutschen Werften von bisher rd. 25 Prozent auf über 30 Prozent vergrößert werden. (Die Hellinge der deutschen Küstenstädte ermöglichen derzeit Schiffsneubauten bis zu 10 000 BRT.) Gemessen an den Produktionszahlen fehlt allerdings ein noch weit höherer Anteil an der vollen Ausnutzung der Werftkapazität. So vermißt der deutsche Schiffbau vollständig den Bau größerer Objekte, insbesondere von Tankern und vor allem den Bau von Frachtschiffen für ausländische Rechnung. Die nunmehr in Aussicht gestellte Bewilligung des unbeschränkten Schiffbaues für den Export wird gleichzeitig eine zweckmäßigere Verteilung der Schiffsbauten bewirken können, indem die großen Werftunternehmen den kleinen Werften die Spezialaufträge überlassen können, auf die sie gegenwärtig angewiesen sind.

Rheinische Chamotte wurde modernisiert

Die zur Hoesch-Gruppe gehörende Rheinische Vulkan Chamotte- und Dinaswerke mbH., Oberdollendorf a. Rh., beginnt mit einer Modernisierung ihrer Produktionsanlagen. Der Betrieb soll rationalisiert werden und gleichzeitig will man den ständig steigenden Forderungen der Abnehmer im Inland und Ausland in der Qualität gerecht werden können. Die Kriegsschäden in Höhe von 40 v. H. konnten noch nicht restlos beseitigt werden, da die erforderlichen Kreditmittel bisher nicht bereitgestellt wurden. Die allgemein in der Industrie für feuerfeste Produkte feststellbare geringe Kapazitätsausnutzung und der mit der Minderbeschäftigung verbundene Preisdruck behindern den Wiederaufbau stark. Dem Werk ist es jedoch gelungen, aus eigenen Mitteln die Vorkriegskapazität zu weit wieder herzustellen, daß im Falle ihrer Besserstellung voll gearbeitet werden könnte.

•

Der Hauptverbraucher feuerfester Erzeugnisse ist die Eisen- und Stahlindustrie, die in normalen Zeiten 45 v. H. der Erzeugung aufnimmt. Die Kapazität der Werke in der Westzone ist auf eine Stahlerzeugung von etwa 20 Mill. t jährlich eingerichtet. Daher wird der Ausfall bei dem Absatz feuerfester Erzeugnisse als Folge der Begrenzung der Stahlerzeugung auf 11 Millionen t mit 250 000 bis 400 000 t jährlich beziffert. Die Kapazitäten der Werke sind durchschnittlich mit 65 v. H. ausgenutzt. Der Absatzdruck hat bereits zu einem scharfen Kampf um den Markt mit den entsprechenden Folgerungen auf die Preise geführt. Zur Zeit ist es noch unklar, wie das Problem der überschüssigen Kapazität gelöst werden soll. Es wird versucht, einen gewissen Ausgleich in der Erzeugung anderer keramischer Waren zu finden, jedoch sind die Umstellungsmöglichkeiten aus technischen Gründen begrenzt.

Einige Aussichten bieten sich bei der Ausfuhr, die 1937/38 einen Anteil von 7,5 v. H. an der Gesamtproduktion hatte. 1948 wurde der Anteil auf 14 v. H. erhöht. Diese Steigerung ist vorwiegend in der Erweiterung der Schwerindustrie in den europäischen Ländern, besonders in Frankreich, begründet. Bedeutende Abnehmerländer sind neben Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Belgien, die Schweiz, Österreich, die Nordländer und steigend auch wieder die Mittelmeerländer. Schwierig ist die Ausfuhr noch nach Südamerika, Spanien, Portugal und den Balkanländern mit Ausnahme von Jugoslawien, das wieder ein größerer Abnehmer geworden ist. Gegenwärtig halten Frankreich und Belgien mit der Errichtung von Neuanlagen sehr zurück; die Lieferungen für Neuanlagen waren immer eine Stärke des deutschen Exports. Die Aufträge sind stets in enger Zusammenarbeit mit den großen deutschen Firmen der Maschinenindustrie hereingeholt worden. Der Rückgang der Lieferungen nach Frankreich und Belgien wird durch Lieferungen an andere Länder, z. B. die Türkei, ungefähr ausgeglichen.

Die feuerfesten Industrien der Nachbarländer, die als Folge des Aufbaues der heimischen Schwerindustrie vermehrt errichtet wurden, befürchten ein Anwachsen der deutschen Konkurrenz wegen der zunehmenden Liberalisierung der Handelsverträge. Sie versuchen, mit der deutschen Industrie ins Gespräch zu kommen, um eine freiwillige Begrenzung der deutschen Auslandslieferungen zu erreichen. Die deutschen Werke haben wegen der Güte ihrer Rohstoffvorkommen und ihrer besseren technischen Ausrüstung einen natürlichen Vorsprung.

Heiz- und Kochgeräte-Industrie

Mit einem Absatz von 49,8 Millionen DM im 1. Quartal 1950 (4/IV. 1949: 80,5 Mill. DM) verzeichnet die HKI ihre saisonbedingte Absatzhalde. Der Tiefpunkt der Absatzentwicklung im Bundesgebiet liegt im Februar, wo an Kohlenherden 6,8 Mill. DM, an Gaskochgeräten 2,6 Mill. DM, an Öfen rd. 3 Mill. DM und an sonstigen Geräten (Elektroherden, Wasserheitern, Großkochanlagen) 3,3 Mill. DM abgesetzt wurden. Trotz der sinkenden Absatztendenz hat die HKI unter finanziellen Opfern im Hinblick auf die zu erwartende günstige Absatzentwicklung in der 2. Jahreshälfte 1950 kaum nennenswerte Entlassungen von Arbeitskräften und nur geringfügige Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen. Die Industrie rechnet in Anbetracht der zahlreichen geplanten Bauvorhaben im Herbst mit Schwierigkeiten in der Bedarfsdeckung. Auch die Lieferung von Ersatzteilen für Öfen und Herde wird im Herbst schwierig sein, wenn sich der Handel nicht bereits in der Vorsaison eindeckt.

Der Export an Heiz- und Kochgeräten ist im Verhältnis zum Gesamtabsatz mit rd. 1,7 Mill. DM noch unbedeutend, zeigt aber seit Januar (300 000 DM), Februar (650 000 DM), März (850 000 DM) eine stetig ansteigende Tendenz, welche auf die Preiswürdigkeit und Qualität der westdeutschen Geräte zurückzuführen ist.

International konnte sich die D-Mark von der leichten Schwäche der letzten Wochen wieder erholen und ihre alten Kurse wieder erreichen. So notierte sie in Zürich wieder, wie vor 3 Wochen: 100 DM = 82,50 sfr. An den freien Devisenmärkten in Westdeutschland gab der Dollar leicht nach und steht bei etwa 5,00 bis 5,20, der Schweizer Franken bei 1,19 bis 1,20 und das Pfund bei 12,0. Von nordischen Währungen waren in Hamburg zu hören: Gulden mit 1,20 bis 1,28, Dänenkronen mit rund 0,50 und Schwedenkrone zwischen 0,78 und 0,88.

Günstiger Wind

Die Nachrichten aus der Wirtschaft sind im allgemeinen günstig. In Nordrhein-Westfalen haben der verstärkte Export und die erhöhte Bautätigkeit im April die Industrieproduktion, vor allem die Investitionsgüterproduktion günstig beeinflußt und eine Belebung konjunktureller Art ausgelöst. Trotzdem ist man von der Entwicklung der Bautätigkeit noch enttäuscht, insbesondere entspricht die Entlastung des Arbeitsmarktes nicht den Erwartungen. Die Verbrauchsgüterindustrie hängt immer noch etwas nach. Erfreulich bleibt die Ausfuhr. In fast allen Industriezweigen Nordrhein-Westfalens hat sie erheblich zugenommen. Der Auftragseingang für Exportgeschäfte der Eisen- und Stahlindustrie stieg auf 146 000 gegen 135 000 t. Ebenso nahm die Ausfuhr von Metallhalbzeugen und von feuerfesten Erzeugnissen zu. Der Export im Maschinenbau entwickelte sich günstig, da die Lieferfristen z. Zt. kürzer sind als die des Auslandes.

Es sei an dieser Stelle vermerkt, daß auch der Internationhandel nach dem Tiefstand der beiden letzten Monate im April wieder stark zugenommen hat; die Lieferungen aus dem Bundesgebiet erhöhten sich auf 31,01 (19,63 Mill.).

Man sieht, der Kreis schließt sich, und man soll die Nadelstiche nicht so ernst nehmen, die nun einmal beim Zusammennähen unumgänglich sind. H.

Bedenken der Eisenverarbeiter

gegen Behandlung des Kartellproblems

In Kreisen der Eisen verarbeitenden Industrie zeigt man sich über die neueste Entwicklung der Wettbewerbsgesetzgebung stark beunruhigt. Bedenken werden insbesondere gegen die Tendenzen des Justizministeriums vorgebracht, den Josten-Entwurf wieder hervorzuholen, der von der Industrie fast einhellig abgelehnt wurde. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die durch die Verschleppung der Gesetzgebung sich ergebende Rechtsunsicherheit in immer stärkerem Maße hemmend wirke. Weiterhin wird in Kreisen der Verarbeiter die Befürchtung ausgesprochen, daß auf der ethen Seite Sondergesetze für die Grundindustrien bevorstehen und andererseits die großen Verbrauchergruppen, wie Bahn, Bergbau und Energieversorgung, Ausnahmestellungen auf Grund ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Besonderheiten erhalten, während demgegenüber die Eisen verarbeitende Industrie, soweit sie nicht einmal die Möglichkeit zur Ausnutzung einer etwa erlaubten Bindung der zweiten Hand erhalte, hoffnungslos ins Hintertreffen geraten müsse. Schließlich wird von den Eisenverarbeitern lebhafte Kritik daran geübt, daß die Kartellfrage durch die außerordentlich abstrakt-wissenschaftliche Behandlung und Beeinflussung durch deutsche Theoretiker unnötig kompliziert werde.

Französische Versicherungsgesellschaften klagen

gegen deutsche Gesellschaften

Eine Anzahl französischer Versicherungsunternehmen hat vor elsaß-lothringischen Gerichten Klagen gegen deutsche Versicherungsgesellschaften angestrengt und zwar aus folgendem Grunde: Nach der Besetzung Elsaß-Lothringens hatten die Chefs der deutschen Zivilverwaltungen die bis dahin in Elsaß-Lothringen bestehenden Genehmigungen zum Betrieb von Versicherungsgeschäften aufgehoben und die durch das Erlöschen dieser Genehmigungen freiwerdenden Bestände mit Wirkung vom 15. Juni 1940 an deutsche Versicherungsgesellschaften zur treuhänderischen Verwaltung übertragen. Die französischen Gesellschaften sehen in dieser Maßnahme eine „Beraubung" und fordern die Feststellung der Nichtigkeit der angeordneten Abordnung der Chefs der deutschen Zivilverwaltungen, die Rückgabe der fortgenommenen Bestände und Ersatz für den durch die Fortnahme direkt oder indirekt angerichteten Schaden einschließlich des den einzelnen Gesellschaften entgangenen Gewinns. Die deutschen Gesellschaften weisen darauf hin, daß der Schaden, den die Klägerinnen geltend machen, auf den Verordnungen der Chefs der deutschen Zivilverwaltungen in Elsaß-Lothringen beruhen. Die beklagten deutschen Gesellschaften seien an der Entstehung dieses Schadens völlig unbeteiligt, da der sogenannte „Beraubungsakt" ein staatlicher Hoheitsakt sei.

Gründung eines deutsch-französischen Kohlenkontors bevorstehend

Die Gründung einer deutsch-französischen Verkaufsorganisation für die französische Zone steht bevor, nachdem sich die oberrheinische Kohlenunion in Ludwigshafen in Liquidation befindet, wie das badische Wirtschaftsministerium mitteilt. Die Verhandlungen auf deutscher Seite werden von Kohlenkontor-Werhenmeier Mannheim geführt, das als maßgeblicher Partner der neuen Gesellschaft genannt wird. Die neue Organisation wird auch den Verkauf von Saarkohle im Bundesgebiet regeln. Die Quotenteile deutscher und saarländischer Kohle liegen gegenwärtig noch nicht fest.

Deutsche Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Eine deutsche Delegation hat sich nach Paris begeben, um in diesen Tagen Verhandlungen über die Erleichterung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich zum Zwecke des Ablaufs des Passivsaldos Westdeutschlands zu führen. Dieser hat bekanntlich kürzlich bereits einen Betrag von 27 Mill. Dollar erreicht. Man rechnet in zuständigen Kreisen damit, daß die Besprechungen die seit dem Abschluß des Handelsabkommens aufgetretenen Schwierigkeiten rascheste bereinigen werden.

England

In gut unterrichteten Wirtschaftskreisen will man wissen, daß die Aussichten für eine baldige Wiederaufnahme der deutsch-englischen Handelsvertrags-Verhandlungen günstig sind. Man rechnet mit einem Beginn der Besprechungen noch im Juni. Als Verhandlungsort wird London genannt. Da ein enger Zusammenhang der Englandverhandlungen, die im März an Zahlungsverkehrsfragen scheiterten, mit den Erörterungen der europäischen Zahlungsunion besteht, nimmt man an, daß sich hier eine Entscheidung abzuzeichnen beginnt.

Polen

Die Einreiseformalitäten für die polnische Handelsvertragsdelegation sind nunmehr erledigt. Die polnische Delegation unter Führung des Abteilungsleiters im polnischen Außenhandelsministerium, Muszynski, wird so rechtzeitig eintreffen, daß die Besprechungen Anfang Juni beginnen können.

Irland

In Frankfurt a. M. ist der Vertreter des irischen Ministeriums für Auswärtiges, John Belton, als erstes Mitglied der irischen Handelsvertragsdelegation eingetroffen. Er trifft die Vorbereitungen für die beginnenden deutsch-irischen Wirtschaftsbesprechungen. Auf irischer Seite erwartet man, daß das Volumen des deutsch-irischen Handelsabkommens vom 5. August vergangenen Jahres, das auf der deutschen Einfuhrseite Positionen im Wert von 3,15 und auf der Ausfuhrseite von 4,14 Mill. Dollar umfaßte, in einem neuen Abkommen wesentlich erhöht werden kann. Die Hoffnungen auf die Realisierung einer solchen Ausweitung knüpfen sich an die steigende Tendenz des deutsch-irischen Wirtschaftsverkehrs in der jüngsten Zeit. Die Hauptausfuhrsorgen der irischen Regierung liegen auf dem landwirtschaftlichen Gebiet und hier wieder bemüht sich Irland insbesondere um den Export von Schlachtvieh. Unter den irischen Bezugswünschen nehmen Elektroausrüstungen eine besondere Stellung ein. Die Chance der deutschen Exportindustrie auf dem irischen Markt wird vor allem in ihren anderen Ländern gegenüber niedrigen Lieferzeiten gesehen. Ein wichtiger Punkt der Verhandlungen wird die Frage der Gewährung der irischen Freiliste für Westdeutschland sein.

Auslage von Prospektmaterial in Chikago

Allen an der ersten internationalen Messe in Chikago vom 7. bis 20. August 1950 interessierten Firmen, die nicht in der Lage sind, selbst auszustellen, ist die Möglichkeit gegeben, Prospektmaterial auf dem offiziellen deutschen Informationsstand auszulegen. Die Firmen müssen einen einmaligen Unkostenbeitrag von 150 DM für Transport, Verzollung und Auslegung der Drucksachen entrichten. Die Prospekte bzw. Kataloge, deren Zahl auf 500 Stück begrenzt ist, werden nur wirklichen Interessenten ausgehändigt. Die Anschriften der Interessenten werden den Firmen mitgeteilt. Wie das deutsche Komitee für die Marshallplan-Messe in den USA mitteilt, sollten die Prospekte in englischer Sprache in Übereinstimmung mit den amerikanischen Einfuhrvorschriften (mit dem Vermerk „Printed in Germany") abgefaßt sein. Das Material muß bis zum 10. Juni 1950 im Besitz der Speditionsfirma J. H. Bachmann, Bremen, sein. Die Sendungen sind auf der Verpackung mit den Buchstaben „K" zu kennzeichnen.

Von der Absendung ist die Nordwestdeutsche Ausstellungsgesellschaft mbH., Düsseldorf, unter gleichzeitiger Einzahlung des Unkostenbeitrages auf deren Konto Nr. 22 968/1 bei der Rhein-Ruhr-Bank, Düsseldorf, Sonderkonto Chikago, zu verständigen.

•

Gesellschaft für Osthandel

Vertreter des Handels und der Industrie sind übereingekommen, die Gesellschaft für Osthandel „Gefo" zu gründen. Von 97 Teilnehmern der Gründungsbesprechung, die in Hamburg stattfand, haben nach Mitteilung des Gründungsausschusses 82 ihren Beitritt erklärt. Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, den Handel mit dem Nahen und Fernen Osten zu beleben. Bei einem losen Zusammenschluß als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts wird die branchenmäßige Aufgliederung der in ihr vereinigten Firmen in Arbeitsausschüssen angestrebt. Als gegenwärtig wichtigste Aufgabe wird die Förderung des Interzonenhandels angesehen. Der Gründungsausschuß will die Liste der beteiligten Unternehmen nach dem Anlaufen der ersten Arbeitsbesprechungen bekanntgeben.

Bester Partner der Türkei

Wunsch nach deutschen Fachkräften

Türkische Wirtschaftsvertreter führten in Frankfurt/Main mit deutschen Stellen Besprechungen über Möglichkeiten von Großaufträgen der türkischen Wirtschaft, die insbesondere für die deutsche Bau- und Elektroindustrie von erheblicher Bedeutung sind. Würden diese großen Projekte realisiert werden, so würde der deutsch-türkische Wirtschaftsverkehr in den nächsten Jahren noch eine beträchtliche Ausweitung erfahren. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern wird sowohl von deutscher als auch von türkischer Seite als sehr befriedigend bezeichnet.

Die statistischen Ergebnisse des Halbjahres vom 1. Oktober 1949 bis 31. März 1950 vermitteln allein noch kein genaues Bild über sein Volumen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum nach Westdeutschland Erzeugnisse für rd. 33,3 Mill. eingeführt und nach der Türkei westdeutsche Waren im Werte von rd. 11,3 Mill. Dollar exportiert. Es ist allerdings bezeichnend, daß die westdeutsche Ausfuhr vom 4. Vierteljahr 1949 mit 3,854 auf 7,301 Mill. Dollar im 1. Vierteljahr stieg, während die Einfuhr in den beiden Zeiträumen mit 13,802 bzw. 12,407 Mill. Dollar annähernd gleich blieb. Die Zahlungsbilanz, die während dieser Zeit lange einen Debetsaldo für Westdeutschland aufzuweisen gehabt hatte, tendiert gegenwärtig zum Ausgleich. Für neue türkische Bestellungen von Produktionsgütern steht noch ein beträchtlicher Anteil der Ziehungsrechte zur Verfügung, die nach dem zweiten intereuropäischen Zahlungsabkommen der Türkei mit 10 Mill. Dollar gegenüber Westdeutschland eingeräumt worden waren.

Preisstellung und niedrige Lieferfristen haben den deutschen Anteil an türkischen Markt bereits wieder so gesteigert, daß Westdeutschland als Lieferant der Türkei eine von allen Konkurrenzländern aufmerksam verfolgte Rolle spielt. Der Umfang gültiger Einfuhrlizenzen für türkische Waren andererseits macht deutlich, daß Westdeutschland als Kunde der Türkei bereits wieder jene Stellung einzunehmen gedenkt, die es in den Jahren vor dem Kriege gehabt hat. In türkischen Wirtschaftskreisen wird auch der Gedanke erwogen, durch eine großzügige Einwanderungspolitik deutsche Fachkräfte für den weiteren Ausbau der einheimischen Wirtschaft heranzuziehen. Dies erscheint offenbar den Vertretern des neuen Regierungskurses als um so notwendiger, als die kräftig aufstrebende türkische Industrie bei einer liberaleren Wirtschaftspolitik zur Verteidigung ihrer Position hochwertiger Arbeitskräfte bedarf.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. b. H., Karlsruhe, Veldenstraße 19. Chefredakteur: Dr. Hans Hauser, Karlsruhe. Zuständiges Verlagsorgan: Ettlinger/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 6.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise: Karlsruhe, Veldenstraße 19. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großer Erfolg der deutschen Autoindustrie in Wien

Ein schöner Autosalon, aber wozu? — Österreich läßt Einfuhr nur gegen Verrechnungsdollar zu

Die Ausstellungsstände der deutschen Automobilfabriken auf der soeben zu Ende gegangenen zweiten Internationalen Automobilausstellung in Wien waren ständig dicht von Seh-Lesten und ernsten Interessenten umlagert. Die neuen Modelle von „Opel", der Volkswagen, der „Hansa 1500" fanden großen Beifall. Das besondere Interesse der Besucher galt auch dem neuen DKW und nicht minder dem „Gutbrod-Superior", während die Mercedes-Benz-Modelle der Typen 170 V, 170 S und 170 D die ehrfürchtige Bewunderung der Autobegeisterten erregten. Aber nicht nur die PKW aus Deutschland — die ja in den letzten fünf Jahren trotz der Absperrung nicht in Vergessenheit geraten sind — sondern auch die zahlreichen kleinen LKW- und Lieferwagentypen, wie z. B. der Tempo-Wagen, Gutbrod-Lieferwagen usw., wurden von den Interessenten freudig begrüßt. Allerdings sind die Preise hoch für österreichische Brieftaschen, aber dennoch nicht höher als die anderer ausländischer Wagen. Die Aussteller der deutschen Erzeugnisse hätten stärkste Nachfrage zu verzeichnen, und wären in der Lage wahrscheinlich sofort hundert PKW, Klein-LKW und Lieferwagen abzusetzen — wenn die Wagen lieferbar wären!

Das sind sie eben leider nicht, weil Österreich die Einfuhr von ausländischen Automobilen nur gegen Eigendevisen und aus Deutschland nur gegen Verrechnungsdollar zuläßt! Nach dem übereinstimmenden Urteil von Kennern der Sachlage und insbesondere den führenden Autohandelsvertretern könnten binnen kurzem mühelos einige tausend Wagen aus Deutschland in Österreich abgesetzt werden, wenn die Österreicher sie in Schillingen bezahlen dürften. So hoffen der Handel und die Masse der österreichischen Anwärter auf einen deutschen PKW oder LKW, daß eventuell bei den nächsten Handelsvertragsverhandlungen zwischen Österreich und Deutschland doch durchgesetzt werden kann, daß deutsche Wagen gegen Schilling nach Österreich importiert werden. Der diesjährige Autosalon in Wien war für die deutschen Wagen ein großer Erfolg — aber eben nur ein moralischer und platonischer: die alte Liebe und Wertschätzung des österreichischen Publikums für den deutschen W gen ist wach und stark wie eh und je. Wenn sie nicht realisiert werden kann, so liegt das nicht an den österreichischen Autofreunden und nicht bei der deutschen Autoindustrie, sondern bei Behörden, die die Einfuhr dringend benötigter und verlangter Wagen so gut wie unmöglich machen!

Man sieht im offiziellen Österreich den Autos, vor allem dem ausländischen Personenwagen, doch sehr ablehnend, ja beinahe feindselig gegenüber. Obwohl Österreich in der Motorisierung stark zurückgeblieben und vor allem die Ausstattung des Landes mit PKW geradezu armselig zu nennen ist, gilt ein PKW in Österreich als „Luxus", den man nicht hart genug mit Gebühren, Steuern usw. belasten, will sagen: bestrafen kann. Die Betriebskosten wurden durch die Mineralölsteuer, den Alkoholbeimischungszwang und die Erhöhung der Kfz.-Steuer in letzter Zeit beträchtlich verteuert. Nun kam die Verfünffachung des Zollsatzes und außerdem droht noch die 15%ige „Luxussteuer", die man aber erst nach der Ausstellung behandeln will.

Stärker als im Vorjahr war das Ausland auf der Ausstellung vertreten — obwohl österreichische Käufer, wie erwähnt, nur gegen Eigendevisen kaufen können. Und wer z. B. DM-Beträge in Deutschland hat, kann auch noch nicht darum einen deutschen PKW kaufen, sondern deutsche Wagen werden nur gegen Dollar oder Verrechnungsdollar zur Einfuhr zugelassen! Die Vertreter deutscher Autofabriken stellten fest, daß sie ein Vielfaches der derzeitigen Einfuhren deutscher PKW und sonstiger Kfz. tätigen könnten, wenn nicht die Dollarklausel so hemmend wäre, die auch die Verwertung von DM-Guthaben oder gar Schillingen in Österreich untersagt. Daher kommt es, daß auch die deutschen Firmen, obwohl diesmal zur Freude des Publikums wieder zahlreich vertreten, ihre neuesten Schöpfungen — wie den Goliath-PKW, die neuen VW-Modelle usw. — nicht nach Wien geschickt haben. Wozu auch?

Was nun die einzelnen Sparten anlangt, so stießen die Personenwagen auf das größte Interesse. Hier dominierte bei weitem das Ausland. Österreich stellte nur den Porsche-Sportzweisitzer (Preis 66 000 Schilling, aber eben in Schilling bezahlbar!) aus, der nunmehr in Stuttgart in Serie erzeugt wird. Steyr zeigte die Steyr-Fiat 1100 B zu rund 35 000 S, den neuen Steyr-Fiat 1400, Limousine, für annähernd 50 000 Schilling, Gräf & Stift war mit seinen Aero-Gräf-Assemblings-PKW zu 35 000 Schilling, Stationswagen gleichfalls 25 000 S, sowie den Skoda-Tudor-Assembling zu 28 500 S (normal aus CSR 33 500 S) auf der Ausstellung. Diese Assemblingbauten werden aber in Österreich richtig im Schleichhandel vertrieben — so groß ist der Hunger nach PKW und so klein diese „österreichische" Produktion... Die ausländischen PKW weisen gegenüber dem Vorjahr erhebliche Verteuerungen auf, wenn die Schillingkursregelung sowie die neuen Zollsätze (z. B. früher 2000 S, heute 10 000 S) schuld sind. Wenn ein Wagen früher durchschnittlich 22 000 bis 27 000 S kostete, kostet er nunmehr 35 000 bis 45 000 S.

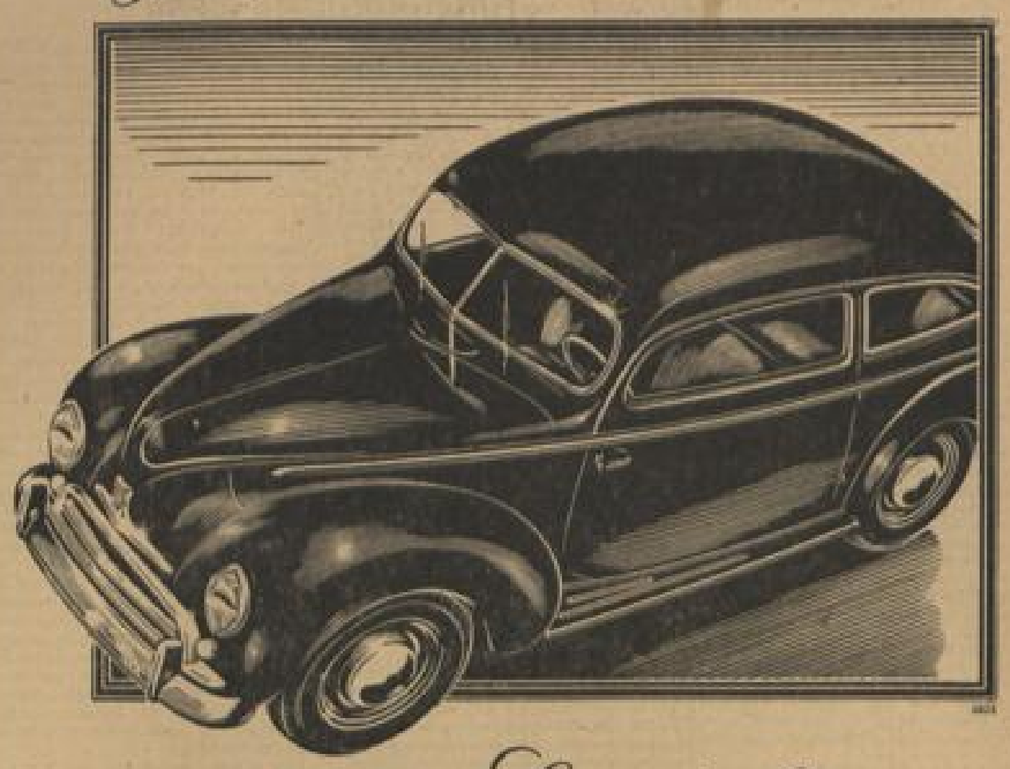
Die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien stellten aus, was es an modernen, schönen PKW gibt und für die österreichischen Brieftaschen erschwinglich erscheint. Buick, Cadillac, Chevrolet, Dodge, Ford, Hudson, Humber, Nash, Oldsmobile, Packard, Pontiac, Studebaker und Vauxhall aus USA, Armstrong, Austin, Bristol, Hillman, Jaguar, Jowett, Morris, Rover, Riley, Singer, Standard, Wolseley aus Großbritannien, Citroën, Panhard, Peugeot, Renault und Simca aus Frankreich, Aero-Minor, Praga-Skoda, Tatraplan aus der Tschechoslowakei und Alfa Romeo, Fiat, Lancia aus Italien traten werbend vor das Publikum. Dessen Interesse galt sehr stark den deutschen Wagen, dem neuen DKW, 700 ccm, der aber in Schilling 30 000 S kostet, dem „Hansa 1500", für den man in Österreich 1225 Dollar plus 10 000 S für Fracht, Zoll usw. bezahlen soll oder dem reizenden Gutbrod-PKW, der viel Anklang findet, aber nur um 26 000 S zu haben sein dürfte. Mercedes-Benz hatte seine drei 170er Typen ausgestellt, wobei der 170 Diesel besonders auffällt. Er kostet 1700 Dollar und noch weitere viele tausend Schilling! Der „Opel-Olympia" wäre um 830 Dollar plus 13 000 Schilling, der „Kapitän" um 1160 Dollar und 18 000 Schilling zu haben, während der Blitz rund 1300 Dollar und 13 000 S kostet. Der Volkswagen, Normalausführung als Cabriolet, kostet 650 Dollar plus 16 500 Schilling, also rund 32 000 Schilling. BMW-Eisenach stellt eine BMW-6-Zyl.-Type 340 aus — kostet 800 Pfund Sterling plus 12 000 S.

In der Ausstellung der LKW und Omnibusse stellte die österreichische Autoindustrie rund zwei Drittel der Objekte: sehr schöne Omnibusse, Trambusse (von Austro-Fiat: 310 000 S Trambus, 235 000 S Omnibus), LKW aller Größen, Sattelschlepper und Traktoren von Steyr. Unter den Kleinlastwagen befanden sich viele deutsche Typen: Gutbrod, Borgward, Auto-Union, Opel-Olympia-Kastenwagen Modell 50, Tempo-Wagen usw. Mercedes zeigte einen Omnibus.

Die Motorradausstellung hatte überwiegend ausländische Ausstellungsstücke: Ardie, BMW, NSU, U. T., Zündapp und Triumph-Werke Nürnberg aus Deutschland, Csepel aus Ungarn, FN, Gillet, Sarolea aus Belgien, CZ, Jawa aus der Tschechoslowakei, AJS, Ariel, Matchless, Royal Enfield, Sunbeam und Triumph aus England und Indian aus USA. Österreich brachte seine auch im Ausland sehr geschätzten Puch-Motorräder, darunter aufsehenerregende Neukonstruktionen, die schon auf anderen, ausländischen Automessen starke Beachtung gefunden haben. Die österreichischen Lohnerwerke waren auch mit ihrem Motorroller, der für 4400 S in Wien zu haben ist, vertreten.

Die Zubehör-Industrie wartete mit einer Fülle von Ausstellungsstücken auf, worunter vor allem die ausgezeichneten Motorrad-, PKW-, LKW- und Fahrrad-Reifen der „Semperit"-Werke auffielen. Die II. Internationale Automobilausstellung in Wien war zweifellos eine sehr beachtliche Leistung des Autohandels, der österreichischen Autoindustrie und vor allem aber auch der ausländischen Autofirmen, die — 200 an der Zahl aus acht Ländern — in Wien vertreten waren, trotz der kurzsichtigen, autofeindlichen Einstellung der österreichischen Behörden aller Grade. Es zeugt für den Optimismus der ausländischen Autoindustrie, daß sie den Wiener Autosalon so reichlich beschickt hat, obwohl der Verkauf von Automobilen nach Österreich immer schwieriger geworden ist.

Gut, weil FORD *ihn baut!*



TAUNUS *Spezial* 1950

Im neuen Kleid und technisch ausgereift stellt sich in diesen Tagen der Taunus Spezial 1950 dem deutschen Publikum vor.

Daneben will sich aber auch sein Bruder in Erinnerung bringen, der Taunus Standard.

Der verzichtet bewußt zu Gunsten seines geringeren Preises, *der übrigens jetzt nochmals gesenkt werden konnte,* auf manchen Luxus.

Und gerade das kommt der sachlichen Bestimmung dieses Gebrauchswagens zugute: ein Höchstmaß von Leistung bei einem Mindestmaß von Kosten zu bieten.

Für beide Wagen gelten die gleichen technischen Gebote, beide haben das gleiche Fahrwerk mit dem robusten bergfreudigen 34 PS Motor, der so wenig Benzin verbraucht, ja – beide haben alle lebenswichtigen Bauelemente gemeinsam!

Auf Grund der Erfahrungen eines Weltunternehmens wurden hier wiederum zwei Typen von hohem Wert geschaffen – ein Wert, der Ihnen durch den Ford Kundendienst viele Jahre lang erhalten bleibt.

Bevor Sie einen neuen Wagen kaufen, fahren Sie den Taunus und prüfen Sie ihn auf guten und auf schlechten Straßen. Jeder Ford Händler lädt Sie gern zu einer solchen Probefahrt ein.

Taunus Spezial 1950 DM 6285.– • Taunus Standard DM 5350.–

FORD

FORD-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT KÖLN

Europa-Zahlungsunion rückt näher

Die Gespräche und Verhandlungen über die Europäische Zahlungs-Union haben in der vergangenen Woche erhebliche Fortschritte gemacht. Dieser überraschende Wandel erklärt sich dadurch, daß der Ausschuß zur Vorbereitung der Europäischen Zahlungs-Union die britischen Vorschläge als Grundlage für weitere Besprechungen anerkannt hat. Man scheint sich bisher über folgende Punkte geeinigt zu haben:

1. Großbritannien erklärt sich bereit, der Europäischen Zahlungs-Union als Vollmitglied beizutreten. Das bedeutet, daß Großbritannien sich verpflichtet, alle Zahlungen im europäischen Handels- und Zahlungsverkehr über die Union zu leiten.
2. Die kontinentaleuropäischen Länder anerkennen die besondere Rolle des Pfund Sterling als internationales Zahlungsmittel; sowohl das Pfund Sterling als auch die von der Union festzusetzende Verrechnungs-Einheit würden ununterscheidlich für Zahlungen und zur Bildung von Reserven nebeneinander Verwendung finden können.
3. Der Ausgleich durch Gold oder dessen Verwendung bei Zahlungen oder bei Entgegennahme von Zahlungen würden hierdurch nicht berührt werden.
4. Die kontinentaleuropäischen Länder anerkennen, daß es Großbritannien erlaubt sein soll, seinen im Rahmen von zweiseitigen Zahlungsabkommen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Großbritannien verpflichtet sich dagegen, Verhandlungen mit seinen Partnern in diesen bilateralen Zahlungsabkommen einzuleiten, um deren Einfügung in die Europäische Zahlungs-Union zu ermöglichen.
5. Alle Länder stimmen dem britischen Standpunkt zu, der übrigens auch vom Internationalen Währungsfonds vertreten wird, daß die Europäische Zahlungs-Union nur zahlungsausgleichende Funktionen ausüben haben wird, ohne irgendwelche beaufsichtigende Rechte über einzelne Länder zu genießen.

Einzelne Fragen müssen noch in Verhandlungen geklärt werden, deren Dauer man in eingeweihten Kreisen auf mehrere Wochen veranschlagt. Sie hängen in erster Linie damit zusammen, daß Großbritannien die Rolle des Goldes als Zahlungsausgleichsmittel nach Möglichkeit einschränken will. Sie lassen sich in fünf Punkten umreißen.

1. Die Kreditfähigkeit der Mitgliedsländer soll so hoch wie möglich festgesetzt werden, bevor ein Ausgleich in Gold zu erfolgen hat.
2. Bei Erschöpfung der Kreditfähigkeit soll der Zahlungsausgleich teils in Krediten und teils in kleinen Goldmengen herbeigeführt werden.
3. Die Klärung über die Art des Vorgehens, wenn die Verschuldung eines Mitgliedslandes eine Höhe erreicht hat, die Goldzahlungen verlangt.
4. Einfuhrbeschränkungen zugunsten eines großen Schuldners oder gegen einen großen Gläubiger, um die Notwendigkeit von Goldzahlungen auszuschließen oder zu verringern. Hierunter fällt auch die Erörterung über die Frage, ob solche Maßnahmen einheitlich gegen alle Länder angewendet werden sollen, oder nur gegen die, die in einem besonderen Falle Gold zu empfangen berechtigt oder Gold zu zahlen verpflichtet sind.
5. Austritt aus der Zahlungs-Union von Ländern, die dauernd über große Guthaben bei den übrigen Mitgliedsländern verfügen.

Weiterhin wird die Frage geklärt werden müssen, was mit den Sterling-Guthaben der kontinentaleuropäischen Mitgliedländer bei Aufnahme der Tätigkeit der Europäischen Zahlungs-Union geschehen soll. Es ist verständlich, daß Großbritannien kein Interesse daran hat, daß diese Guthaben eines Tages ganz oder teilweise zu einer Goldverpflichtung werden, auch dann nicht, wenn das Pfund Sterling anerkanntes Zahlungsmittel innerhalb der Union wird.

Man hat in diesem Zusammenhange einen aus Belgien kommenden Vorschlag mit großem Interesse besprochen, nach dem diese alten Guthaben in die Union eingebracht und durch ihre Begleichung resultierende Geldverluste aus dem Fonds von ERP-Dollar ausgeglichen werden sollen. Hierüber wird man sich, wie in London verlautet, unterhalten müssen. Großbritannien selbst konnte nicht gut diesen Vorschlag machen, denn er läuft praktisch darauf hinaus, Marshalldollar zur Ablösung der britischen Verschuldung an Europa zu benutzen. Für unsere Beobachtung der internationalen Rohstoffmärkte wird das Zustandekommen der Europäischen Zahlungs-Union ohne Zweifel auf längere Sicht gesehen zu grundlegenden Veränderungen führen. Es wird wahrscheinlich eine Verschiebung des Schwergewichtes der Märkte von den Vereinigten Staaten nach Europa hin eintreten, denn ein einheitlicher europäischer Markt wird naturgemäß die Errichtung eigener Börsenplätze für die wichtigsten Rohstoffe zur Folge haben. Anzeichen, die diesen Trend bereits heute erkennen lassen, sind vorhanden. Es sei z. B. an die Bedeutung der Londoner Zinnbörse erinnert. Vielleicht ist auch für einige deutsche Plätze die Zeit nicht mehr fern, beispielsweise Bremen für Baumwolle, Hamburg für Kaffee, daß sie ihre frühere Rolle als Markt und Börsenplätze für Kontinentaleuropa wiedergewinnen.

Eine sachliche Stimme zur deutschen Konkurrenz

„Was diese Leute fertiggebracht haben, ist geradezu unglaublich"

Seit geraumer Zeit vernimmt man in steigendem Maße im Auslande Stimmen, die sehr besorgt sind um die deutsche Konkurrenz, die auf vielen Märkten in stetem Zunehmen begriffen ist. Meistens sind diese Stimmen recht unfreundlich und, was vor allem betrüblich ist, auch unsachlich. Um so erfreulicher ist es dann, wenn man in diesem Chor auch Stimmen vernimmt, die die Leistung, durch die allein die deutschen Erzeugnisse wieder wettbewerbfähig werden konnten, anerkennen. Zu solchen Stimmen gehört ein Artikel des britischen Rauchwarenhändlers A. Jacob, im „International Fur Leader", in dem von den Eindrücken auf der Frankfurter Rauchwarenmesse berichtet wird und der den Leistungen der deutschen Rauchwarenwirtschaft in der Nachkriegszeit volle Anerkennung zollt.

„Wenn es etwas über den Nachkriegsrauchwarenhandel zu lernen gab", schreibt Mr. Jacob, „so wurde das in Frankfurt demonstriert. Was diese Leute in einem Jahr fertiggebracht haben, ist geradezu unglaublich, wenn man es nicht mit seinen eigenen Augen gesehen hätte. Auf einem Trümmerhaufen, dem einzigen Rest einer einst schönen Stadt, haben die alten Leipziger Rauchwarenhändler, die zunächst über das ganze Reich verstreut waren, sich zusammengefunden, und tatsächlich ein neues Rauchwarenzentrum erbaut. Man kommt aus zerstörten Straßen in Büros und Läger von einer Art, wie sie in unserem Lande unbekannt sind. Wir möchten nicht nur die Londoner Rauchwarenleute in diesem Zentrum herumführen, sondern auch den Präsidenten der Handelskammer, den Schatzkanzler und die Bürokraten, die ständig unseren Handel behindern... In Frankfurt sah ich die Käufer aus Frankreich, Belgien, Italien, Portugal, Amerika und Skandinavien. Hier habe ich seit dem Kriege die ersten zufriedenen Rauchwarenhändler getroffen. Leute, die Geschäfte gemacht haben, große Geschäfte in jedem Artikel von Nerz und Persianer bis zum Ziokel und Kanin. Woraus haben sie dieses erstaunliche Geschäft aufgebaut? Aus Gründlichkeit, Unternehmergeist und Handwerkskunst. Das feinste Pelzwerk, das ich gesehen habe, wurde auf ihrer Modenschau gezeigt. Aber wohin kommen wir? Bis die bestehenden Einschränkungen aufgehoben oder geändert werden, haben wir das Nachsehen. Die Leute dort haben es nicht mit einer Einkaufsteuer von 100 Prozent zu tun. Sie sind bereit, eine in Aussicht genommene Luxussteuer von 10 Prozent mit Nachdruck zu bekämpfen. Sie wissen, daß das dünne Ende des Keiles evtl. zu ihrer Vernichtung führt. Hunderte von Ausstellern hatten sich in Frankfurt zusammengetan zu einer Schau, die die Chemikalien und Pelzfarben, die ganze Skala der Rohfelle, der zugerichteten und gefärbten Waren, der Konfektionäre und Zubehörindustrie umfaßte. Basel war über die ausländische Konkurrenz erschrocken. Frankfurt ist es nicht. Es hat die Absicht, die Ausstellung nächstes Jahr international zu gestalten."

In einem offenen Brief an den britischen Schatzkanzler Sir Stafford Cripps hat Mr. Jacob ebenfalls über seine in Frankfurt empfangenen Eindrücke berichtet und die Beseitigung der Hemmnisse gefordert, die die britische Planwirtschaft dem Handel auferlegt. In dem Brief an Sir Stafford Cripps finden wir einen Absatz, der uns sehr freut: „Trotz großer Verwüstung und äußerster Armut konnte sich in Frankfurt dank der großen Energie ihrer Händler und Handwerker eine grundlegende Inlandindustrie entwickeln. Auf dieser Grundlage sind die Deutschen in der Lage gewesen, einen Exporthandel aufzubauen, der, beginnend bei den Nachbarländern, sich so ausgedehnt hat, daß er die wichtigen skandinavischen Märkte, die Länder mit harter Währung, Belgien, die Schweiz und die Länder Amerikas mit einbezogen hat. Da relativ frei, hat sich dieser Handel mit voller Unterstützung der Regierung mit einer Geschwindigkeit entwickelt, die an das Wunderbare grenzt. Sie haben große Lager von äußerst wertvollen Rauchwaren gesammelt und sind nun in der Lage, den meisten Kunden Waren anzubieten, die früher nach London kamen, um ihren Bedarf zu decken. Der Londoner Pelzhandel mit seiner alten Tradition und seinen vielen Freunden in allen Teilen der Welt könnte sich über die Entwicklung eines neuerden deutschen Handels freuen — die Konkurrenz würde anregend sein —, wenn unsere Behörden dazu gebracht werden könnten, zu begreifen, daß es lebensnotwendig ist, uns den Handel zu gleichen Bedingungen zu erlauben."

Steuererleichterungen auf Exportgeschäfte

Nach einem den Bundesrat vorliegenden Gesetzentwurf können Steuerpflichtige, die ihren Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft oder aus Gewerbebetrieben auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln, bis zu ein Drittel der aus Ausfuhrlieferungen, Lieferungen an Ausfuhrhändler und sonstigen Leistungen an das Ausland erzielten Gewinne als Sonderausgabe vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehen. Dieser Abzug erhöht sich auf zwei Drittel, wenn der Ausfuhrgewinn des Unternehmens sich gegenüber den vorausgegangenen drei Jahren erhöht hat. Für Ausfuhrhändler soll ein Viertel statt ein Drittel und an Stelle von zwei Dritteln für die Umsatzsteigerung die Hälfte abzugsfähig sein.

Außerdem ist für nach dem 31. 12. 1949 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter im Anschaffungsjahre oder in einem der beiden darauffolgenden Jahre eine Sonderabschreibung vorgesehen, wenn die Ausfuhrlieferungen mindestens 5% des Gesamtumsatzes betragen. Abschreibungsfähig sind drei Fünftel des Verhältnisses, in dem die Ausfuhrlieferungen und die Lieferungen an Ausfuhrhändler zum Gesamtumsatz stehen. Die Umsatzsteuerrückvergütung wird nach dem Entwurf von 0,75% auf 1,25% erhöht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Nacheiferung — nicht immer empfehlenswert!

Die USA-Behörden sind besorgt, daß in Deutschland kein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung irgendeiner Industrie aufkommt, so z. B. der deutschen Schleifmittelindustrie. Daß man gegen derartige Erscheinungen auch in den USA vorgeht, ist bekannt. Bekannt ist auch, daß der Erfolg nicht allzu groß ist. Umso größer wird er wahrscheinlich bei uns sein. Die besagte deutsche Schleifmittelindustrie ist angeklagt wegen Verstoßes gegen das Dekartellisierungs-Gesetz und wegen Kartellabsprachen mit französischen und italienischen Schleifmittel-Fabrikanten. Was haben nun die deutschen Schleifmittelfabrikanten verbrochen, daß man sie sozusagen unter ihr eigenes Erzeugnis zu legen versucht? Nun, sie sagen es ganz offen: sie versuchten den demokratischen Prinzipien der amerikanischen Industrie nachzueifern, nämlich durch Wirtschaftlichkeit in der Produktion die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu erhöhen und eine gesunde Industrie zu erhalten, zum Vorteil der Verbraucherschaft, also Prinzipien, die den Betrieben in den USA die dominierende Stellung in der Welt verschafft haben. Sie fühlen sich nicht schuldig und haben deshalb die Anklageschrift mit Ruhe entgegengenommen. Der Vorwurf der Beteiligung an internationalen Kartellen sei, so erklären sie, unzutreffend.

Es bleibt nur noch eine Frage: Versuchten die deutschen Schleifmittelfabrikanten billiger zu produzieren und anzubieten als die anderer Länder? Dann höchte es u. U. ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung sein.

Nach der Londoner Außenministerkonferenz

Britische Dienststellen haben den Demontage-Firmen in Hannover den Befehl erteilt, die Demontage der Rennanlage und verschiedener anderer Objekte in Watenstedt zu beschleunigen. Der Wirtschaftsminister von Niedersachsen hat der bedeutenden amerikanischen Organisation „Nationalkonzil zur Verhinderung des Krieges" ein Telegramm gesandt mit der Bitte, es an die Regierung weiterzuleiten. Darin fordert der Wirtschaftsminister die sofortige Einstellung der unrechtmäßigen Demontage der letzten westdeutschen Rennanlage und anderer Demontageobjekte in Watenstedt und hebt hervor, daß europäisch gesonnene Staatsmänner britischer und französischer Nationalität derselben Ansicht seien. In Anbetracht der Propaganda aus Ostdeutschland, die sich um einen Anschluß des Salzgittergebietes an die Sowjetzone bemühe, sei eiliges Handeln des Westens dringend notwendig.

Auch die Bundesregierung bemühte sich bei den Hohen Kommissaren, die Zerstörung der Anlagen zu verhindern. Es wundert uns nur, daß die Briten an einer beschleunigten Zerstörung der Rennanlage interessiert sind in einem Augenblick, wo die Gespräche um den Schuman-Plan in Gang zu kommen scheinen. Die Erhaltung dieser Anlage wird das deutsch-französische Gespräch, das ja schließlich eine europäische Angelegenheit von weittragender Bedeutung ist, kaum stören. Vielleicht, daß man dies mit einer raschen Demontage bezweckt? Jedenfalls, so wird versichert, bedeuten die eisenarmen Salzgittererze keine Konkurrenz für die hochwertigen französischen Minette-Erze, und deshalb ist, wie gesagt, die britische Eile nicht angebracht, ganz abgesehen davon, daß sie der heutigen politischen Lage nicht im geringsten Rechnung trägt und die deutsche Bevölkerung einige Kilometer vor der sowjetischen Einflußsphäre zermürbt.

Sollte jedoch die Zerstörung dieser Rennanlage mit dem britischen Sicherheitsbedürfnis begründet werden, dann scheint man in London von der Schlagkraft des Atlantikpaktes wenig überzeugt zu sein.

Wer ist nun wirklich informiert?

Das „Wall Street Journal" läßt in seinen Spalten einen führenden ECA-Beamten zu dem Wunsch der Bundesrepublik nach einer Ausweitung ihres Handels mit dem Osten erklären, daß der osteuropäische Markt für die Lösung des deutschen Außenhandelsproblems mehr eine Illusion als ein Allheilmittel sei. Das Blatt erklärt ferner, die deutsche Industrie dränge die Alliierten, den Handel Westdeutschlands mit den sowjetischen Satellitenstaaten zu erweitern, denn sie sehe in Osteuropa einen Käufer für deutschen Stahl und Maschinen, für die man Lebensmittel beziehen könne, die nicht mit den schwer zu beschaffenden Dollars bezahlt werden müßten. Das Blatt zitiert in diesem Zusammenhang auch einen hohen amerikanischen Beamten in Paris, nach dessen Ansicht — und diese ist ausnahmsweise verblüffend richtig — die westlichen Alliierten die Absatzmärkte für deutsche Erzeugnisse zu finden hätten, wenn Deutschland sich nicht nach dem Osten orientieren müsse. Weniger richtig ist die Ansicht dieses hohen Beamten, daß im Osten der Markt nicht mehr so aufnahmefähig sei, wie sich zahlreiche deutsche Industrielle gerne vorstellen. In diesem Zusammenhang wird von dem Blatt auf das Handelsvolumen in beiden Richtungen (Westdeutschland - Osteuropa) in Höhe von 180 Mill. Dollar hingewiesen, das wahrscheinlich die Höchstgrenze darstelle. Nicht vergessen wird auch ein Hinweis auf die strukturellen Veränderungen der Volkswirtschaften der Ostländer, auf sinkende Agrarerträge usw. Wir sind der Meinung, daß die westdeutsche Wirtschaft den Warenaustausch mit dem Osten ohne Zweifel in kürzester Zeit verdoppeln könnte, wenn man ihr freie Hand ließe, d. h. die allzu drastischen Beschränkungen, die gerade der Bundesrepublik gegenüber angewandt werden, etwas lockerte. Westdeutschland könnte aus dem Osten Lebensmittel ohne Dollar eintauschen, und die kostbaren Dollar für die Anschaffung vordringlicher Güter in den USA verwenden. Die Sorge, daß die Ostländer nicht mehr Agrarprodukte im erforderlichen Umfange ausführen können, ist nicht gut begründet. Polen z. B. und sogar die Tschechoslowakei bieten Agrarprodukte an. Die Wirtschaftskommission der UNO scheint hier etwas besser im Bilde zu sein. Sie schreibt in ihrem Bericht, Westeuropa — ob hier die Bundesrepublik auch mit gemeint ist, geht aus dem Bericht nicht hervor — mache nicht genügend Anstrengungen, um seinen Handel mit dem europäischen Osten zu beleben. „Die Kommission", heißt es weiter, „wendet sich gegen die Ansicht, die Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen in osteuropäischen Ländern seien zu gering, um den an sich kaufbereiten Westen zu befriedigen." Hierbei werde außer acht gelassen, daß in planwirtschaftlich geführten Ländern ohne vorherige Sicherung von Absatzgebieten kaum für den Export produziert wird. „Daher sei es auch verständlich", setzt der Bericht fort, „daß der Landwirtschaft in den osteuropäischen Ländern nicht die Bedeutung beigemessen wird, die ihr bei einer Teilnahme am internationalen Wettbewerb zugestanden werden müßte."

Aus der deutschen Wirtschaft

Amerikanische Zone

Nach dem Monatsbericht des Landesarbeitsamtes für Württemberg-Baden im Monat April ist die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat in Württemberg-Baden um 5463 auf 74 291 am Ende des Monats zurückgegangen. Wie dem Bericht weiter zu entnehmen ist, hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat verlangsamt (im März 1950 sank die Zahl der Arbeitslosen um fast 10 000).

Die Umstellung des kameralistischen Fiskaljahres der öffentlichen Hand auf das Kalenderjahr forderten die Obermeister im Landesverband bayerischer Bauinnungen, die gelegentlich der Handwerksausstellung in München tagten. Auf der Tagung der Obermeister kam zum Ausdruck, daß die Auswirkungen des kürzlich verabschiedeten ersten Wohnungsbaugesetzes im Bundesgebiet noch kaum in Erscheinung getreten seien.

Obwohl nähere Einzelheiten des in Vorbereitung befindlichen Luxussteuergesetzes noch nicht bekannt sind, ist eine allgemeine Zurückhaltung der Juweliere beim Einkauf von Schmuckwaren zu beobachten. Wie aus Schwäbisch-Gmünd berichtet wird, mußten dort zahlreiche Betriebe der Gold- und Juwelierwerkstätten Kurzarbeit einführen und teilweise zu kleineren Entlassungen schreiten.

Der Umsatz auf der Deutschen Handwerksmesse 1950 in München wird von der Messeleitung als gut und lebhafter als im Vorjahr bezeichnet. Am Wochenanfang kamen gute Abschlüsse im Inlandsgeschäft für Radiogeräte, Maschinenanlagen, Werkzeugmaschinen, Großküchen, Herde, Lederwaren, Trachtenhosen, Schmuckwaren, Fachbücher, Musikinstrumente, Holzbearbeitungsmaschinen und Waagen zustande. Klaviere wurden nach Argentinien und Israel, Porzellane nach Großbritannien und USA, optische Instrumente und Geräte nach Japan, Küchenanlagen nach Österreich, Maschinen nach Südamerika, Möbel nach Schweden, Kirchenorgeln nach Italien und Keramik nach den USA verkauft. Der 50 000. Messebesucher war am Mittwoch da. Im Inlandsgeschäft wurden vor allem Brauerei- und Kellereimaschinen, Kühlanlagen, Walzenstühle für Mühlen, Fahrzeuganhänger, Klaviere und kunsthandwerkliche Arbeiten umgesetzt. Auch Bootsbauer, Glockengießer und das Schreinerhandwerk waren am Geschäft beteiligt. Das Auslandsgeschäft ist ebenfalls angelaufen. Abschlüsse wurden erzielt in Spiegelrahmen und Holzschnitzereien nach Holland, Drechslerarbeiten nach Belgien, Installationsmaterial und Blasinstrumente nach Österreich. Wachswaren nach USA, Fachbücher nach Chile und Baubedarf nach Italien. Auch die ausländischen Aussteller sind von dem bisherigen Messeverlauf im allgemeinen nicht enttäuscht. Das italienische Kunsthandwerk verkauft vor allem Hüte, Schuhe u. Taschen aus Stroh und Bast.

Der Hauptausschuß für Sozialpolitik der Vereinigung der Fachverbände im Zentralverband des deutschen Handwerks hielt am 31. Mai in München eine Tagung ab. Behandelt wurden Fragen des Kündigungsschutzes, wobei die in Nattenheim gefaßten Beschlüsse gebilligt wurden, sowie Fragen der Mitbestimmung von Arbeitnehmern, ferner Fragen des Schwerbeschädigtenrechtes und der kommenden Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und -Vermittlung.

Die Wiederherstellung des Selbstverwaltungsrechtes für die Krankenkassen wurde am 24. Mai auf der Verbandstagung der bayerischen Land- und Innungs-Krankenkassen in München gefordert. Die Einheitsversicherung wurde als unvereinbar mit der Demokratisierung des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens abgelehnt.

Englische Zone

Infolge zu hoher Einfuhren aus Holland und überaus günstiger Wachstumsbedingungen, die eine Zusammenballung der gesamten Salaternte auf kürzeste Frist bedingen, haben sich seit dem vergangenen Wochenende erhebliche Absatzschwierigkeiten für Kopfsalat ergeben. Schon am vergangenen Freitag sind bei den rheinischen Absatzgenossenschaften die Preise auf 1—1,5 Pfennig pro Kopf abgesunken. In Rheinhessen wurde, nachdem 10 Waggon Kopfsalat auch bei diesen Preisen unverkauft blieben, die Ernte eingestellt. Im Vorgebirge und am Niederrhein bestehen die gleichen Absatzschwierigkeiten. Da im gesamten Bundesgebiet noch ganz erhebliche Mengen Salat unmittelbar vor der Ernte stehen, ist weiterhin mit einem großen Überangebot zu rechnen. Wenn die Gemüseeinfuhren aus Holland im bisherigen Umfange anhalten und die den Erzeugerpreisen nicht entsprechenden Einzelhandelspreise für Kopfsalat weiterhin eine größere Abnahme durch die Verbraucher verhindern, muß ein erheblicher Teil der diesjährigen Salaternte vernichtet werden. Der deutsche Bauernverband fordert daher nochmals eine sofortige Herabsetzung der unberechtigt hohen Handelsspanne, damit so der Weg für einen großen, dem Bedarf der Bevölkerung entsprechenden Salatverkehr freigemacht wird.

Die Eisenerzförderung im Bundesgebiet erreichte nach Angaben der Fachstelle Eisen und Stahl im April 1950 insgesamt 780 837 t, gegenüber 938 510 t im Vormonat. Der FE-Gehalt belief sich im April auf 212 489 t gegen 248 818 t im März. Die Eisen- und Stahlerzeugung im Monat April im Vergleich zum März zeigt im Bundesgebiet folgendes Bild (in t): Roheisen 691 427 (772 251), Rohstahl 897 019 (1 035 303), Walzstahlfertigerzeugnisse 574 528 (650 101), Eisenguß 139 145 (149 648), Stahlformguß 12 273 (13 869) und Temperguß 6 361 (7 582).

Von den durch den Krieg im Ruhrgebiet beschädigten bzw. zerstörten rund 893 000 Wohnungen konnten 585 000 bis zum 1. April 1950 wiederhergestellt werden. Weitere 58 000 Wohnungen wurden durch Neubauten errichtet. Zur Behebung der größten Wohnungsnot bestimmter Berufsgruppen werden zur Zeit Sonderprogramme durchgeführt. Das Bergmannns-Wohnungsbauprogramm Ruhr 48/52) soll den Gesamtbedarf an Bergmannswohnungen bis zum Jahre 1952 decken. Das Programm sieht vor: die Instandsetzung von 135 000 Wohnungen, den Wiederaufbau und Neubau von 40 000 Wohnungen sowie 47 500 Bettplätze für Junggesellen. Fertiggestellt wurden aus diesem Programm bisher 68 000 Wohnungen und 33 000 Bettplätze. Das im Jahre 1949 in Zusammenarbeit mit der eisenschaffenden Industrie aufgestellte Stahlarbeiterprogramm sieht die Schaffung von 13 000 Wohnungseinheiten innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren vor. Im Bau bzw. fertiggestellt sind 37 000 Wohnungen. Der zur Zeit noch ungedeckte Wohnungsbedarf im Ruhrgebiet beläuft sich auf 413 000 Wohnungen. Für die Erstellung dieser Wohnungen rechnet man mit einem Zeitraum von 12 Jahren unter Zugrundelegung des Bauergebnisses aus dem Jahre 1949.

Auf einer kürzlich in Hamburg durchgeführten Hauptversammlung des Verbandes der Sachversicherer, dem 111 die Sachversicherung betreibenden Unternehmen angehören, wurde Direktor Dr. Raiser, Stuttgart, zum Vorsitzenden und Präsident Herrgen, München, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Lage der deutschen Sachversicherung wurde als zufriedenstellend bezeichnet. Die Bestandsentwicklung schaffe ein Geschäftsvolumen, das tragbar sei, und der Prämienzufluß sei im allgemeinen als gut anzusprechen. Die Schadenslage, insbesondere der industriellen Feuerversicherung, wurde nach wie vor als sehr kritisch bezeichnet. Die Gesamtprämieneinnahmen des Jahres 1949 wurden auf rund 400 Mill. DM beziffert, wovon 60% auf die Feuer-, 10% auf die Einbruchdiebstahl- und der Rest auf die Sturmschäden-, Wasserleitungs-, Glas-, Hagel- und Tierversicherung entfallen.

Vor allem durch die Übernahme von Exportbauten waren die schleswig-holsteinischen Werften im April zu 86% ausgelastet. Außer sieben Stapelläufen von Schiffen mit zusammen 4706 BRT wurden im April sechs Schiffe mit 3960 BRT und ein 100-t-Schwimmkran, der für Oslo bestimmt ist, abgeliefert. Weitere 30 Schiffe liegen auf Kiel und bedingen ein allmähliches Ansteigen der Beschäftigungsziffer in der Werftindustrie. Diese Entwicklung trifft jedoch nach Angaben des Wirtschaftsministeriums vorwiegend auf die größeren Werften des Landes zu, während die kleineren Werften nach wie vor mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Der Absatz von Frischfischen, der Ende April infolge sommerlicher Wärme äußerst gering war, hat sich nach einem Bericht des Landes-Ernährungsamtes von Nordrhein-Westfalen namentlich in den letzten Wochen etwas gebessert. Der verfügbare Frischfisch entstammt den deutschen Anlandungen, die in der Zeit von April bis Mai überaus groß waren. Bei der immer noch geringen Nachfrage mußte ein großer Teil der angelandeten frischen Fische trotz Senkung des Mindestpreises von 10 auf 9 Pfg. je Pfd. in die Fischmehlfabriken disponiert werden, da sich auf den Auktionen keine Käufer für diese Überschußpartien fanden. Frischfisch-Importe fanden nicht statt. Wegen der hohen Frisch-Heringspreise der nordischen Länder werden frische Heringe zur Zeit ebenfalls nicht importiert. Der vorhandene Bestand an deutschen Salzheringen sowie die aus Holland und England importierten Salzheringe übersteigen zeit- und teilweise die Nachfrage. Die Preisentwicklung zeigt leicht fallende Tendenz.

Hamburger Firmen haben auch nach dem Wirksamwerden der kürzlich bekanntgegebenen Anordnung über die devisenmäßige Finanzierung von Transitgeschäften nur in bescheidenem Umfange Anträge für solche Geschäfte eingereicht. Vor dem Kriege spielte der Transithandel in Hamburg besonders in den Branchen Kaffee, Tee, Gewürze und Häute eine erhebliche Rolle. Die Schwierigkeiten bestehen jetzt vor allem darin, daß die früheren Abnehmerländer in Nordeuropa und auf dem Balkan durch die Abdrängung deutscher Firmen während des Krieges inzwischen größtenteils zum direkten Handel übergegangen sind. Außerdem ist nach Ansicht beteiligter Kreise eine Lagerhaltung bisher noch nicht in dem erforderlichen Umfange möglich. Als weitere Schwierigkeit stellt sich der Ausdehnung der Transitgeschäfte die Devisenbewirtschaftung durch die ausländischen Nationalbanken entgegen. Der Hamburger Kaffeehandel erklärt zu dieser Frage, daß ein Transitgeschäft im Vorkriegsumfang kaum wieder zu erreichen sein werde. Während einzelne Firmen bereits mit Skandinavien und den Balkanländern zu ermutigenden Abschlüssen gekommen seien, gäbe die allgemeine Lage zu keiner übertriebenen Hoffnung Anlaß. Man sei jedoch weitestens bemüht, auf eine Ausdehnung des Transitgeschäftes hinzuwirken. Beim Teehandel seien die Schwierigkeiten praktisch dieselben. Firmen des Hamburger Gewürzhandels klagen vornehmlich darüber, daß die für Transitgeschäfte einzuführenden Mengen von Importlizenzen abhängig sind. Dadurch werde eine Lagerhaltung, die ohnehin wegen der Preisschwankungen mit einem beträchtlichen Risiko verbunden sei, stark beeinträchtigt, wenn nicht unmöglich gemacht. Der Anteil des Häutehandels am deutschen Transitgeschäft war in der Vorkriegszeit sehr bedeutend. Einzelne Firmen hatten zumeist 100 000 bis 200 000 Häute auf Lager. Die ausländischen Interessenten waren gewohnt, in Hamburg alle Hautarten in beliebiger Menge sofort kaufen zu können. Diese umfangreiche Lagerhaltung ist auch in dieser Branche gegenwärtig nicht möglich. Hier zeigt sich unter anderem die Auswirkung der Globaleinkäufe durch die Ost- und Südoststaaten.

Nach den Beobachtungen des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen nehmen die Gemeinden in wachsendem Maße den Kapitalmarkt in Anspruch. Dabei werden die für den Wiederaufbau zur Verfügung stehenden Mittel für Vorhaben in Anspruch genommen, deren Dringlichkeit zu bezweifeln ist. Diese Entwicklung wird in Kreisen des Innenministeriums als unerfreulich bezeichnet. Die Ausschöpfung des vorhandenen Kapitalmarktes durch die Gemeinden für die Durchführung von Vorhaben dritrangiger Bedeutung würde dazu führen, daß mehr noch als bisher volkswirtschaftlich wichtige Planungen zurückgestellt werden müssen.

Eine Straffung und Interessenstellung im deutschen Messe- und Ausstellungswesen hält die Industrie- und Handelskammer Wuppertal für notwendig. Namentlich die Ausstellerschaft sei an einer vernünftigen Regelung dieses Problems außerordentlich interessiert, sie sei auf die Dauer nicht gewillt, die mit der Beschickung mehrerer Veranstaltungen entstehende Überbelastung zu tragen. Die Tatsache, daß man in verschiedenen europäischen Nachbarländern bereits zu einer, insbesondere auch für den ausländischen Besucher tragbaren Lösung gekommen ist, sollte in diesem Zusammenhang zu denken geben. In einer am 6. Juni in Köln stattfindenden Tagung sollen Besprechungen der Ausstellungsbeiräte der verschiedenen westdeutschen Messen gemeinsam mit dem Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft zu einer Klärung und Bereinigung dieser Fragen führen.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres ihre Geschäftsstellen von Frankfurt nach Köln zu verlegen. Von den Fachverbänden der Einzelhandelsorganisation folgen der Hauptgemeinschaft nach Köln der Hauptverband des Textileinzelhandels, der Hauptverband des Schuheinzelhandels, der Verband Papier, Bürobedarf und Schreibwaren und die Arbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe. Auch die „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln" wird ihren Sitz nach dorthin verlegen. Die Büroräume für sämtliche Organisationen befinden sich in Köln, Neumarkt 18.

Die Industrie und Handelskammer zu M.-Gladbach hat ihr Präsidium einstimmig wiedergewählt. Es besteht aus den Herren: Präsident Dr. Theodor Schweitzer, Vorstand der Firma Hermann Schütt AG, Rheydt; Vizepräsident Hermann Müller, Oberbürgermeister der Stadt Viersen, Inhaber der Firma Joh. Petersen, Viersen, ferner Theo Neuenhofer, Vorstand der Firma Feintuchfabrik AG M.-Gladbach, Vorstand der Firma Tuchfabrik Rheydt AG, Rheydt und Herbert Ruhach, Vorstand der Firma Rheinische Blattmetall AG, Grevenbroich.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands charakterisierte der Vorsitzende Max Wallwitz, Düsseldorf, den Unterschied zwischen dem Verkäufer hinter dem Ladentisch und der Tätigkeit des Reisekaufmanns. Große Menschenkenntnis und vor allem eine hohe Moral müsse den reisenden Kaufmann beseelen. Der jetzige VHKD werde die Tradition aus der Vorkriegszeit fortsetzen. Die völkerverständigende Tätigkeit des reisenden Kaufmanns unterstrich der Vertreter des schwedischen Verbandes reisender Kaufleute, Dipl.-Kaufmann Bog. Lundmark, Stockholm. Von Interesse war die Mitteilung eines Vertreters, daß bei dem großen Tarif-Reformwerk, das augenblicklich durchgeführt wird, die Wünsche der reisenden Kaufleute hinsichtlich der Personentarife weitgehend erfüllt werden dürften. Einen aktuellen Querschnitt durch die Wirtschaftspolitik gab der deutsche Präsident des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel, Walter Frese, Dortmund. Er bekannte sich zur freien Marktwirtschaft und wünschte eine den Tatsachen mehr entsprechende Propaganda bei der Bereitstellung von Mitteln, vor allem eine klare Definition der Punkte, bei denen die deutschen Regierungsstellen selbständig entscheiden können und derjenigen, bei denen andere noch das entscheidende Wort sprechen. Ausländisches Kapital müßten wir haben, sonst bliebe unsere Wirtschaft in der Beharrung. Das Mitglied des volkswirtschaftlichen Ausschusses des VHKD, Henry Müller, Wilhelmshaven, entwarf ein Bild von den Belastungen im Verkauf. Die Verkaufsaktion dürfe in ihrer Einheitlichkeit nicht bedroht werden.

Die HV. der Malmedie & Co., Maschinenfabrik AG., Düsseldorf, nahm die bekannte RM-Schluß- und die DM-Eröffnungsbilanz (Umstellung des AK. 1:1 auf 1,0 Mill. DM) entgegen und beschloß die Umwandlung der Gesellschaft in eine GmbH., um dadurch eine wirtschaftlichere Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft, der Th. Kieserling & Albrecht K.-G., Solingen, zu ermöglichen. Als Umwandlungsbilanz gilt die DM-Eröffnungsbilanz. Nach den ergänzenden Mitteilungen in der HV sichert der vorliegende Auftragsbestand dem Werk für längere Zeit volle Beschäftigung. Ein großer Teil der Maschinenfertigung geht in den Export. Die Belegschaft erhöhte sich von 150 Mann bei der Währungsumstellung auf zur Zeit 300 Mann.

Der Wiederaufbau des Unternehmens, das seine Fabrikation erst mit der Währungsreform aufgenommen hat, könne als abgeschlossen angesehen werden und die Gesellschaft gut gerüstet in den Konkurrenzkampf eintreten. Trotz der in der ganzen Welt rückläufigen Maschinenpreise werde immer noch ein bescheidener Gewinn erzielt.

Die in Familienbesitz befindliche Paul M. Busch, Baumwollspinnerei AG., M.-Gladbach, hat ihr Grundkapital 1:1 auf 1 Mill. DM umgestellt und darüber hinaus eine gesetzliche Rücklage von 0,10 und andere Rücklagen von 0,15 Mill. DM bilden können. In der DM-Eröffnungsbilanz (alles in Mill. DM bzw. RM) erscheinen Verbindlichkeiten nur noch mit 0,03 (0,11), während andererseits das Umlaufsvermögen auf 0,36 (0,35) anstieg. Das Anlagevermögen erhöhte sich beträchtlich auf 0,91 (0,27), darunter vor allem Maschinen und maschinelle Anlagen, die jetzt mit 0,89 (0,27) bewertet werden. Im Rumpfgeschäftsjahr vom 1. 1.—30. 6. 49 wurde ein Gewinn von 170 000 RM erzielt, der sich um den Verlustvortrag auf 21 000 RM verminderte.

Das Grundkapital der Vereinigte Silberwaren-Fabriken AG., Düsseldorf ist auf 200 000 DM neu festgesetzt worden.

Die Paul Lechler GmbH., Gelsenkirchen-Buer (Bautenschutzmittelfabrik) hat ihr Stammkapital im Verhältnis 1:1 auf 100 000 DM umgestellt.

Weitere Wertpapiere zum Treuhandverkehr in Zuteilungsrechten zugelassen

Nachdem am 2. Mai der Treuhandgiroverkehr in Zuteilungsrechten zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet zunächst für 26 Werte aufgenommen wurde (vergl. VWD Inland vom 26. 4. 50), wird die Berliner Zentralbank mit Wirkung vom 3. Juni ds. Js. auch den Handel in den folgenden Stücken aufnehmen:

Accumulatoren-Fabrik A. G. Aktien
Bayerische Motoren-Werke A. G. Aktien
Beton- und Monierbau A. G. Aktien
Brown, Boveri & Cie A. G. Aktien
Burbach-Kaliwerke A. G. Aktien
Commerzbank Aktien
Daimler-Benz A. G. Aktien
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft Aktien
Deutsche Hypothekenbank Berlin Aktien
Christian Dierig A. G. Aktien
Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke A. G. Stamm-Aktien
Th. Goldschmidt A. G. Stamm-Aktien
Hamburgische Elektricitäts-Werke A. G. Stamm-Aktien
Harpener Bergbau A. G. Aktien
Hösch A. G. Aktien (99 720)
Philipp Holzmann A. G. Stamm-Aktien
Hotelbetriebs A. G. Aktien
Klöckner-Werke A. G. Aktien (82 340)
Mannesmannröhrenwerke Stamm-Aktien
Metallgesellschaft A. G. Aktien
Orenstein & Koppel A. G. Stamm-Aktien
Orenstein & Koppel A. G. Vorzugs-Aktien
Rheinische Stahlwerke Aktien
Scheidemantel-Motorrad-Werke A. G. Aktien
Süddeutsche Zucker A. G. Aktien
Vereinigte Stahlwerke A. G. Aktien
Westdeutsche Kaufhof A. G. Aktien

Ostzone

In Moskau werden Verhandlungen über einen „Vertrag zur Regelung der Beförderung von Gütern und Personen" zwischen der Ostzonenrepublik und der Sowjet-Union abgeschlossen. Nach Rückkehr der Ostzonen-Delegation am 23. Mai, die unter Führung des stellvertretenden Generaldirektors der ostzonalen Reichsbahn, Erwin Kramer, stand, erklärte Kramer, daß der Vertrag die Gewähr biete, daß die wachsenden Aufgaben der Eisenbahn im Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und der Ostzonenrepublik reibungslos gelöst würden.

In der ostzonalen Zeitung „Die Tagespost" macht Dr. Klußmann, Mitglied des ostzonalen Ministeriums für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung Angaben über die Bestimmungen für den Warenverkehr von und nach Berlin, nach welchen auch für den Verkehr zwischen der Ostzone und dem Ostsektor Berlins Warenbegleitscheine erforderlich sind. Als besonders schwer, mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung zu ahndender Fall des Verstoßes gegen diese Bestimmungen gilt der unerlaubte Transport folgender Güter: Geld, Wertpapiere, Edelsteine, Kunstgegenstände, Schmucksachen, Konstruktions- und technische Zeichnungen, Erfindungs- und Konstruktionsunterlagen, hochwertige Maschinen, Buntmetalle, Rundholz, Schnittholz, Zeitungsdruckpapier, Stickstoff- und Phosphordüngemittel. Transporte zwischen den Westsektoren von Groß-Berlin und den Westzonen dürfen nur über die Straßenkontrollpunkte Babelsberg (Nowawes) und Staaken-Dallgow erfolgen. Für die Frachtführer besteht die Verpflichtung, die Warenbegleitscheine vor Transportbeginn auf Gültigkeit, Vollständigkeit und Übereinstimmung mit der Sendung zu prüfen. Bei Postversand von warenbegleitscheinpflichtigen Waren hat der Absender neben der Aufschrift den Vermerk „mit Warenbegleitschein" anzubringen.

Preissenkungen für Fleisch- und Wurstwaren, Fett und für Eier der ostzonalen Handelsorganisation (HO) gab der Hauptgeschäftsführer der HO, Bänder, auf einer Pressekonferenz in Ostberlin am 30. Mai bekannt. Bänder erklärte, daß es sich um eine vorläufige Preissenkung handele, die durch die Steigerung der Aufkauftätigkeit der Vereinigung volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe und durch die Handelsabkommen zwischen der Sowjet-Union, den volksdemokratischen Ländern und der Ostzonen-Republik schon jetzt möglich geworden sei. Die Preise wurden im einzelnen, gemessen an den bisherigen Preisen, wie folgt gesenkt: Schweinefleisch um 21%, Kalbfleisch um 12%, Rindfleisch um 13%, Hammelfleisch um 12%, Fleisch- und Wurstwaren um 18%, Fleischwaren in Dosen um 18 Prozent, Fette außer Margarine um 19 Prozent, Eier um 20%, Mayonnaise um 30%. Damit beträgt z. B. der Preis für 1 Pfund Schweinefleisch jetzt 15 DM-Ost, 1 Pfund geräucherten Speck 18 DM-Ost, 1 Pfund Butter 30 DM-Ost, 1 El 0,70 DM-Ost. Die Preise für entsprechende Gerichte in den HO-Gaststätten haben ebenfalls eine Preisermäßigung erfahren.

Im Ostsektor Berlins wurde eine Ausstellung der Staatlichen Handelsorganisation (HO) der Sowjetzone eröffnet, in der solche Waren zur Schau gestellt werden, die die HO nicht anbieten kann. Die Ausstellung, so heißt es, sei gleichsam ein Wunschzettel der HO an die Adresse der Ministerien für Planung, Industrie und Außenhandel. Die Ausstellung wendet sich an die Einkäufer der HO und an die Sachbearbeiter der Ministerien und bleibt der Öffentlichkeit verschlossen. In dieser Ausstellung der nicht anzubietenden Waren werden u. a. Automobile und Motorräder, Spezialwerkzeuge, Textilien, Schuhe, Lederwaren, Spielzeug und Sportartikel gezeigt.

Die Umsätze des Handwerks in der Ostzonenrepublik im Jahre 1949 werden für das produzierende Handwerk mit 2,5, für das reparierende Handwerk mit 1,2 und für das dienstleistende Handwerk mit 0,2 Milliarden Ostmark angegeben.

Die Leipziger Messe im Herbst 1950 wird als Mustermesse in Gebrauchs- und Verbrauchsgütern vom 27. August bis 1. September auf internationaler Basis und im Angebot vor allem auf Übersee ausgerichtet, durchgeführt. Sie umfaßt insgesamt 31 Branchengruppen: Beleuchtungskörper, Briefmarken, Bücher, Bürobedarf und Schreibwaren, chemische und kosmetische Erzeugnisse, Galanteriewaren und Schnitzwaren, Glaswaren, Hausrat (Metallwaren, Bestecke, Schneidwaren, Holz- und Korbwaren, Haushaltmaschinen, Bürsten, Pinsel, Gummiwaren, sonstigen Hausrat), Kunstgewerbe, Lederwaren und Reiseartikel, Möbel, Musikinstrumente, Nahrungs- und Genußmittel, Papierwaren, Bilder und Druckerzeugnisse, Porzellan, Steingut- und Tonwaren, Schmuckwaren und Uhren, Schuhe, Spielwaren, Christbaumschmuck, Festartikel, Sportartikel, Textilwaren und Bekleidung, Werbemittel und Verpackung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Frankreichs Handel mit der Bundesrepublik

Liberalere Einfuhrpraxis Frankreichs erforderlich — „Plafonds financiers" nur gering beansprucht

Man wird sich noch erinnern, daß das deutsch-französische Handelsabkommen erst nach wochenlangen Verhandlungen sehr zögernd und mit Mißtrauen beiderseits abgeschlossen wurde.

In den nun vergangenen drei Monaten — der Vertrag wurde am 10. Februar abgeschlossen —, hat sich gezeigt, daß der Warenaustausch, insbesondere für Frankreich, eine sehr günstige Entwicklung genommen hat und daß die französischen Befürchtungen, Deutschland werde auf Grund seiner billigeren Produktion den französischen Markt überrennen, sich nicht bewahrheitet hatten. Ebenso war die deutsche Befürchtung, Frankreich werde den deutschen Markt mit billigen Agrarerzeugnissen in bedrohlichem Ausmaß beschicken, etwas übertrieben.

Wie gesagt, hat Frankreich auf Grund des Abkommens seine Warenausfuhr nach der Bundesrepublik in schnellem Tempo und recht beträchtlich erhöhen können. Das bisherige Passivum Frankreichs im Handelsverkehr mit Deutschland konnte innerhalb kurzer Zeit in ein Aktivum verwandelt werden. Gleichzeitig konnte Frankreich auf seine Ziehungsrechte gegenüber der Bundesrepublik in Höhe von über 21 Mill. Dollar verzichten. Die französischen Forderungen an Westdeutschland betragen nach den letzten Berichten etwa 27 Mill. Dollar.

Die Abnahme deutscher Waren erfolgte von seiten der französischen Importeure teilweise nur sehr zögernd. So ist in dem Abkommen u. a. für die Einfuhr bestimmter deutscher Waren ein sog. Plafonds financiers, also „Höchstbeträge" bereitgestellt worden, und zwar 18 Mill. Dollar, wobei man sich vor allzustarker Einfuhr einzelner stark gefragter Produkte schützen wollte. Wie sich nun herausstellte, wurde bisher nur ein Viertel dieses Betrages in Anspruch genommen.

Der französische Hochkommissar François-Poncet hat vor einigen Tagen auf der Tagung der „Vereinigung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich" (DEFRA) zu der Entwicklung des deutsch-französischen Handels Stellung genommen. Der deutsch-französische Handelsvertrag habe, sagte der französische Hochkommissar, eine rasche Vermehrung des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern zur Folge gehabt, hauptsächlich zugunsten Frankreichs. Die deutsch-französischen Rechnungsabschlüsse weisen seit mehreren Monaten für die Bundesrepublik eine Unterbilanz auf, die rasch anwächst und die in einiger Zeit die Grenze erreichen wird, über die hinaus der Schuldner in Gold oder in harten Währungen zahlen muß. Um dieser Lage abzuhelfen, sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange. Der französische Hohe Kommissar sprach die Hoffnung aus, daß man das Gleichgewicht finde durch Steigerung der französischen Einfuhr aus Deutschland und nicht durch Verminderung der französischen Ausfuhr. Im übrigen sollte man sich auf deutscher Seite über die gegenwärtige Entwicklung des Außenhandels zwischen den beiden Ländern nicht zu sehr beunruhigen. Sie war sogar vorauszusehen, selbst wenn sie auf der einen wie auf der anderen Seite auf dem Gebiete der Warenfreigaben gleichwertig gewesen wäre.

François-Poncet erklärte weiter, daß Frankreich Deutschland als Vermittler beim Ankauf bedeutender Warenmengen, wie Getreide, diente, die aus anderen Ursprungsländern stammten und im Rahmen des Handelsvertrages zahlbar waren. Derartige Lieferungen seien aus Deutschland nicht erfolgt. Frankreich und besonders Nordafrika verkauften Waren, die sofort bezahlt werden mußten, weil es sich zum großen Teil um Saisonprodukte handelte, während die Erzeugnisse, die Frankreich in Deutschland bezieht, im allgemeinen sehr lange Fabrikationsfristen benötigen. Die Zahlungen erfolgen infolgedessen erst in einem gewissen Zeitraum nach der Bestellung. Unter diesen Bedingungen ist es wahrscheinlich, daß das Aktivum des Warenaustausches sich zugunsten Frankreichs stabilisieren wird und daß es dann die entgegengesetzte Richtung einschlagen wird. Abschließend sagte François-Poncet, die Probleme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen werden in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und guten Willens erörtert und geregelt.

Westdeutschland zweitbester europäischer Abnehmer

Den Platz des zweitbesten europäischen Kunden Frankreichs, den seit vielen Jahren Belgien/Luxemburg innehatte, nimmt nach den französischen Zollstatistiken vom April jetzt Westdeutschland mit Abnahme französischer Waren im Werte von 30,05 Milliarden ffrs für die vier ersten Monate dieses Jahres ein. Vor ihm steht Großbritannien mit 39,7 Milliarden und nach ihm Belgien/Luxemburg mit 18,1 Milliarden ffrs. Westdeutschland bleibt weiterhin der erste europäische Lieferant Frankreichs mit 23,93 Milliarden ffrs für die ersten 4 Monate dieses Jahres vor Belgien/Luxemburg (18,8 Mrd.), Großbritannien (13,8 Mrd.) und Italien (13,5 Mrd.).

Der Handel zwischen Westdeutschland und dem französischen Mutterland ohne die französischen Übersegebiete entwickelte sich in den ersten 4 Monaten dieses Jahres wie folgt (in Milliarden ffrs):

	Einfuhr aus Westdeutschl.	Ausfuhr nach Westdeutschl.
Januar 1950	6,60	5,13
Februar 1950	5,79	4,39
März 1950	5,79	5,04
April 1950	5,75	4,84
Monatsdurchschnitt 1949:	5,80	3,27

Die französischen Zollstatistiken führen seit Jahresbeginn die Warenbewegungen zwischen dem französischen Mutterland und der deutschen Ostzone getrennt an. Für die ersten 4 Monate dieses Jahres wird eine Einfuhr aus der Ostzone im Werte von rund 1 Mill. ffrs und eine französische Ausfuhr nach der Ostzone im Werte von rund 2 Mill. ffrs ausgewiesen.

Beteiligung Schwedens am Schuman-Plan?

Eine interessante und gewichtige Pressestimme

Zur Frage des deutsch-französischen Montanpaktes nimmt das maßgebende westschwedische Handelsblatt, die „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" in einer eingehenden Analyse Stellung; sie kommt zu dem Ergebnis, daß Schweden dem westeuropäischen Kohle- und Stahlpakt beitreten könne. Vieles spreche sogar dafür, daß es sich dem Pakt anschließen sollte.

Das Blatt geht davon aus, daß Andeutungen in Paris und Bonn, Schweden müsse dem Pakt wegen seines Erzes beitreten, nicht überzeugend seien. Westeuropa brauche schwedisches Erz, und die Erzlieferungen würden in die Rheinhäfen kommen, ganz unabhängig davon, ob Schweden dem Pakt angehöre oder nicht. Sollten die westeuropäischen Paktländer auf den barocken Gedanken kommen, schwedisches Erz mit „Strafe" stellen zu belegen, schadeten sie sich nur selbst, denn keine vernünftige Staatsführung verteuert unnötig einen lebenswichtigen Rohstoff, der importiert werden muß, weil er nicht zu entbehren ist. Auch unter dem Gesichtspunkt der Kohleneinfuhr liegt nach der Auffassung des Blattes ein zwingender Grund für Schwedens Anschluß nicht vor, weil die schwedische Kohlenförderung viel zu unbedeutend sei.

„Es ist dagegen die Eisen- und Stahlbranche, die ernsthaft die Frage des Anschlusses Schwedens an den westeuropäischen Pakt aktualisiert — falls er zustande kommt." Ein mächtiges westeuropäisches Eisen- und Stahlkartell könne durch Koordination der Erzeugung, der effektiven Produktionsmethoden usw. die Kosten wesentlich verringern und dadurch auf den Exportmärkten eine enorme Schlagkraft erhalten. Der Wettbewerb auf dem schwedischen Markt könnte äußerst beschwerlich werden. Zwar wäre es für die Regierung ein leichtes, billige ausländische Produkte vom Markte fern zu halten, doch läge dies in keiner Weise im schwedischen Interesse, weil der Maschinenbau und die Werften so billiges Material wie nur möglich benötigten, um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben.

„Eine wichtige Voraussetzung darf aber nicht vergessen werden", schreibt das Blatt weiter. „Die Löhne der westeuropäischen Stahlwerke müssen soweit erhöht werden, daß sie nicht nennenswert unter dem schwedischen und britischen Lohnniveau liegen. Ein Zusammengehen zwischen Schweden und Deutschland-Frankreich ist undenkbar, solange die deutschen Löhne an der Hungergrenze liegen. Das muß klar und deutlich gesagt werden." Die wesentlichste Forderung schwedischerseits bestehe somit in einer bedeutenden Erhöhung des Lebensstandards der deutschen und französischen Stahlarbeiter. Auch unter anderen Gesichtspunkten sei das notwendig. Das drohende Lohn-Dumping von deutscher Seite könne dadurch abgewehrt und die Lage auf den Exportmärkten wieder normalisiert werden.

Der Artikel schließt mit der Erwartung, daß bis zur Verwirklichung des westeuropäischen Montanplanes die Investitionen der schwedischen Stahl- und Eisenindustrie abgeschlossen sein werden. Der beabsichtigte Stahlpakt bezwecke u. a. eine allgemeine Investitionskontrolle zur Verhinderung der Überproduktion. Es könne für Schweden wertvoll sein, bei der Gestaltung der Investitionspläne dabei zu sein, weshalb die eingangs erwähnte Beteiligung am Stahlpakt wünschenswert sein dürfte.

Innerbetriebliche Mitbestimmung in Frankreich

Der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux erklärte kürzlich, das Mitbestimmungsrecht in Frankreich sei zum großen Teil verwirklicht. Er erwähnte dabei die Einwirkung der Gewerkschaften auf die verstaatlichten Gruben und die Tatsache, daß in Betrieben mit über 50 Arbeitern inzwischen Betriebsausschüsse (comités d'entreprise) gebildet worden seien. Diese Betriebsausschüsse seien nicht nur an der allgemeinen Geschäftsführung beteiligt, sie hätten vielmehr auch das Recht auf Einsichtnahme in die Finanzlage des Betriebs und könnten für Kontrollzwecke einen Budgetprüfer heranziehen.

Bei der Bewertung der Äußerung von Jouhaux, Westdeutschland sei nach seiner Ansicht auf dem Gebiete der Mitbestimmung noch im Rückstand gegenüber Frankreich, darf man nicht vergessen, daß die Forderungen der Gewerkschaften in Westdeutschland bedeutend über die französische Regelung hinaus gehen. So findet das französische Gesetz Anwendung auf Betriebe mit einer Beschäftigungszahl von 50 und mehr; Wirtschaftsausschüsse, die den comité d'entreprise in Frankreich mehr oder weniger entsprechen würden, sollen nach dem Vorschlag des DGB bereits in Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten zu bilden sein. In Frankreich werden etwa 19 400 Betriebe mit 3,95 Millionen Beschäftigten von der Neuregelung erfaßt. Man nimmt an, daß nur in einem Drittel der dem Gesetz unterworfenen Betriebe die Ausschüsse einigermaßen die ihnen zukommenden Aufgaben erfüllen werden, und daß bei einem gewissen Teil der Betriebe, vornehmlich den Großbetrieben, der Ausschuß immer mehr ein Kampfinstrument der Gewerkschaften darstellen wird. Die Mehrzahl der Ausschüsse dürfte nach französischer Auffassung nur beschränkt bedeutsam werden oder mit der Zeit in einen Dornröschenschlaf verfallen.

Die neue Einrichtung wird nicht allgemein von den Unternehmern abgelehnt, da nach den bisherigen Erfahrungen die Ausschüsse auf sozialem Gebiete bereits nützliche Arbeit leisten konnten. Von der Möglichkeit, Anregungen zur Steigerung der Produktion und zur Besserung der Betriebsergebnisse zu geben, haben, wenigstens in den Mittelbetrieben, die Ausschüsse noch nicht allzu häufig Gebrauch gemacht. Offenbar sind die Arbeitnehmer gerade in kleineren und mittleren Betrieben meist der Ansicht, rein technische Fragen seien von der Betriebsleitung zu regeln. Sehr ernste Schwierigkeiten haben sich bei der Durchführung des Rechtes auf Einsichtnahme in die Geschäftsvorgänge ergeben, zumal offenbar die Gewerkschaften darauf drängten, über die Ausschußmitglieder Angaben über Gehälter der Direktion usw. zu erhalten. Oft ist wegen zu weitgehender Forderungen der Auskunftserteilung das früher gute Verhältnis innerhalb eines Betriebes gestört worden. Zahlreiche Gerichtsentscheidungen sind notwendig geworden, wobei die Gerichte in der Regel den Standpunkt vertreten, daß nur allgemeine Auskünfte verlangt werden können.

Die Aufsichtsorgane in Aktiengesellschaften werden in Frankreich nicht paritätisch besetzt. Lediglich nehmen zwei Vertreter des Betriebsausschusses mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil, der in Frankreich Aufgaben des Vorstandes und des Aufsichtsrates in sich vereinigt. In Frankreich können im Gegensatz zu Belgien bei den Wahlen zu Wirtschaftsausschüssen auch außergewerkschaftliche Listen aufgestellt werden. Allerdings kann jede im Betrieb stark vertretene Gewerkschaft zu den Beratungen des Betriebsausschusses einen Vertreter mit beratender Stimme entsenden. Die Ausschüsse haben sich im übrigen häufig dem unmittelbaren Gewerkschaftseinfluß entzogen. Sie haben die innerbetrieblichen Belange vor die Forderungen der Gewerkschaften gestellt.

HOECHST

ML B

Quer über die Fahrstraße, die unser Werk teilt, spannt sich eine Verbindungsbrücke, die von einem mächtigen quadratischen Turm flankiert wird. Diese beiden Wahrzeichen haben wir nach Kriegsende in unsere neue Schutzmarke aufgenommen — als Symbol für unsere Zusammengehörigkeit, unsere Leistungen mit den Bestrebungen der Fortschritte in der Welt zu verbinden.

Seit Anfang 1950 haben wir wieder die Namen der Gründer unseres Unternehmens: Wilhelm Meister, Dr. Eugen Lucius und Dr. Adolf Brüning in unseren Firmentitel aufgenommen. Die neugeschaffene MLB-Marke ist Symbol für den Schatz an Wissen und Können, den wir unserer Kundschaft aus einer über 80jährigen Erfahrung zur Verfügung stellen.

AUS UNSERERM PRODUKTIONSPROGRAMM:

FARBSTOFFE
ARZNEIMITTEL
CHEMIEALIEN
LACKROHSTOFFE
KUNSTSTOFFE
ZWISCHENPRODUKTE
STICKSTOFFDÜNGER
PFLANZENSCHUTZMITTEL
SCHÄDLINGS-
BEKÄMPFUNGSMITTEL

FARBWERKE HOECHST

vormals Meister Lucius & Brüning

Frankfurt (M)-Höchst

Brasilien will Industrieausrüstungen

Langfristige Kredite gefragt

Die deutschen Exportmöglichkeiten nach Brasilien werden als außerordentlich günstig beurteilt, obwohl es noch fraglich ist, ob der bedeutende Absatzmarkt Brasilien zahlenmäßig in den gegenwärtig in Rio laufenden Handelsvertragsbesprechungen mit der Bundesrepublik seinen Niederschlag findet. Der Warenhunger Brasiliens nach deutschen Erzeugnissen dürfte größer sein als die brasilianischen Lieferungsmöglichkeiten nach Deutschland.

Erschwerend für die augenblicklichen deutschen Exportmöglichkeiten nach Brasilien ist, daß das Land nicht im notwendigen Umfange über Dollars zur Bezahlung verfügt. Aus diesem Grunde wird von brasilianischer Seite die Einfuhr ganzer Industrieausrüstungen aus Deutschland dem Export einzelner Waren vorgezogen. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß deshalb die deutschen Firmen, die die längsten Kreditfristen einräumen können, die größten Chancen im Brasilien-Geschäft besitzen. Die Aufschläge der brasilianischen Importeure auf deutsche Waren sind zum Teil recht erheblich. Firmen, die keine eigene Vertretung in Brasilien unterhalten, wird der Rat gegeben, nicht zu früh über die endgültige Bestellung eines Vertreters abzuschließen, und besser zunächst mehrere Vertreter unabhängig voneinander zu halten, um praktische Erfahrungen zu sammeln.

Hinsichtlich der brasilianischen Exportmöglichkeiten nach Deutschland dürften sich die Erwartungen auf dem Agrargebiet mit Ausnahme von Kakao und Kaffee nicht in vollem Umfange erfüllen. Landwirtschaftliche Produkte werden häufig in unterschiedlicher und mangelhafter Qualität angeboten, da standardisierte Ware fehlt. Insbesondere der Reis, der in großem Umfange verfügbar ist, ist unter der Schale vielfach sehr feucht, so daß die Gefahr besteht, daß er auf dem langen Transportweg nach Deutschland schimmelt. Die Möglichkeit der Lieferung von Zucker und Ölfrüchten wird als gering beurteilt. Das gleiche trifft für Mais zu. Als besonderen Hinweis erweist sich das Fehlen der für die Sortierung, Vergasung und Trocknung landwirtschaftlicher Erzeugnisse notwendigen technischen Einrichtungen. Die Preise der brasilianischen Erzeugnisse auf dem Agrargebiet liegen meist über den Weltmarktpreisen. Aus diesem Grunde prüft gegenwärtig die brasilianische Regierung die Möglichkeiten von Exportförderungsmaßnahmen, um dadurch die Ausfuhr nach Deutschland vorteilhafter zu gestalten.

Schwedische Fahrräder in Brasilien

Die schwedische Fahrrad-Industrie hat in den letzten Jahren den brasilianischen Markt mit dem Modell „Monark" erobert, erklärte der kürzlich von einer Südamerika-Reise zurückgekehrte Direktor des Monark-Konzerns in Stockholm. Das vor zwei Jahren in Sao Paulo eröffnete Zweigwerk des Konzerns erzeugt 2000 Fahrräder monatlich. Gegen Ende des Jahres hofft man die Leistung auf 3000 Stück steigern zu können.

Schwedische Analysen ausländischer Märkte

Der von der schwedischen Regierung vor einigen Monaten eingesetzte Ausschuß über die Frage der Durchführung von Marktanalysen empfiehlt Untersuchungen der Absatzverhältnisse in Brasilien, mittelamerikanischen Staaten, Britisch-Malacka, Burma, Thailand, Indonesien, Syrien, Libanon, Irak, Saudi Arabien, Türkei, Cypern, Tunis, Algier, Marokko, sowie belgischen Kongo. Für die Reihenfolge der Untersuchungen sind valutarische Gesichtspunkte maßgebend. In erster Linie sollen hartvalutarische Märkte untersucht werden.

CSR will Agrargüter liefern

Tschechische Importpraxis zurückhaltend

Die bisherige Entwicklung des deutsch-tschechoslowakischen Warenverkehrs entspricht nicht den Erwartungen, die an die Abwicklung des Handelsabkommens vom 21. 10. 1949 geknüpft worden waren. Im 1. Halbjahr des Vertragszeitraumes, d. h. vom 1. 10. 1949 bis zum 31. 3. 1950, hat Westdeutschland aus der Tschechoslowakei für 10,072 Mill. Dollar eingeführt und nach der Tschechoslowakei für 8,259 Mill. Dollar exportiert. Die Einfuhr hat sich vom 4. Quartal 1949 mit 3,892 Mill. Dollar im 1. Quartal 1950 auf 6,180 Mill. Dollar erhöht. Demgegenüber sank die deutsche Ausfuhr in den gleichen Zeiträumen von 4,522 auf 3,737 Mill. Dollar ab. Dennoch hat sich bisher ein kleiner deutscher Aktivsaldo in der Zahlungsbilanz ergeben, der auf die zeitliche Differenz zwischen Waren- und Zahlungsverkehr zurückzuführen sein dürfte. Das laufende Handelsabkommen sieht nach beiden Seiten einen Warenaustausch von 38 Mill. Dollar vor.

Würde die gegenwärtig schleppende Entwicklung anhalten, so müßte damit gerechnet werden, daß der Vertrag bis zu seinem Ablauf nicht einmal zur Hälfte erfüllt sein würde. Es sind Bemühungen im Gange, um gewisse Möglichkeiten zur Überwindung der einer Vertragserfüllung entgegentretenden Schwierigkeiten zu prüfen. Dem deutschen Export nach der Tschechoslowakei steht das Bestreben der Prager Regierung entgegen, die bereits während des zweiten Weltkrieges weiter ausgebaute eigene Industrie im Interesse der eigenen Versorgung noch zu ergänzen. Sicherlich macht auch die Umstrukturierung des gesamten Außenhandels der Ostblockstaaten hier ihren Einfluß geltend. Bei der zurückhaltenden tschechoslowakischen Importpraxis dürfte schließlich auch der Stand der Zahlungsbilanz, der aber angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des Warenverkehrs nur einen vorübergehenden Charakter haben dürfte, eine Rolle spielen. Die Tschechoslowakei wünscht in erster Linie die Abnahme ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in der Warenliste der geplanten tschechoslowakischen Ausfuhren nach Westdeutschland mit 40,440 Mill. Dollar mehr als zwei Drittel des gesamten Ausfuhrvolumens ausmachen. Dem steht die zur Zeit mangelhafte Aufnahmefähigkeit des westdeutschen Marktes für diese Produkte entgegen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Liberalisierung Westdeutschlands Erzeugnissen, die bisher zu den traditionellen Exportgütern der Ost- und Südoststaaten gehörten, das Tor im Westen aufgemacht hat. In Außenhandelskreisen ist man daher der Auffassung, daß die Bemühungen um den Absatz von agrarischen Erzeugnissen der Ost- und Südostländer, und damit auch der Tschechoslowakei, zum Zwecke der Ermöglichung eines entsprechenden Exportes deutscher Industriegüter erst Erfolg versprechen, wenn die Versorgung des westdeutschen Marktes mit landwirtschaftlichen Produkten übersichtlicher und stetiger gestaltet wird und die Handelspolitik auch auf die Ergänzungsnotwendigkeiten mit den Ostländern Rücksicht nimmt.

Neue Möglichkeiten der Steuerersparnis eröffnet die jetzige Fassung des § 70 des Einkommensteuergesetzes. Betriebliche Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau (in Form von Zuschüssen oder zinslosen Darlehen) sind nun bei buchführenden Betrieben, **unabhängig** vom Zeitpunkt der Hingabe als **Betriebsausgaben** oder als **Werbungskosten** gewinnmindernd zu buchen. Sie können also

- **sehr viel Steuer sparen und**
- **die Arbeitsfreude in Ihrem Betrieb steigern,** wenn Sie Ihren Mitarbeitern eine wesentliche Beihilfe zur Lösung ihrer Wohnungsfrage leisten.

Als besonders vorteilhaft erweist sich dabei die Einschaltung von BADENIA-Bausparverträgen in einem betrieblichen Siedlungsplan, der stufenweise in mehreren Jahresabschnitten durchgeführt wird. Beachten Sie bitte: BADENIA-Bausparverträge sichern einen Rechtsanspruch auf II. Tilgungshypotheken zum friedensmäßigen Zinssatz von

4½ Prozent

Fordern Sie bitte unter Bezug auf diese Anzeige ein besonderes Angebot für ein näher umrissenes Projekt an.

BADENIA

BADENIA-Bausparkasse G.m.b.H. Karlsruhe

Südendstr. 12
Telefon 80 86

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Österreichs größtes Chemie-Werk

Weiterer Ausbau der ehemaligen Reichswerke in Linz

Wohl zu den wertvollsten Industrieanlagen, die Österreich aus der Konkursmasse des Großdeutschen Reiches geerbt hat, gehört die aus den ehemaligen Reichswerken in Linz hervorgegangene „Österreichische Stickstoffwerke AG". Während des Krieges, von 1940—42, wurde die gigantische Anlage nach Plänen der IG-Farben mit einem Kostenaufwand von 70—80 Mill. RM erbaut (heute würde das Werk zu errichten weit mehr als eine halbe Milliarde Schilling kosten!) und als chemisches Großwerk mit einer Leistung von 220 000 t Kalkammonsalpeter (KAS) in der ersten Ausbaustufe ausgestattet. Schwere Bombenschäden erlitten die Anlagen 1944/45, sie wurden geplündert — aber davon sieht man heute nichts mehr. Seit 1948 wurde emsig aufgebaut und ausgebaut, Ende 1949 war der Wiederaufbau und die Generalüberholung des Werkes abgeschlossen. 2600 Menschen sind in dem Werk, das eine Fläche von 70 ha bedeckt, beschäftigt — es ist modernst eingerichtet; die Mechanisierung des Arbeitsprozesses ist mustergültig.

Die Etappen des Wiederaufbaues spiegeln sich in der Aufnahme der verschiedenen Produktionszweige wider: Herbst 1945: Aufnahme der Düngekalkerzeugung in Kalkmüllerei, 1946: Wiederaufnahme der Kalkammonsalpeterproduktion, Errichtung neuer Anlagen für Ammoniakchlorid, Chlormethyl, Chromalaun, Hautleim, Natriumbisulfit usw., 1947 Clorethyl- und Natriumnitriterzeugung, 1948: Produktionsaufnahme organischer Chemikalien: Nitrobenzol, Anilin, Metadinitrobenzol, Metaphenylendiamin, 1949: Produktionsaufnahme pharmazeutischer Feinchemikalien und Spezialitäten, wie Acetanilid, Paraaminobenzolsulfonamid, Albazin, Bubazin, Thiotal, Theotal, Thioglykolsäureerzeugung. Heute erzeugen die Stickstoffwerke neben KAS noch etwa 42 Nebenprodukte und sind für die Versorgung der chemischen Industrie Österreichs mit Grundstoffen von größter Bedeutung.

In absehbarer Zeit wird die Produktion einer zweiten Stickstoffdüngersorte sowie von Phosphatdünger aufgenommen. Über die Zukunft der Werke äußerte sich Direktor Hunber dem VWD-Korrespondenten gegenüber sehr optimistisch, weil es sich hier in Linz um eines der letztgebauten, modernsten und durchrationalisiertesten Werke in Europa handelt, das seiner Größe nach in der Spitzengruppe derartiger Industrien steht. Der Ausbau zu einem vielseitigen chemischen Großwerk wird weiterbetrieben, der Mitarbeiterstab, dem viele ehemals Reichsdeutsche angehören, sei erstklassig. Die Werke gehören zu den größten Devisenbringern Österreichs, etwa ⅓ der Produktion werden in alle Welt exportiert.

Die Produktionsentwicklung bei Kalkammonsalpeter zeigt folgendes Bild: 1946: 29 000 t, 1947: 109 000 t, 1948: 208 000 t, 1949: 296 000 t und 1950 voraussichtlich 380 000 t. Bisher wurden 800 000 t KAS versandt. Im März 1950 wurde mit einer Monatsproduktion von 30 000 t die bisherige Höchstleistung erreicht.

Über die Verkaufsergebnisse und Verkaufsrichtung liegt folgende Statistik vor (KAS und Chemikalien): in Tonnen

Österreich	87 000	116 800	98 300
Ausland:	53 000	103 500	111 500
Mitteleuropa	53 000	103 500	78 500
Westeuropa	—	—	30 000
Nordeuropa	—	—	2500
Südeuropa	—	—	8 000
Naher Osten	—	—	72 000
Afrika	—	—	2 500

Von Januar bis März 1950 wurden rd. 100 000 t versandt, davon 110 000 t ins Ausland.

Der Auslandsabsatz verteilt sich wie folgt: Polen 25 400 t, Spanien 14 100 t, CSR 11 500 t, Jugoslawien 11 000 t, Holland 10 300 t, Griechenland 7500 t, Schweden 6500 t, Finnland 5000 t, Frankreich 5000 t und Italien 400 t, Naher Osten 13 700 t, Afrika 600 t. Die gesamte KAS-Produktion bis Juni 1950 ist bereits ausverkauft. Derzeit laufen Exportverhandlungen mit Indien, Pakistan, Israel und Fernostländern. Der weitere Ausbau der Produktion sieht vor: Stickstoffdünger Ammonsulfat, Phosphat- und Mischdünger, Hummusdünger auf Torfgrundlage; ferner sollen verschiedene Weichmacher und Unkrautbekämpfungsmittel erzeugt werden. Die pharmazeutische Produktion wird auf weitere Sulfonamide und andere Spezialitäten ausgedehnt.

*

Die Österreichischen Stickstoffwerke exportierten im Februar 1950 insgesamt 33 934 Tonnen Stickstoffdünger nach 8 Ländern. Diese waren: Spanien 9175 t, Polen 8210 t, Jugoslawien 6240 t, Tschechoslowakei 5050 t, Ägypten 3499 t, Schweden 3490 t, Türkei 150 t, Italien 100 t.

Die Stickstoffwerke, die in Form von Lieferungen von Maschinen und Ersatzteilen aus Deutschland sowie von Rohren und Platin aus den USA indirekt Hilfe im Rahmen des ERP erhielten, sichern Österreich durch ihren Export von Kunstdünger eine wertvolle zusätzliche Devisenennahme, die zur Bezahlung wichtiger Importe verwendet wird.

Ein Berg aus 400 Mill. t Eisenerz

Inmitten einer herrlichen Alpenlandschaft, 2000 m hohen, jetzt noch tief verschneiten Bergriesen, im Herzen der Steiermark, liegt der steirische Erzberg. Er ist einzigartig: seit der Zeit der Römer und Kelten wird hier das kostbare Erz abgebaut, das daraus gewonnene „norische Eisen" war im Altertum und Mittelalter hoch geschätzt. Verfallende Eisenhammerwerke, uralte Holzkohlenhochöfen zeigen in den umliegenden Tälern an, daß die Eisenverarbeitung hier seit Jahrhunderten zu Hause ist. Dieser Erzberg, der sich im Besitz der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft befindet, ist einer der kostbarsten Schätze Österreichs. 400 Millionen t Spateisenstein — 32 Prozent Eisen-, 3 Prozent Mangangehalt — birgt der Koloß. Vor dem Krieg wurden im Etagen-Tagbau alljährlich etwa 1,7 Millionen t Erz gefördert und in den Eisen- und Stahlwerken der Alpine (die — ebenso wie die kleinern Erzvorkommen und die Kohlengruben des Konzerns — alle in einem Umkreis von rund 100 km liegen), zu Eisen und Stahl, Halbzeug, Walzware, Maschinen und Werkzeugen verarbeitet.

Nach 1938 wurde der Bergbau auf dem Erzberg als wichtigste deutsche Erzbasis großzügig modernisiert. Fördereinrichtungen, Bergbahnen, Bagger, Schrägaufzüge — alles wurde auf den neuesten Stand gebracht und die Erzförderung erreichte mit Jahresleistungen von durchschnittlich 3,6 Millionen t Rekordhöhen.

Dann kam das Jahr 1945, mit ihm eine kurzfristige, aber verheerende Besetzung durch die Sowjettruppen. Es begannen die Demontagen: Fördereinrichtungen, Bagger (von 43 vorhandenen die 19 modernsten!), Loks, Bahneinrichtungen, Hunte — alles, was beweglich war und modern, wurde als Kriegsbeute abtransportiert. Der Wiederbeschaffungswert dieser Anlagen wird auf rund 100 Millionen Schilling geschätzt. Niemand in Österreich hätte dieses Geld aufbringen können. Der Wiederaufbau stieß daher auf größte Schwierigkeiten, mit alten Loks, kleinen Baggern usw. begann die Produktion wieder anzulaufen.

Erst der Marshallplan brachte auch hier einen Wandel. Bisher wurden rund 2,15 Mill. Dollar und 36,8 Millionen Schilling für die Modernisierung der Anlagen des Erzberges bewilligt; ein Teil der mit diesem Geld angeschafften Maschinen und Einrichtungen ist bereits geliefert, darunter 3 Dieselloks (zu 300 PS), 2 Zahnradloks (300 PS), 17 Elektroloks, 8 Elektro-Großbagger für 3 Kubikmeter Leistung, kleinere Bagger, neuzeitliche Gesteinbohrgeräte, Bulldozer, Aufbereitungsanlagen und -maschinen, eine moderne Schaufellademaschine usw. Zum Glück sind die im Krieg erbauten Schrägaufzüge erhalten geblieben; sie sind heute von größtem Wert für den raschen Abtransport des Erzes.

Mit dieser Hilfe gelang es, die Erzförderung wieder zu erhöhen. Sie beträgt jetzt zwischen 3000 und 4500 t pro Tag und soll zunächst auf 5500 t gebracht werden (während des Krieges wurden Höchstleistungen von 10 000 Tagestonnen erzielt!). Die Erzförderung seit 1945 weist eine ständige Zunahme auf: 1945 (II. Hälfte): 7580 t, 1946: 438 000 t, 1947: 877 805 t, 1948: 1 188 300 t und 1949: 1 455 000 t.

Das steirische Erz zeichnet sich durch besondere Reinheit und den hohen Mangangehalt aus. Die Alpine plant, wenn erst genügend elektrische Energie zur Verfügung stehen wird, das Erz im elektrischen Niederschachtofen zu erschmelzen (Tagesleistung eines Ofens 100 t), um den hohen Mangangehalt auszunützen und Spiegeleisen mit 8 bis 10 Prozent Mangan zu erzeugen. Österreich würde dadurch jährlich etwa 1500 t Mangan gewinnen, die jetzt auf den Halden verrosten. Die Erzvorräte des Erzberges reichen bei Zugrundelegen einer Jahresproduktion von 2 Mill. t noch für 200 Jahre. Ein zweiter, gleichfalls ureiter Erzbau befindet sich in Kärnten: der Hüttenberger Erzberg, der aber demnächst erschöpft sein wird. Als Ersatz schließt man unweit des steirischen Erzberges den Erzbau Radmer auf, wo bereits im Grubenvertahren gearbeitet wird. Alle diese Erzbaue stehen aber hinter dem steirischen Erzberg in der Ergiebigkeit weit zurück; sie spielen praktisch eine untergeordnete Rolle. Der steirische Erzberg wird noch für Jahrhunderte die österreichische Eisenerzbasis bleiben!

Österreich erzeugt mehr Spezialstähle

Die österreichische Stahlindustrie hat die Erzeugung von Spezialstählen soweit erhöht, daß sie heute über dem Stand des Jahres 1937 liegt. Die Exporte der Industrie an solchen Stählen liegen bereits über den Vergleichszahlen der Vorkriegszeit.

Von der Rohstahlerzeugung des Jahres 1949 mit über 800 000 t wurden etwa 240 000 t für die Erzeugung von Spezialstählen verwandt. 80 Proz. der Erzeugung entfielen auf die Alpine Montan. In die restlichen 20 Prozent teilen sich die Stahlwerke des Schoeller-Bleckmann Konzerns und die Gebr. Böhler-Stahlwerke.

Die österreichische Stahlindustrie hat zwar durch Demontagen nach dem Krieg beträchtliche Verluste an ihren Produktionseinrichtungen gehabt, die jedoch zeitdem ausgeglichen werden konnten. Außerdem wurde seit Kriegsende eine Modernisierung der Werke durchgeführt. Die Böhler-Werke bauen gegenwärtig ein neues Walzwerk.

Der Export von Spezialstählen hat sich bedeutend erhöht. Die Böhler-Werke und Schöller-Bleckmann exportieren gegenwärtig etwa 45—50 Proz. und die Alpine Montan rund 30 Proz. ihrer Erzeugung an Spezialstählen. Die Exporte gehen in der Hauptsache nach europäischen Ländern. Das Geschäft mit Deutschland, das vor dem Krieg ein wichtiger Käufer österreichischer Spezialstähle war, liegt jedoch noch weit unter dem Vorkriegsstand.

Die Einfuhr von Ferrolegierungen und Kohle, ebenso wie der Wiederaufbau und die Modernisation der Industrie sind weitgehend mit Geldern aus dem Europa-Hilfsplan finanziert worden.

Jagd nach Hartwährungen

Zur Förderung des Exportes, vor allem nach Hartwährungsländern, wird in nächster Zeit eine GmbH.-„Fondsverwaltung für Exportsteigerung in Hartwährungsländer" gegründet, deren Kapitalfonds von vorerst 25 Mill. S ganz vom österreichischen Staat gestellt werden wird. Satzungsgemäß soll der Fonds verwendet werden: 1. zur Gewährung niedrig verzinslicher Betriebsmittelkredite (zu 4,5%) für vorliegende Exportaufträge, 2. zur Bevorschussung von Exportfakturen und 3. zur Bevorschussung von Konsignationslagern in den USA, vorausgesetzt, daß mit großer Sicherheit damit zu rechnen ist, daß diese Lager auch verkäuflich sind.

Es handelt sich dabei um die Forcierung zusätzlicher Exporte nach Hartwährungsländern und um die schnellere und leichtere Anbahnung von neuen Exportbeziehungen. Die Gründung dieser GmbH. geht auf die Anstrengungen der österreichischen Zentralbüros für ERP-Angelegenheiten zurück. Damit im Zusammenhang stehen weitere Bemühungen dieses Büros wie u. a. die Organisation von Kleinproduzenten zu wettbewerbsfähigen Exportgemeinschaften, der Ausbau der Außenhandelsstelle New York der österreichischen Bundeshandelskammer und die Steigerung der Reklametätigkeit, Unterstützung von Ausstellungen österreichischer Waren in den USA und alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Österreichexport nach den Hartwährungsländern zu erhöhen.

Dritter ECE-Bericht — wenig optimistisch

Auch fernerhin Dollarmangel — Entwicklung eines freien Handels möglich

In einem umfangreichen dritten wirtschaftlichen Lagebericht für 1949 warnt die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) in Genf Europa davor, daß ein wirtschaftlicher Rückschlag nach der Beendigung der Dollar-Hilfe eintreten müsse, wenn es nicht umgehend drastische Schritte zur Überwindung der Dollar-Krise unternähme. Der Wirtschaftsbericht ist am 23. Mai in Genf veröffentlicht worden. Er soll auf der gestern begonnenen ECE-Sitzung in Genf von den Delegierten der Teilnehmerländer besprochen werden.

Kritische Lage nach Beendigung der ERP-Hilfe

Der Bericht sieht die brennenden Probleme mehr als Weltfragen denn als rein europäische an. Auch unter relativ günstigen Voraussetzungen für die künftige Entwicklung der politischen Lage und der Wirtschaft dürften die Folgen der Beendigung der Dollar-Hilfe schwer zu überwinden sein. Die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder und auch die internationale Wirtschaftspolitik habe sich bisher noch nicht auf diese Möglichkeit eingestellt. Mit der Beendigung der Dollarhilfe könnte die Lage der westeuropäischen Länder schnell so kritisch werden, daß neue improvisierte Hilfsmaßnahmen notwendig würden, wenn nicht vorher eine Einigung über grundlegende Schritte erreicht wird, die die Abhängigkeit von Dollarimporten beseitigen oder die Dollarerträge erhöhen könnten. Die europäischen Länder müßten angesichts dieser ungünstigen Aussichten jetzt die Vorbereitungen treffen, um nicht beim Zeitpunkt der Beendigung der Dollarhilfe zu plötzlichen Verschiebungen in ihrem Außenhandel und in ihrer Produktion gezwungen zu sein.

Die ECE spricht diese Warnungen aus, obwohl der Bericht gleichzeitig die anhaltende Besserung der europäischen Produktion und die Ausdehnung der Investitionen in Europa feststellt. Für Europa als Ganzes ohne die UdSSR lag die industrielle Produktion im Durchschnitt des Jahres 1949 um 14% höher als 1948 und um 10% höher als 1938. Ohne Deutschland war das Vorkriegsniveau um 25% überschritten. Auf dem Landwirtschaftssektor ist die Produktion nicht entsprechend gestiegen, sie lag um etwa ⅛ unter dem Vorkriegsdurchschnitt. Die Netto-Investierungen in Europa waren 1949 um etwa 20% höher als 1948 und um rund 25% höher als in den letzten Vorkriegsjahren. Ohne Deutschland stellten sich die Investitionen auf 60% über dem Vorkriegsstand.

Trotz der lebhaften Investitionstätigkeit ließ der inflationäre Druck in Europa überwiegend nach. Dagegen zeigte sich in einigen Ländern ein Rückgang der Inlandnachfrage und ein Steigen der Arbeitslosigkeit, vor allem in Belgien, Westdeutschland und Italien, wobei in den letzten beiden Ländern strukturelle Ursachen die Arbeitslosigkeit noch verschärften. Der Bericht erklärt, daß die Außenhandelslage dieser Länder durch die stärkere Abwertung anderer europäischer Währungen erschwert wurde und daß die Unmöglichkeit einer Lösung des Arbeitslosenproblems in diesen Ländern für Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen Staaten Europas belastete.

Erhöhte Produktion — geringere Absatzchancen

Die europäischen Grundprobleme könnten nicht gelöst werden ohne eine Ausdehnung der Produktion und des Handels innerhalb Europas und der Weltwirtschaft überhaupt. Der Bericht beleuchtet u. a. das Wiederaufleben der deutschen und japanischen Konkurrenz im Welthandel, die für andere Länder beim Fehlen einer generellen wirtschaftlichen Ausdehnung erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnte.

Der Bericht untersucht dann die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Belebung in Europa selbst in den nächsten zehn Jahren. Unter der Voraussetzung, daß der Beschäftigungsgrad gehalten wird und daß die Investitionen ein hohes Niveau behaupten, wird ein Anwachsen der industriellen Produktion Europas in den nächsten zehn Jahren um etwa 40 Prozent für möglich gehalten. Dieser Satz läge damit erheblich über der Zuwachsrate zwischen den beiden Weltkriegen und entspräche etwa den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg. Der Bericht betont jedoch, daß die europäischen Anstrengungen zur Erreichung eines solchen Zieles nicht nachlassen dürften.

Die stärkste Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung Europas sieht der Bericht in den der Situation nicht angemessenen Maßnahmen zur Lösung der Zahlungsproblems. Die Dollarknappheit dürfte in der Welt anhalten, vor allem weil die Absatzaussichten auf dem amerikanischen Markt beschränkt bleiben und die Möglichkeiten „unsichtbarer" Dollarbezüge trotz der Steigerung des amerikanischen Touristenverkehrs beschränkt sind. Unter diesen Bedingungen sei die Wiederherstellung der freien Konvertierbarkeit der Währungen und die Entwicklung eines freien Handels unmöglich. Die europäischen Länder müßten untereinander eine ausgewogene Wirtschaftspolitik betreiben und sich auf gemeinsame Grundsätze einigen, die nicht nur von den Regierungen als solchen angenommen würden, sondern auch von den Parlamenten und von der Wirtschaft. Die Übereinstimmung sei notwendig, wenn man die internationalen Handels- und Zahlungsbedingungen freier gestalten wollte.

Erdöl in Jugoslawien

Jugoslawien hat als Erdölproduzent vor dem Krieg keine Rolle gespielt. In diesem, an Bergschätzen reichsten Land Europas, wurden 1939 nur 1000 t Erdöl gefördert. Erst im Krieg wurden, nachdem unter deutscher Leitung jenseits der jugoslawischen Grenze auf ungarischem Gebiet größere Erdölfelder entdeckt worden waren, von den Deutschen auch die jugoslawischen Gebiete — vor allem im Banat — systematisch erforscht und z. T. auch bereits aufgeschlossen. Nach Kriegsende bauten die Jugoslawen auf den deutschen Forschungsergebnissen auf, stellten die meist zerstörten Förderanlagen wieder her und begannen selbst mit einer großzügigen Erschließung, die sich seit der Einstellung der Erdöllieferungen aus Rumänien noch wesentlich gesteigert hat.

Die systematische Erforschung des Landes selbst brachte zutage, daß Erdöl nicht nur in der Woiwodina (Banat), in Slowenien und Kroatien, sondern auch in Mazedonien, in Bosnien-Herzegowina, auf den verschiedenen dalmatinischen Inseln und in Montenegro vorkommt. 1949 wurden (nach amtlich-jugoslawischen Angaben) bereits 62 000 t Rohöl gefördert. Für das Jahr 1950 rechnet man mit einer um fast das Dreifache höheren Förderung. Ob allerdings das hochgesteckte Ziel des Fünfjahresplanes mit 450 000 t Jahresproduktion Ende 1951 erreicht werden wird, bleibt noch abzuwarten.

Zu den ergiebigsten Vorkommen dürften die Felder von Dönja Lendava in Slowenien und die jüngst erst aufgeschlossenen Banater Felder gehören. Während vor dem Krieg nur bis etwa 200 m Tiefe gebohrt wurde, liegen jetzt die tiefsten Bohrungen bei 1200 m. Das künftige Zentrum der jugoslawischen Erdölindustrie soll das Banat werden, wo neben reichen Vorkommen auch große Erdgaslager, die schon produzieren, festgestellt wurden. Außer den Erdölquellen nutzt Jugoslawien nunmehr auch die schon länger bekannten Ölschiefervorkommen systematisch aus.

2 neue Koksöfen in Jugoslawien

Im Zuge einer stärkeren Industrialisierung wird gegenwärtig eine Koksofenbatterie mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 400 000 t bei Zenica in Bosnien gebaut. Eine zweite Anlage soll im Gebiet von Tuzla errichtet werden. Diese Anlage soll eine jährliche Kapazität von 200 000 t erhalten. Die jugoslawische Kohlenförderung betrug seit 1919 jährlich zwischen 4 und 6 Mill. t, jedoch könnte der Bedarf an verkokungsfähiger Steinkohle nicht voll gedeckt werden. Es wurden deshalb jährlich zwischen 300 000 und 600 000 t Steinkohle und Koks eingeführt. Die Meldungen sprechen davon, daß man die bei Tuzla anstehenden Erdbraunkohlen verkoken will. Jugoslawien, das an sich nicht kohlenarm ist, hofft offenbar durch neue technische Methoden die bisher bestehende Abhängigkeit von der Steinkohlen- und Kokseinfuhr beseitigen zu können.

Chiles Außenhandel

Die Aufgliederung der Außenhandelsstatistik Chiles nach Ländern ist erst für die ersten 10 Monate 1949 veröffentlicht worden. Der Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres zeigt bei der Einfuhr, daß die überragende Bedeutung der USA weiter gestiegen, die Perus und Argentiniens dagegen gefallen ist. Verschiedene europäische Länder haben etwas an Bedeutung gewinnen können, insbesondere Großbritannien, aber auch Frankreich, Spanien und Belgien. Die Einfuhr aus Schweden und Italien war rückgängig. Im einzelnen ergibt die Entwicklung folgende Zahlen (in Mill. Goldpesos):

	Einfuhr Jan.—Okt. 49	Einfuhr Jan.—Okt. 48
USA	653,5	448,6
Peru	122,9	155,9
Großbritannien	85,7	68,8
Argentinien	52,3	111,2
Brasilien	42,3	38,5
Curaçao	31,0	60,9
Frankreich	21,0	10,9
Belgien	20,7	13,2
Spanien	20,5	10,8
Schweden	19,3	29,1
Italien	15,9	19,7
Indien	14,3	17,3
Schweiz	13,5	19,7
Kuba	12,0	4,8
Kanada	8,3	16,0
Ecuador	6,1	7,5

Auch bei der Ausfuhr stehen die Vereinigten Staaten an der Spitze. Es folgen mit Abstand Großbritannien und Frankreich, dann Ägypten und Brasilien. Bemerkenswert ist das fast vollständige Verschwinden der Tschechoslowakei und der starke Rückgang Indiens als Absatzländer, dagegen haben Deutschland, Dänemark und Schweden als Abnehmerstaaten aufgeholt.

	Ausfuhr Jan.—Okt. 49	Ausfuhr Jan.—Okt. 48
USA	637,2	684,7
Großbritannien	110,0	94,1
Frankreich	89,6	80,5
Ägypten	49,0	37,7
Brasilien	48,4	35,3
Argentinien	37,1	50,0
Belgien	34,3	35,7
Italien	34,2	34,6
Deutschland	22,8	4,8
Spanien	21,9	12,3
Marao	20,5	—
Kuba	18,5	21,8
Dänemark	16,1	4,0
Holland	15,2	18,3
Schweden	13,9	5,3
Bolivien	10,1	9,0
Peru	6,6	10,9
Schweiz	6,2	13,8
Indien	6,2	33,4
Tschechoslowakei	0,3	35,9

Chile als Stahlerzeuger

Das erste chilenische Stahlwerk ist jetzt komplett. Es hat seinen Standort an der St.-Vincente-Bay. Bereits seit einiger Zeit wurden Bleche und Barren aus importierten Vormaterialien gewalzt, die von den Vereinigten Staaten geliefert wurden. Künftig wurde der Hochofen angeblasen, dessen Inbetriebnahme verzögert wurde bis die neue Batterie von 97 Kokesöfen fertiggestellt war. Der neue Hochofen hat eine tägliche Leistungsfähigkeit von 700 t Roheisen. Das chilenische Stahlwerk erzeugt Bleche, Weißblech, Träger und anderes Konstruktionsmaterial. Die Rohstahlkapazität wird mit 280 000 t jährlich angegeben, doch werden 1950 erst etwa 100 000 t erzeugt werden. Es wird noch einige Zeit vergehen, ehe die ersten chilenischen Stahlerzeugnisse auf dem Exportmarkt erscheinen werden.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

KARLSRUHE IN BADEN

Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle/n ich/wir ab sofort bis auf weiteres ___ Exemplare der

WIRTSCHAFTSREVUE

durch die Post / unter Streifband zum monatlichen Abonnementspreis von DM 2.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____

Beruf/Branche _____

Ort und Straße _____

_____

Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

Welt-Warenmärkte

Notierungen steigen immer weiter

Kautschuk, Wolle, Metalle und Kaffee sehr fest

Alle internationalen Rohstoffmärkte haben ihren Preisstand in der Woche zum 26. Mai verbessert.

Getreide

Die Chicagoer Getreidebörse beschloß die Berichtswoche zu leicht höheren Notierungen. Weizen, Juli-Kontrakt, wurde am 20. Mai mit 217⅞ cts je Bushel gehandelt gegenüber 215⅞ am 18. Mai. Im gleichen Zeitraum stieg Mais von 145⅞ auf 148¾ und Hafer von 81⅛ auf 81⅞ cts je Bushel. Das Ausfuhrgeschäft ist noch immer gering; in den Börsengesprächen wurde erneut die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß der hohe Preisstand die ausländischen Interessenten abschrecke. Obwohl die Gerüchte über eine bevorstehende Revision des nordamerikanischen Stützungsprogrammes für Getreide in der letzten Zeit zum Schweigen gekommen sind, verkennen einsichtige Beobachter des Getreidemarktes nicht die Gefahr, die für die nordamerikanische Getreidewirtschaft in überhöhten Preisen liegt. Schon in diesem Jahr haben weder die Vereinigten Staaten noch Kanada aus dem ERP und aus dem internationalen Weizenabkommen absatzmäßig den Nutzen ziehen können, den man sich ohne Zweifel von diesen Instrumenten erhofft hatte. Bei steigenden Ernten in Europa und anderswo dürfte der Absatz von Dollarweizen im kommenden Wirtschaftsjahr noch schwieriger werden. Unter diesen Umständen ist selbst eine geringe nordamerikanische Ernte nur ein schlechter Ersatz für fehlende Auslandskäufer. Die „Hoffnung" auf eine schlechte Ernte — man verzehle uns diese widersprunchsvolle Bezeichnung — sollte also nicht die Erkenntnis verhindern, daß selber eine kleine Ernte „zu groß sein kann", wenn die Käufer fehlen. — Von erheblicher Bedeutung für die fernere Entwicklung des Weizengeschäftes dürfte die Höhe der kommenden argentinischen Weizenernte sein. Die Augen aller Interessenten richten sich auf dieses Land, das als Nichtmitglied des IWA bei einer guten Ernte das Zünglein an der Waage werden dürfte. Es ist schon ein großer Unterschied, ob die IWA-Einfuhrländer von sich aus ihre Kontingente abrufen, oder ob sie durch die Ausfuhrländer zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgefordert werden. In diesem Falle würde der IWA-Preis für das am 1. August 1950 beginnende Wirtschaftsjahr automatisch auf die untere Grenze, 1,80 Dollar je Bushel zurückfallen. Gegenüber dem Höchstpreis ist das ein Abschlag von 40 Dollarcents. Das kommende zweite IWA-Jahr, das ist die einheitliche Meinung der Marktbeobachter, wird für das internationale Weizenabkommen von entscheidender Bedeutung sein.

Nach den neuesten Meldungen aus Argentinien scheinen sich die Hoffnungen auf eine bedeutende argentinische Weizenernte zu bestätigen. Es heißt, daß die Farmer die von Staatspräsident Peron geforderte Mindestanbaufläche von 7 Mill. ha sogar überschritten haben. Allgemeine günstige Niederschläge haben die langanhaltende Trockenheit in den Pampas unterbrochen. Die Aussaat von Weizen und Leinsaat macht in den Provinzen Cordoba und Santa Fé gute Fortschritte. In den übrigen Anbaugebieten ist die Bodenvorbereitung und das Pflügen in vollem Gange. In der Berichtszeit hat Argentinien 23 000 t Hafer nach dem USA verkauft. Über den Preis konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. — In der Woche zum 24. Mai wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 15 000 t Weizen, 21 000 t Mais, 5000 t Hafer, 2000 t Roggen und 2616 t Leinsaatöl verschifft. In Gerste und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 36,7 kg

	20. 5. 50	27. 5. 50
Mai	211⅛	——
Juli	216⅞	216⅞
September	219⅞	217¾
Dezember	——	219⅞

Maispreise in Chicago in Dollars-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	20. 5. 50	27. 5. 50
Mai	147⅞	——
Juli	149⅞	149¾
September	150⅞	149¾
Dezember	——	148

Haferpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	20. 5. 50	27. 5. 50
Mai	80⅞	——
Juli	78⅞	81
September	79⅞	79⅞
Dezember	——	79¾

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 28,4 kg

	20. 5. 50	27. 5. 50
Mai	149⅞	149⅞
Juli	150⅞	151
Oktober	152⅞	153

Gerstepreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	20. 5. 50	27. 5. 50
Mai	146	145⅞
Juli	126⅞	145⅞
Oktober	121⅞	121

Öle und Fette

Die recht feste Haltung der nordamerikanischen Märkte für edlere Öle und Fette erklärt sich, teilweise durch die angespannte statistische Position, insbesondere in Sojabohnen und durch die Fortschritte im Kongreß bei den Beratungen über die Haushaltsmittel der ECA für das Fiskaljahr 1950/51. Nicht edlere Öle und Fette waren unentschieden. Talg war infolge der geringeren Nachfrage der Seifenindustrie, die sich in der letzten Zeit in zunehmendem Umfange auf andere Fettrohstoffe umstellt, gedrückt. Die Preise für Leinölsaat haben sich dagegen gefestigt, weil die Ernte in den nordwestlichen Anbaugebieten in der USA um 3 Wochen zurückgeblieben ist.

Kaffee

Santos „D"-Kontrakt, Mai-Termin, notierte am 25. Mai in New York 45,00 cts je lb gegenüber 45,75 cts am 18. Mai; Santos „S"-Kontrakt 46,00 nach 44,50 cts je lb. Die New Yorker Kaffeebörse scheint die längere Zwischenperiode der Schwäche überwunden haben. Der Umschwung setzte nämlich, genau am letzten Tage der Berichtszeit ein. Es verlautete aus Kreisen des Handels, daß „die Dinge jetzt besser aussehen". Es wird abzuwarten bleiben, ob diese Vermutung zutrifft, die infolge der Entwicklung der letzten Tage vieles für sich hat. Man hatte schon verschiedentlich gehört, daß die brasilianische Regierung 4 Mill. Sack Kaffee von nordamerikanischen Kaffee-Importeuren zurückzuziehen beabsichtige, um damit ihre Verpflichtungen in den Handelsabkommen mit Westdeutschland, Frankreich und Italien zu erfüllen. Diese Transaktion scheint sich bestätigt zu haben. Es ist natürlich, daß hierdurch der New Yorker Kaffeemarkt eine starke Entlastung erfahren würde. In Erwartung eines endgültigen Tendenzumschwunges haben daher am 25. Mai die Großröstereien zum ersten Male größere Mengen gekauft. Festigend wirkten auch die Nachrichten aus Kolumbien, daß die letzten starken Regenfälle an der Kaffee-Ernte bedeutenden Schaden angerichtet haben. — In Brasilien ist man jedenfalls durch die Tätigkeit des Kaffeeuntersuchungsausschusses des Senates der USA unter Führung von Senator Gillette reichlich verschnupft. Man würde hier nach einem Leitartikel der einflußreichen brasilianischen Zeitung „O Jornal" begrüßen, wenn es gelänge, sich von der Bestimmung des Kaffeegesetzes durch die USA, die hinzte, wie man in Brasilien sagt, 10 Jahre lang ein Monopol gehabt haben, unabhängig zu machen.

Kakao

Die Notierungen an der New Yorker Kakaobörse blieben fast unverändert. Bahia, loko, notierte am 25. und am 18. Mai unverändert 20,75 cts je lb, Accra, loko, am 25. Mai 20,13 gegenüber 20,25 cts je lb am 18. Mai. Nach anfänglich fester Haltung zeigte sich zum Wochenschluß eine leichte Neigung zur Schwäche, die jedoch kaum mehr als vorübergehende Bedeutung haben dürfte. Der Markt mag seine eigenen Kräfte durch die spekulativen Käufe der letzten Zeit etwas überanstrengt haben. Die Grundstimmung ist indessen nach wie vor gut, zumal da der Verbrauch der Schokoladenindustrie durchaus eine zufriedenstellende Entwicklung aufweist. Allerdings hörte man auch die Ansicht, daß die Saison des starken Schokoladenverbrauches bald zu Ende sei, daß sich aber die Einfuhr von Kakao nach den Vereinigten Staaten noch auf ziemlicher Höhe halte.

Tee

Die Teeversteigerungen an den fernöstlichen Teemärkten, Kalkutta, Colombo, Jakarta, brachten tendenzlose Preise. Das Angebot war an allen drei Plätzen wenig repräsentativ, wodurch sich die geringe Nachfrage zum Teil erklärt.

Zucker

Der Preis für Zucker, Weltkontrakt Nr. 4, Juli-Termin, hat in New York etwas angezogen. Er zuletzt am 25. Mai 4,22 gegenüber 4,16 am 18. Mai. Der Markt war etwas freundlicher als in der Vorwoche. Die Erwartungen, daß die kubanische Zuckerernte auch in diesem Jahre einen hohen Ertrag bringen werde — die bisherigen Schätzungen rechnen mit einer kleineren Ernte — scheinen sich zu bestätigen. Bis zum 13. Mai dieses Jahres hat die Ausmahlung der kubanischen Zuckerrohr-Ernte bereits 5,3 Mill. spanische Tonnen (von je 920 kg) ergeben. Von insgesamt 161 Zuckerrohrmühlen waren am 17. Mai noch 59 in Betrieb.

Wolle

Die Wollversteigerungen der Berichtszeit zeigten wiederum eine sehr feste Haltung. Eine gewisse Verlangsamung des steigenden Trends kann jedoch nicht geleugnet werden. Zum ersten Male seit mehreren Wochen gaben grobere Wollen leicht nach. Es dürfte indessen fraglich bezweifelt werden, daß hierin der Beginn eines Umschwunges zu sehen ist. Das Angebot an den australischen Wollversteigerungen ist in Anbetracht der vorgeschrittenen Jahreszeit nicht mehr sehr relevant. Außerdem ist es nicht unwahrscheinlich, daß der unmittelbare Bedarf durch die starken Käufe an der letzten Londoner Versteigerungswoche für eine gewisse Zeit befriedigt wurde. Die am 23. Mai auf Grund der letzten Sydneyer Wollversteigerung veröffentlichten Durchschnittspreise haben sich gegenüber dem 12. Mai nicht verändert.

In Buenos Aires war der Wollmarkt sehr fest, die Umsätze sehr klein. Die Bestände sind stark zusammengeschrumpft. Sie werden noch privaten Schätzungen auf höchstens 4000 t veranschlagt. Frankreich, Belgien und die Niederlande interessieren sich noch für feinere Qualitäten. — In Montevideo befestigten sich die Verkäufe in der Woche zum 26. Mai auf 1478 t. Auch hier war der Markt somit für beste Sorten sehr fest. Aus der neuen Schur in Uruguay wurden etwa 1 Mill. kg verkauft. Die hierfür erzielten Preise liegen um etwa 4 cts niedriger als die für Ware aller Schur.

Baumwolle

Die Notierungen an der New Yorker Baumwollbörse setzten ihre steigende Entwicklung fort. Juli-Kontrakt wurde am 25. Mai mit 33,32 cts je lb, gegenüber 32,93 am 18. 5. gehandelt. Oktober-Termin stieg von 31,31 auf 31,76 cts je lb. Das Geschäft erhielt seine Prägung durch anhaltende Käufe des Handels in den nahen Sichten, insbesondere im Juli-Kontrakt. Außer guten Abschlüssen für Rechnung der Spinnereien, angeregt durch das ausgedehnte Geschäft am Markt für Baumwollfertiggarn, wurde ein großer Teil des Umsatzes durch die Verkäufe an ERP-Länder von Baumwolle, die bis zum 15. Juni dieses Jahres verschifft sein muß, getätigt. Als Käufer werden vor allen Dingen Frankreich und Japan genannt. Auch Indien soll demnächst am Markte erscheinen. Die nassen Termine neuer Ernte erreichten neue Höchststände für die Saison, wofür in erster Linie die Aussichten über ein weiterhin gutes Ausführgeschäft auf Grundlage der ECA-Zuteilungen ausschlaggebend waren. In der gleichen Richtung wirkten wiederum die Erwartungen einer kleinen Ernte, die Bedrohungen der Ernte durch die Russelkäferplage, zumal im Südosten des Baumwollgürtels, und die Aussicht auf eine angespannte Versorgungslage. Nach privaten Meldungen sollen die Vorbereitungen für die neue Ernte in der Berichtszeit gute Fortschritte gemacht haben. Demgegenüber ist festzustellen, daß der letzte amtliche Wetterbericht in seiner Weise sehr günstig lautete. Er meldete wechselvolles, regnerisches Wetter über weiten Gebieten des mittleren und südlichen Baumwollgürtels. Die Felder sind daher voller Unkraut, abgesehen davon, daß die Feuchtigkeit zu einer Verstärkung der Rüsselkäferplage beiträgt. Auf lange Sicht gesehen — die Bestätigung hierfür bringt der Internationale berühmte Baumwollausschuß in seiner Jahresübersicht über die Weltbaumwollwirtschaft — sind die Börse an den Tatsachen, daß die Bestände der Welt an Rohbaumwolle am 1. August 1950 um 2 Mill. Ballen größer sein werden als vor einem Jahr, womit sie die ansehnliche Höhe von 17 Mill. Ballen erhöhtern, vorbei. Der Baumwollausschuß stellt außerdem fest, daß das größte Problem der Baumwollwirtschaft darin gesehen werde müsse, daß der Verbrauch dieser Spinnfaser im Gegensatz zu allen übrigen, in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren nicht zugenommen habe, und daß er heute noch immer geringer als vor dem Kriege sei. Es gibt ohne Zweifel Abnehmer für Baumwolle. Das Problem liegt darin, wie diese Abnehmer finanziert, und zwar mit Dollar, zu unterstützt werden können, daß sie Baumwolle zu kaufen in der Lage sind.

Die Alexandriner Baumwollbörse erfuhr in der Berichtswoche ihre Prägung durch die Aufhebung der Preisdämme. Die Aufhebung der Preisdämme war die Initialzündung für einen lebhaften Umsatz. Die Notierungen schnellten sprunghaft herauf. Zum Wochenschluß wurde das Geschäft etwas ruhiger, wahrscheinlich in der Hauptsache in der Erkenntnis, daß neue Kompensationsgeschäfte in ägyptischer Baumwolle vorderhand nicht in Aussicht stehen. Die Verhandlungen mit der UdSSR wegen eines Austausches von Baumwolle gegen Weizen sollen unterbrochen worden sein.

Das Geschäft am Lokomarkt in Bombay war sehr gering. Es wurden nur 2500 Ballen verkauft. Die Bestände in den Distrikten von Broach und Surari sind dem Vernehmen nach nur sehr gering. Im Süden halten sich die Notierungen auf vollem Stand. Die Spinnereien kauften etwa 500 Ballen ägyptische Baumwolle aus den lokalen Beständen in Bombay. Die Preise lagen erheblich unter der ägyptischen Parität. In Sudan-Baumwolle kamen wegen der wenig reizvollen Preise keine Geschäfte zustande. In Großbritannien wurden in der Woche zum 20. Mai 38 832 Ballen Rohbaumwolle gelandet, davon 14 796 aus den USA, 11 002 aus dem Sudan, 2044 aus Pakistan, 2400 aus Indien und 6610 anderer Provenienz. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befanden sich an dem genannten Stichtage 85 743 Ballen. Das Kaufinteresse der Spinnereien hat etwas nachgelassen, einmal wohl infolge der bevorstehenden Pfingstfeiertage, dann aber auch weil sich sehr viele Betriebe in den vergangenen Wochen reichlich eingedeckt haben.

Baumwoll-Notierungen

New York	20. 5. 50	27. 5. 50
Disp.	32,79	34,17
Juli	32,62	33,18
Juli	32,65	33,30
August	32,60	32,93
September	32,58	32,35
Oktober	31,34	31,86
December	31,60	31,80
März	31,79	31,60
Mai	31,79	31,70
Juli	31,30	31,31

Kautschuk

Die Kautschukpreise setzten ihre steigende Tendenz fort. In New York notierte Nr. 1 RSS, Mai-Kontrakt am 25. Mai 29,25 cts je lb, gegenüber 28,75 cts am 18. Mai. Die Versorgungslage in Kautschuk naher Sicht in den Vereinigten Staaten ist nach immer außerordentlich knapp. Es scheint sich mehr und mehr herauszukristallisieren, daß nicht nur die Verbrauchsschätzungen der Internationalen Kautschukstudiengruppe den wirklichen Bedarf weit unterschätzt haben, sondern daß auch die nordamerikanische Kautschukindustrie in ihren ursprünglichen Vermutungen zu vorsichtig gewesen ist. Nach neuesten Angaben wird der Verbrauch von Naturkautschuk in den USA auf 1,07 Mill. tons veranschlagt, und zwar 650 000 tons Naturkautschuk und 420 000 tons Synthesekautschuk.

Die kommenden Monate werden für die Entwicklung am Kautschukmarkt entscheidend sein. Gelingt es, die Produktion von Synthesekautschuk in den USA schnellstens zu steigern, dann dürfte es mit der Hausse der Kautschukpreise vorbei sein. Von einzelnen Beobachtern des Kautschukmarktes wird in richtiger Erkenntnis der dem Naturkautschuk von dieser Seite her drohenden Entwicklung immer wieder darauf hingewiesen, daß ein stabiler Preis günstiger sein würde als die starken Schwankungen, wie sie nur Zeit an den Märkten vorkommen.

Auch in London zogen die Preise sprunghaft bei seitweilig sehr lebhaftem Geschäft an. Sie besonders die Berichtszeit für Lokoware Nr. 1 RSS um ⅝ d je lb und für Termine Sichten um 1⅛ d je lb höher. Bemerkenswert ist das stärkere Interesse in den Terminen. Auch mittlere Qualitäten wurden bei geringem Angebot stärker gefragt. Man weist darauf hin, daß die malaiische Ausfuhr im April ihren besten Stand seit zwei Jahren erreicht hat. Man sieht darin eine Bestätigung für die derzeitige Knappheit und knüpft hieran die Befürchtung, daß die malaiische Kautschukausfuhr infolge der unruhigen Lage in diesem Lande in Zukunft noch weiter zurückgehen könnte. An ruhigen Tagen gaben die Notierungen vorübergehend nach. Der Markt ist noch immer sehr empfindlich. Zum Wochenschluß bestand eine leichte Neigung zu Gewinnmitnahmen.

Häute und Felle

Die Geschäftsbedingungen an den internationalen Häutemärkten haben sich in der Berichtszeit nicht geändert. In den Vereinigten Staaten zeigte sich infolge des Beginnens der Einkäufe für die Herbst- und Wintersohlenhäuten eine etwas stärkere Nachfrage für mittlere und schwere Häute. Leichtgewichtiges Material ist noch immer knapp. Der Häutemarkt in Buenos Aires war ruhig. Die bedeutenden Verkäufe in der Vorwoche haben den zurückhaltenden Anfall vorweggenommen. Die eingegangenen Verpflichtungen werden im besten Falle im Laufe der nächsten zwei Monate voll beliefert sein. In Großbritannien war das Geschäft schleppend zu etwas unveränderten Notierungen.

NE-Metalle in New York

Die Tendenz am New Yorker Markt für NE-Metalle war in der Berichtswoche wieder fest. Neben Zink wurde auch Aluminium von der Aufwärtsbewegung erfaßt. Die außerordentlich starke Nachfrage nach Kupfer, der in den ersten Tagen kaum Angebot gegenüberstand, zwang die Hütten zu einer Verdatierung der Auftragsentgegennahme für den nächstfälligen Liefermonat als der einzigen Lösung bei der derzeitigen Marktlage. Bis zum Ende der Woche waren bereits große Aufträge zur Lieferung im Juli begeben. Die angespannte Versorgungslage bei Zink hat zu der erwarteten Preiserhöhung um ½ ct auf 13½ cts je lb für Prime Western, loko East St. Louis, geführt. Der Bedarfsbegehr für Blei hat nach der starken Kaufwelle der vergangenen Woche etwas nachgelassen. Zinn war zeitweilig lebhafter gefragt. Es notierte am 26. Mai 79¼ cts je lb nach 78⅞ cts am Vortage.

Metalle

Die „Hausse" an den amerikanischen Metallmärkten machte weitere Fortschritte. Die Kupfererzeuger haben sich nun doch entschlossen, den Preis für das rote Metall ebenfalls um einen vollen Cent je lb heraufzusetzen. Das englische Versorgungsministerium ist mit den Preiserhöhungen in den Vereinigten Staaten mitgegangen, während man in Westdeutschland nur der letzten Kupferpreiserhöhung Rechnung getragen hat. Selbst die Aluminiumerzeuger in den USA haben die Befestigung des Kupfermarktes zum Anlaß genommen, den Preis leicht heraufzusetzen, obwohl anzunehmen ist, daß sie bei dem bisherigen Preis gut ausgekommen sind. Immer wieder möchten wir darauf hinweisen, daß die Leistungsfähigkeit der Weiterverarbeitung bei allen Metallen durchaus ausreicht, den gegenwärtigen und wahrscheinlich sogar einen höheren Bedarf ohne größere Schwierigkeiten zu decken. Es liegt also wahrscheinlich kein Grund dafür vor, an eine lange Hausseperiode an den Metallmärkten zu glauben. Es waren außergewöhnliche Nachfragen am amerikanischen Markt, die zu vorübergehenden Verknappungen führten, die aber auf die Vereinigten Staaten beschränkt blieben.

Kupfer: Daß sich die Kupfermarktlage eigentlich weiter entspannt haben müßte, zeigen die jetzt veröffentlichten Zahlen für April. Die Ablieferungen in den Vereinigten Staaten werden mit 101 739 sht/t niedriger angegeben als im März mit 123 530 sht/t. Aber auch die Rohkupfererzeugung sank von 96 238 sht/t im März auf 94 100 sht/t im April. Die Erzeugung an raffiniertem Kupfer verringerte sich von 113 440 sht/t auf 102 203 sht/t, so daß die Vorräte weiter auf 97 028 sht/t abnahmen gegen 99 370 sht/t Ende März. Scheint so eine Anspannung der Lage eingetreten zu sein, so ergibt sich aus der Entwicklung außerhalb der Vereinigten Staaten, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Die Erzeugung ist hier im April auf 194 556 sht/t gestiegen gegen 189 369 sht/t im März. Die Ablieferungen blieben mit 72 047 sht/t nahezu unverändert und die Vorräte erhöhten sich auf 190 444 sht/t gegen 148 438 sht/t. Es zeigt sich also, daß die Entwicklung außerhalb der Vereinigten Staaten durchaus nicht geeignet ist, inanspruchliche Erschütterungen zu rechtfertigen. Das zeigen übrigens auch die amerikanischen Raffinade-Einfuhren, die im ersten Quartal 1950 nur 73 053 sht/t betrugen gegen 83 348 sht/t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Andererseits sind die Rohkupfereinfuhren von 35 203 sht/t auf 58 052 sht/t gestiegen. Eine Mehreinfuhr von 7473 sht/t per Saldo in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ist nicht allzu bedeutend. Die Festigkeit des amerikanischen Kupferpreises hat den Verfechtern des Gedankens einer Prolongierung der zollfreien Kupfereinfuhr an amerikanischen Markt natürlich wieder Oberwasser verschafft. Vom statistischen Standpunkt aus sind auch wenig Gründe für die Wiedereinführung des Zolls gegeben, es sei denn, daß die Kupferpreise beträchtlich fallen. Immerhin rechnen aber die meisten amerikanischen Produzenten damit, daß die gegenwärtig sehr hohe Rate des Kupferverbrauchs in den USA eines Tages sinken könnte. Dann wären sie bei weichenden Preisen wieder auf den Zollschutz angewiesen, und es wird daher ihr Bestreben bleiben, die Regierung zu veranlassen, den Zoll wieder in Kraft zu setzen. Der Widerstand gegen den Zoll geht im wesentlichen vom Einfuhrhandel aus.

Zinn: Bis zu einem gewissen Grad hat auch der Zinnmarkt von der im ganzen festen Stimmung der Metallmärkte Nutzen gehabt. Der Preis hat in London die 800-£-Grenze erreicht, und es bleibt nun abzuwarten, ob das englische Versorgungsministerium, entsprechend seiner Ankündigung mit Abgaben beginnen wird. Wenn man berücksichtigt, daß es das Bestreben der englischen Regierung ist, den Zinnbergbau der Malayenstaaten nach Möglichkeit zu stützen, dann darf man höchstens mit sehr vorsichtigen Abgaben dieser Stelle rechnen. Außerdem ist auch der englischen Regierung angesichts der Dollarklemme der englischen Wirtschaft ein möglichst hoher Zinnpreis durchaus sympathisch. Die englische Regierung hat jetzt eine Summe von 325 000 £ für die Erschließung neuer Zinnvorkommen in den Malayenstaaten garantiert. Immerhin ist der Zinnmarkt nicht mehr von der Entwicklung in den Vereinigten Staaten marktmäßig abhängig, seitdem die Londoner Terminbörse in Funktion ist. Andererseits hatten die Zinnerzeuger auf die Käufe der amerikanischen Regierung für den Stockpile, weil sie genau wissen, daß sich die statistische Lage des Marktes ohne diese Käufe im Laufe des Jahres wahrscheinlich erheblich weiter verschlechtern würde. Die Erzeugung übersteigt heute, selbst wenn man eine hohe Verbrauchsrate voraussetzt, den Bedarf ganz bedeutend, und eine Zunahme der Weltzinnvorräte in erheblichem Umfang wäre damit unvermeidlich. Ein unsicherer Markt bietet der Zinnmarkt wahrscheinlich trotz der letzten geringen Preiserhöhungen.

Blei: Der Bleipreis hat jetzt in den Vereinigten Staaten einen Stand erreicht, der vor einiger Zeit von den amerikanischen Erzeugern als das Minimum bezeichnet wurde, zu bleiben abzuwarten, ob man sich für die Dauer mit diesem Preis begnügen wird, oder ob man versuchen wird, die Konjunktur weiter auszunutzen. Es wäre durchaus möglich, daß man die freiwillige Einschränkung der mexikanischen Erzeugung durch die American Smelting and Refining in Verbindung mit dem jetzt auf den Gruben in Freeville ausgebrochenen Streik und die dadurch zu erwartende weitere Verringerung der mexikanischen Produktion dazu benutzen wird, einen Preisvorstoß zu machen. Auch hier ist aber festzustellen, daß es außerhalb der Vereinigten Staaten keine Knappheit gibt, ja daß sogar europäisches Blei in den letzten Monaten zum Zusammenbruch der nach dem Krieg stark überhöhten Bleipreise beigetragen hat. Diese liegen jetzt auf dieser Höhe mit dem Zinkpreis. London ist der Befestigung in den Vereinigten Staaten gefolgt.

Zink: Für die Befestigung des Zinkmarktes in den Vereinigten Staaten mag zum Teil der außerordentlich niedrige Stand der Vorräte beigetragen haben. Diese waren mit 32 320 sht/t die geringsten Bestände seit dem April 1948. Die Ablieferungen in den USA werden mit insgesamt 83 153 sht/t angegeben, wovon 8347 sht/t von der Regierung für den Stockpile angekauft wurden. Wie am Bleimarkt haben auch am Zinkmarkt Regierungskäufe die feste Haltung unterstützt. Die englische Notierung wurde vom Versorgungsministerium der amerikanischen angeglichen, während die westdeutsche Notierung bisher unverändert blieb, obwohl sie umgerechnet etwa 111,90 DM je 1000 kg beträgt, der westdeutsche Preis jedoch nur 108,00 DM. Man rechnet damit, daß bei etwa 13 cts je lb eine Anpassung der westdeutschen Notierung erfolgen wird. Der westdeutsche Bleipreis liegt dagegen mit 116,000 DM immer noch über dem Weltmarktpreis. Knappheit an Zinkkonzentraten in den Vereinigten Staaten wird bei gleichbleibenden Vorrausch dem Zinkmarkt auch in den kommenden Wochen eine Stütze geben.

Erze

Mangaanerz: Aus London wird berichtet, daß zwischen der ägyptischen Regierung und amerikanischen Firmen ein Übereinkommen getroffen wurde, wonach diese Firmen die gesamte Manganerzausbeute Ägyptens in den nächsten fünf Jahren übernehmen. Ägypten erzeugt jährlich etwa 150 000 t Manganerz mit verhältnismäßig geringem Mangangehalt, jedoch hohem Eisengehalt. Auch dieser Abschluß dürfte ein Ausfluß der politischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sein. In London notieren ägyptenzige Erze gegenwärtig cif England 48 d je Einheit Manganeinheit.

Chromerz: Die südafrikanische Chromerzindustrie hat im Augenblick infolge gestiegener Frachtraten mit einer scharfen Konkurrenz anderer Erzeugerländer, so der Türkei, Rhodesiens und Neukaledoniens zu rechnen. Gegen eine ECA-Anleihe werden die USA für vier Jahre jährlich 20000 t türkisches Chromerz erhalten, das den strategischen Vorräten zugeführt werden soll. Rhodesische gewaschene Erze notieren ex Schiff in London 38 £ 11 sh 10 d je Tonne.

Metallpreise

	England in £ je lg/t	USA in cts je lb	West'd. in DM je 100 kg
Kupfer	179/ 0/0	20,30	300,00
Blei	87/10/0	12,00	116,00
Zink	105/10/0	13,00	109,00
Zinn	800/ 0/0	78,37	731,00
Aluminium	114/10/0	17,00-17,00	173,00

Auslandsbörsen

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten in den Vereinigten Staaten ist in den letzten Wochen von starkem Optimismus getragen. Nicht nur das Jahr 1950 werde ein ausgesprochenes Konjunkturjahr sein, sondern man erwartet in Kreisen der New Yorker City, daß auch 1951 sich nicht weniger gut anlassen dürfte. Der Vorschlag des französischen Außenministers Schuman zur Zusammenarbeit und Vereinigung der französischen und der westdeutschen Schwerindustrie hat lebhaftes Interesse erweckt. Er ist wie kaum ein anderer Vorschlag wärmstens begrüßt worden. Auch die Bereitschaft Großbritanniens, der Europäischen Zahlungs-Union als Vollmitglied beizutreten, ist in den Vereinigten Staaten mit Wohlwollen vermerkt worden. In der New Yorker Wallstreet war vielfach die Meinung zu hören, daß die freie Konvertierbarkeit des Pfund Sterlings und der anderen europäischen Währungen vielleicht eher eine Realität sein werde, als man es bis vor kurzem zu hoffen gewagt hatte. In der nordamerikanischen Wirtschaft scheint bei der Beendigung des Eisenbahnerstreiks nach nur kurzer Dauer und die anschließende Ruhepause in neuen Lohnforderungen, nicht zuletzt die schnelle Einigung zwischen der General Motors Company und der Gewerkschaft der Automobilarbeiter, eine Steigerung, so weit das überhaupt noch möglich war, der zuversichtlichen Bewertung der Geschäftstätigkeit bewirkt. Das, was die nordamerikanischen Volkswirte seit langem erwartet hatten, nämlich eine Belebung der Nachfrage nach nicht dauerhaften Verbrauchsgütern, wenigstens auf dem Spinnsektor, ist ebenfalls eingetreten. Die Geschäftstätigkeit der Industrie ist zur Zeit lebhafter als vor einem Jahr; die Herstellung der meisten dauerhaften Verbrauchsgüter hat neue Höchststände erreicht, der Umsatz von Großhandel und Kleinhandel hält sich auf guter Höhe, und es hat den Anschein, daß er noch mehr zunehmen wird. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die New Yorker Effektenbörse Vertrauen ausstrahlt, und daß man mit einer weiteren Erhöhung des Kursstandes rechnet.

Konjunkturwirtschaftliche Untersuchungen stellen fest, daß die Kurse für Industriewerte ihren höchsten Stand seit 20 Jahren erreicht haben, daß das Anlage suchende Publikum jedoch heute stärkeres Anlageinteresse zeigt, als früher zu niedrigeren Notierungen. Man dürfe nicht übersehen, so heißt es, daß selbst nach einem fast ununterbrochenen Anzeigen von elf Monaten eine Rendite von 6⅞ p. a. bei guten Industriewerten auch heute noch eitzt selten ist.

Die Kehrseite der Medaille, um auch diese zu erwähnen, liegt ohne Zweifel darin, daß die nordamerikanische Wirtschaft ihre wahrscheinlich stärkste Anregung aus der defizitären Haushaltspolitik der US-Regierung sieht. Trotz aller Unbeirrte, die auch in den Vereinigten Staaten nicht fehlen, ist der immer wieder vorausgesagte Rückschlag bisher nicht eingetreten. Soll darin ein Beweis gesehen werden, daß die Befürworter dieser defizitären Haushaltspolitik recht behalten werden?

	26. 5. 50	19. 5. 50
Swiss swiss Bank	5 030	5 000
Credit Lyonnais	1 641	1 633
Caoutchouc Indochine	610	610
Kuhlmann	1 400	1 435
Schneider Creusot	5 620	5 740
Canadia Pacific	5 250	5 395
Shell	3 420	3 500
De Beers	1 615	1 620
Rio Tinto	14 850	14 500
Suez Kanal	98 000	100 500

Paris: Sturz des Goldkurses

Die das Geschäft an der Pariser Effektenbörse am stärksten beeinflussenden Faktoren waren in der Woche zum 26. Mai der überraschende Sturz des Goldpreises am Pariser freien Goldmarkt und das starke Kaufinteresse für Papiere des Rüstungen-Metallbergbaues. Der Freisturz in Gold hat lebhafte Beunruhigung ausgelöst und zu stärkeren Verkäufen geführt. Die steigende Tendenz an den internationalen NE-Metallmärkten für sämtliche Metalle hat Bergbauwerten eine starke Anregung gegeben. Wochenschluß flaute das Geschäft stark ab, da weder die Spekulation noch

ERDBÖHRER, BRUNNENBÖHRER „Tatpa"
eig. Bauart, auch für Handarbeitsbohrungen
u. mit tierisch. Gewichtsverlagerung, Erfinder,
Wahrenberg, Gegr. 1911, München 15, Postf.
Tel. 342 699, Tel.-Adr.: Wahrenberg München.

MÄNNER VON Format
WÄHLEN IMMER WIEDER
ELEGANT
FLOTT
PREISGÜNSTIG
Dorndorf Qualität

ETS. GRIMON
12 RUE MOLIERE – PARIS 1e
IMPORT – EXPORT
insbesondere von Kolonialprodukten und Nährmitteln
Kaffee, Zucker, Fette, Malz usw.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das Bankpublikum vor dem verlängerten Wochenende große Neigung zu Neu-Engagements zeigten. Trotzdem brachte der letzte Wochentag einigen Industriewerten kleinere Gewinne. Französische Renten waren nachgebend und beendeten die Berichtszeit auf niedrigerem Kursstand.

Schweiz: uneinheitlich

Die Schweizer Börsen ließen in der abgelaufenen Berichtswoche eine einheitliche Kursbewegung vermissen. Tendenz- und umsatzmäßig gesehen waren die Aktienmärkte in zwei Gruppen geteilt. Dem lebhaften Geschäftsverkehr in amerikanischen Werten stand eine gewisse Lethargie der schweizerischen Papiere gegenüber. Amerikanische Titel fanden auf Grund der aus den USA eintreffenden günstigen Wirtschaftsnachrichten weiterhin starke Beachtung, zumal da auch die New Yorker Börse ihre feste Grundstimmung beibehielt. Eine Reihe der führenden nordamerikanischen Papiere buchten ansehnliche Kursgewinne. Mit besonderer Befriedigung wurde das neue Arbeitsabkommen zwischen der General Motors Corporation und der Automobilarbeitergewerkschaft zur Kenntnis genommen. In schweizerischen Aktien kam nur in Einzelwerten, so unter anderem in Nestle, ein regeres Geschäft zustande. Der Markt der festverzinslichen Papiere zeigte stetige Haltung. Zeitweilig bestand Nachfrage für deutsche Emissionen.

London: freundlich

Die Londoner Effektenbörse war im allgemeinen freundlich. Industriewerte verzeichneten recht gute Gewinne. Eine besondere Anregung erfuhr die Börse im Laufe der Berichtswoche durch die Erklärung der britischen Regierung über Steuererleichterungen für juristische Personen mit Sitz in Großbritannien und Arbeitsgebiet im Auslande. Man erhofft sich hieraus, daß die geplante Sitzverlegung einer Reihe von Unternehmen, deren Tätigkeitsgebiet außerhalb Großbritanniens liegt, vermieden werden kann. Eine zweite sehr starke Belebung brachte dem Börsengeschehen die Aufhebung der Treibstoffrationierung in Großbritannien am letzten Tage dieser Woche. Sie wirkte sich in lebhaften Umsätzen am Markt für Erdölwerte aus. Auch Kautschukwerte und andere Papiere, die aus dieser Erleichterung einen Nutzen ziehen könnten, waren stark gefragt. Die bevorstehenden als „kritisch" angesehenen Pfingstfeiertage in bezug auf die Entwicklung in Deutschland, werden, wie man in London meint, keine besonderen Ereignisse bringen. Deutsche Emissionen buchten an einigen Tagen recht gute Kursgewinne; sie konnten jedoch ihren höchsten Stand bis zum Schluß der Woche auf Gewinnmitnahme nicht halten.

	26.5.50	19.5.50
2½%ige Consols	70½	70¼
7%ige Dawes-Anleihe	20¼	20¼
5½%ige Young-Anleihe	16¼	16¼
7%ige Deutsche Kalianleihe	73	69½
6%ige Deutsche Kalianleihe	68	68
Rio Tinto	16¼	16½
Royal Dutch	20	20½
Anglo Iranian	145/0	139/4½
Courtaulds	36/3	36/6
Imperial Chemical	40/6	40/3
Reuters Index für		
Goldgräberwerte	93,0	93,0
Industriewerte	137,1	135,2
Kaffirwerte	111,2	112,6

New York: weiter fest

Bei nicht sehr bedeutenden Schwankungen konnte der Kursstand an der New Yorker Effektenbörse im großen und ganzen gehalten werden. Käufe wechselten in schneller Folge mit Gewinnmitnahmen ab. Auf der einen Seite wurden die günstigen Geschäftsberichte und sonstige anregende Meldungen aus der nordamerikanischen Wirtschaft, an denen es nicht fehlte, mit Interesse besprochen. Auf der anderen Seite vertrat man die Ansicht, daß eine gewisse Besinnungspause mit den in ihrem Gefolge zu erwartenden Kurskorrekturen durchaus zu begrüßen sei. Der letzte Wochentag stand im Schatten der bevorstehenden Feiertage, die eher zu Positionslösungen als zu neuen Engagements anregten.

	26.5.50	19.5.50
Durchschnittskurse für:		
30 Industriewerte	221,68	222,11
20 Eisenbahnwerte	56,35	56,92
40 Inlandsanleihen	101,19	101,18
15 Versorgungsbetriebe	43,71	44,20
Moodys Index	368,7	367,7

Notenkurs in Zürich am 27. Mai 1950

1 $ USA	4.28½/4.30½
1 £ England	10.85/11.05
100 ffr Frankreich	1.21/1.23
100 bfrs Belgien	8.53½/8.58½
100 hfl Holland	103.50/105.50
100 skr Schweden	68.50/70.50
100 nkr Norwegen	48.—/50.—
100 dkr Dänemark	47.—/49.—
100 Lire Italien	—.66/—.68
100 Escudos Portugal	14.70/14.90
100 skr Tschechoslowakei	—.90/1.10
100 arg. Pesos Argentinien	28.50/31.—
100 türk. £ Türkei	1.02½/1.10
100 österr. Schill. Österreich	14.75/15.—
1 israel. £ Israel	6.30/6.70
100 DM Deutschland	**88.—/[illegible]**

Deutsche Börsen

Frankfurt	5.5.50	12.5.50	19.5.50	26.5.50
AEG	37½	38	37	36½
Brown, Boveri	93	94	94	94
Buderus	73	73	73	73½
Chem. Albert	48	[illegible]	48	47
Degussa	65½	65½	61½	63
Deutsche Erdöl	56	56	56	55½
El. Licht u. Kr.	36½	38	37½	38
Frankf. Masch.	75	78	80	80
Heidelb. Zement	92½	90	92½	91½
Holzmann	35½	35½	35	38
Kupferberg	—	40	—	42½
Lahmeyer	81	80	81	80
Lanz	36	38	37	35
Linde's Eis	80	80	80½	79½
Metallges.	88½	88	84	83
Rheinmetall	26	25½	—	25
Schöfferhof	58	53	51	48
Siemens & Halske	43	44½	43	44
Voigt & Haeffner	110	110	108	110
Wayß & Freytag	108	108	108	108
Zellst. Waldhof	27	27	27½	27
Commerz-Bank	33	34	35	34
Deutsche Bank	35	35½	—	35
Dresdner Bank	36	35½	36½	35½
6% Frkf.Hyp.Bk.	7½	7½	7½	7½
6% Pfälz.Hyp.Bk.	7¾	7¾	7¾	7¾
6% Degussa	8¼	8¼	8¼	8¼
Hamburg				
Accumul.	58	58	60	58
Bekula	36½	36	35	35½
Bremer Wolle	84	86	86	86½
Demag	79	79	80	80
Deschimag	40	40	44	44
Dynamit Nobel	33	33	33	32
Feldmühle	77½	80	80	80
HEW	58	60	58	58½
Hamb. Hochbahn	46½	48	46	45½
Hamb. Hyp.Bk.	15	16	14	17½
Hansa Mühle	17	13½	13	13
Harburg. Gummi	100½	107	107	108
Hoffmann Stärke	78	78	80	80
Ilse Bt.A.	17	—	17½	17
Ilse Genuß	10	10	11	10½
Karstadt	72	73	75	72
Phrix Ibh. A.	27½	27½	27½	28
Rütgers	39	42	41½	42
Schering	30½	30½	30	30½
Hapag	30½	30½	34	35
Nordd. Lloyd	25	21	21	21
6% Hbg. Hyp.	7¼	7½	7¼	7½
6% Hbg. El.W.	7½	8½	8½	8½
Hannover				
Conti Gummi	166	166½	166½	165½
Hackethal	54	55	57	56
Ilseder Hütte	41½	46	41	42
Mech.Web.Linden	66	66	66	64
Salzdetfurth	58	59½	57	60
Wollw. Döhren	60½	60	60	60
Wintershall	32	32	31	30½

Düsseldorf	5.5.50	12.5.50	19.5.50	26.5.50
Alexanderwerk	40	40	40	40
Balcke Masch.	82	84	80	82
Basalt AG	30½	32½	32	31
Dortm. A.-Bräu	—	—	—	31
Felten & G.	57	64	60	62
Ford	60	58	58	60
Gerresh. Glas	58	58	58	58
Goldschmidt	58	60	59	52
G. H. H.	38½	40	40	40
Harpen	—	42	47	42
Hoesch	40	42	40	40
Kabel Rheydt	58	58	58	58
Klöckner	54	57	57	55½
Mannesmann St.	52½	—	47	50
Mülh. Berg	45	50	51	48
Rheinbraun	56½	60	58½	56½
Rhein. Kunstseide	41	49	50½	38
Rhein. Zellwolle	44	44	44	41
Rheinstahl	60	55½	55½	59½
RWE	75	71½	75	75
Verein. Stahlw.	48	52	51	—
Westwaggon	57½	58	58	55
Westf. Kaufhof	77	78½	78	78½
Rh.-Westf. Boden	38	38	38	37
6% Rh.-W. Bd.	7¾	7¾	7¾	7¾
6% Gelsenberg	7¾	7½	7¾	7¾
5% Klöckner	8¼	8¼	8¼	8¼
München				
Amperwerke	88	92	83	88
Augsb.-Nbg.-Masch.	78½	[illegible]	78½	78
BMW	20	20½	20½	20½
Diamalt AG	100	102	104	100½
Dierig	72	74	74	74½
Hackerbräu	78	78	78	78
Hanfw. Füssen	117	117	120	120
Hutschenreuther	81	[illegible]	80½	[illegible]
Krauß Maffei	36½	40	40	40
Lech El.	81½	81½	81½	81½
Löwenbräu	80½	82½	80½	80½
Mech.Baumw.Sp.	112	112	115	112
Rathgeber	87	87	87	87
Rosenthal	77	77	77	77
Spinn.u.Web.Kem.	132	134½	134½	134½
Südd. Zucker	80	87½	90½	90
Tucherbräu	81	81	81	81
Würzb. Hofbr.	42	40½	42	40
Bayr.Hyp.u.W.Bk.	32	32	32	32
Südd. Boden	35	35	35	35
Allianz Leben	48	48	48	48
Allianz Vers.	62	62	61	61
6% Bayer.Hyp.Bk.	7½	7½	7¼	7½
6% Augsb.-Nbg.	7¼	7¼	7¼	7½
Stuttgart				
Brauerei Wulle	67½	67½	70	70
Daimler	47½	47½	47½	48½
Junghans	65½	64	65½	67½
Knorr	75	78	75	67
Salamander	73	75	73	73
Württ. Bank	38	38	38	38

31,22 Mill. Ballen Rohbaumwollernte in der Welt

Die Rohbaumwollernte der Welt im Jahre 1949/50 wird in der Hausveröffentlichung des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums „Foreign Crops and Markets" auf 31,22 Mill. Ballen veranschlagt, gegenüber einer Schätzung der gleichen Zeitschrift vom 30. Januar 1950 in Höhe von 30,85 Mill. Ballen (von je 500 lbs). Die neueste Schätzung von „Foreign Crops and Markets" liegt um 2,08 Mill. Ballen höher als die revidierte Schätzung für die Ernte des Jahres 1948/49 von 29,14 Mill. Ballen, sie ist fast um ¼ höher als die Baumwollernte der Saison 1947/48. Nach der Größe aller Baumwollernten steht sie an dritter Stelle.

Der Zuwachs von 2,08 Mill. Ballen gegenüber dem Vorjahre kommt überwiegend auf die Rechnung der Vereinigten Staaten, die allein 1,25 Mill. Ballen mehr gewinnen werden. Die Baumwollernte des Jahres 1949/50 wurde nur in 1936/37 (33,35 Mill. Ballen) und in 1937/38 (39,0 Mill. Ballen) übertroffen. Die Zunahme gegenüber der ersten Schätzung von „Foreign Crops and Markets" am 30. Januar 1950 erklärt sich durch die Erwartung höherer Erträge in Mexiko, in den USA, in der Türkei, in Pakistan, in Argentinien, in Peru und im anglo-ägyptischen Sudan.

Die europäische Baumwollernte für 1949/50 wird nach der gleichen Quelle auf insgesamt 164 000 Ballen veranschlagt. Mit größeren Erträgen wird in Griechenland und Jugoslawien gerechnet; Spanien und Italien dagegen werden eine geringere Ernte haben.

Aus anderen wichtigen Anbaugebieten liegen folgende Zahlen vor:

UdSSR: Man schätzt die Baumwollgewinnung auf 2,7 Mill. Ballen, rund 100 000 Ballen mehr als in 1948/49. Die über den Baumwollanbau in der UdSSR vorliegenden Angaben sind jedoch sehr unvollständig.

China: Infolge des chinesischen Bürgerkrieges wird der Baumwollanbau in China in diesem Jahre wahrscheinlich ⅓ Mill. Ballen weniger als im Vorjahre (2,13 Mill. Ballen) erbringen.

Türkei: Die Baumwollanbaufläche ist in der Türkei erheblich vergrößert worden. Man kann mit einer Ernte von 436 000 Ballen (1948/49: 308 000) rechnen.

Indien: Die Trockenheit in Südindien hat in den Baumwollpflanzungen großen Schaden angerichtet. Der Ertrag wird im besten Falle nur ⅔ des Vorkriegsdurchschnittes erreichen.

Pakistan: Die pakistanische Baumwollernte wird auf 937 000 Ballen veranschlagt, 125 000 Ballen mehr als im Vorjahre.

Südamerika: In den südamerikanischen Baumwollanbaugebieten in Argentinien, Brasilien, Peru und Paraguay sind die Aussichten günstig. Die Ernten werden überall größer als im Vorjahre sein.

Ägypten: Die ägyptische Baumwollernte hatte in der Saison 1949/50 unter starkem Schädlingsbefall zu leiden. Die letzten Schätzungen lauten über 1,691 Mill. Ballen, also rund 200 000 Ballen weniger als im Jahre zuvor.

Ungewisse Zinnaussichten

Die Weltzinnwirtschaft leidet seit der Beendigung des Krieges unter einer Vorratsanhäufung, die, soweit sie ausgewiesen wird, zeitweilig eine Jahresproduktion der Welt an Zinn überschritt, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung hervorgeht:

Weltzinnerzeugung und -Vorräte (in lg/t zu 1016 kg)

	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949
Erzeugung	103 500	92 000	89 000	98 500	124 000	158 000	168 600
Verbrauch	101 500	101 100	97 700	111 800	136 900	138 900	118 300
Vorräte	163 100	134 700	173 600	160 000	132 900	134 200	129 500

Man muß hierbei berücksichtigen, daß die durchschnittlichen Vorräte beispielsweise im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg zwischen 16 000 und 69 500 lg/t lagen. Sie entsprachen seit dem Krieg auch meist mehr als einem Jahresverbrauch an Zinn.

Die jetzt in Washington abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und den großen zinnerzeugenden Ländern, England, Belgien und Holland, verfolgten zwei Zwecke. Einmal sollten mit Hilfe dieser auf den Markt drückenden Zinnbestände die strategischen Zinnreserven der USA aufgefüllt werden, und zum anderen erhofften sich die Zinnerzeuger aus einer solchen Transferierung der Weltzinnbestände eine grundlegende Verbesserung der statistischen Lage in der Weltzinnwirtschaft.

Über das Ergebnis der Verhandlungen sind, offenbar auch auf amerikanischen Wunsch, nur sehr magere Mitteilungen gemacht worden. Sie lassen aber immerhin erkennen, daß man für die Folge mit einer Wende am Zinnmarkt rechnen muß. Angeblich haben sich die Amerikaner bereit erklärt, einen Preis zu zahlen, der im Durchschnitt zwischen der Zinnorientierung in Ostasien und in New York liegt. Die USA sollen sich bereit erklärt haben, mindestens 40 000 lg/t Zinn, wahrscheinlich aber mehr, aus der laufenden Erzeugung dieses Jahres in den Malayenstaaten, Belgien, Belgisch-Kongo, den Niederlanden und Indonesien zu übernehmen und dem Stockpile zuzuführen. Der malaiische Anteil soll 25 000 lg/t betragen, während die Niederlande außer ihren Konzentratlieferungen an die staatliche Hütte in den USA wahrscheinlich 10 000 lg/t unterbringen können und der Rest auf belgisches Zinn entfällt. An malaiischen Zinnkonzentraten scheinen die USA nach ihren Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als die Unmöglichkeit solcher Lieferungen infolge prohibitiver Ausfuhrzölle die amerikanischen Zinnhütten, die im Krieg errichtet wurden, zum Erliegen brachten, nicht sonderlich interessiert zu sein. Man rechnet damit, daß Ende 1950 die Weltzinnbestände etwa zwischen 40 000 und 50 000 lg/t liegen werden.

300 000 lg/t?

Ein wichtiger Faktor ist natürlich die endgültige Höhe der Zinnvorräte, die die amerikanische Regierung anzulegen beabsichtigt. In London glaubt man nicht, daß die vor einiger Zeit aufgetauchte Zahl von 300 000 lg/t zutreffend ist, sondern daß diese Menge geringer sein wird. Die amerikanische Regierung hat bisher zu dieser Frage noch nicht offiziell Stellung genommen. Bisher sollen 90 000 lg/t angesammelt worden sein. Nicht klar ist bisher, ob die Erzeugung der Longhornzinnhütte der amerikanischen Regierung auch in den Stockpile übernommen wird, was natürlich die Chancen der außeramerikanischen Zinn-Erzeugung vermindern würde.

Risikoreicher Handel

Das Zinngeschäft wird für die Folge mit weitaus größeren Risiken belastet sein, als dies vor dem Krieg bei der Enge des Marktes, der leicht spekulativen Einflüssen unterlag, der Fall war. Der Handel wird sich nämlich großen Zinnvorräten gegenübersehen, auf deren Verwendung er keinen Einfluß hat, und die eine ständige Bedrohung des Marktgleichgewichts darstellen. In erster Linie ist der amerikanische Stockpile zu nennen, der gegenwärtig 90 000 lg/t beträgt und im Laufe dieses Jahres beträchtlich wachsen wird. Ferner hält die REFICO in den USA 30 000 lg/t zur Verfügung des amerikanischen Handelsministeriums, und die Bestände des englischen Versorgungsministeriums betragen etwa 25 000 bis 27 000 lg/t. Man kann also damit rechnen, daß die „eingefrorenen" Bestände Ende dieses Jahres bei etwa 175 000 lg/t liegen werden. Davon wird der größte Teil auf die amerikanischen Bestände entfallen, die in einer Hand, in der Hand der amerikanischen Regierung, die Stellung der USA in der Weltzinnwirtschaft außerordentlich verstärken und gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend wandeln werden. Hinzu kommt, daß der Handel unter Umständen mit einem weiteren Vorrat rechnen muß, der zu Marktmanipulationen verwendet werden kann, wenn auf der Zinnkonferenz in Paris im nächsten Monat die Bildung eines Zinnpufferpools beschlossen werden sollte, der wie die gleiche Einrichtung im alten Zinnkartell die Aufgabe haben würde, überschüssige Zinnmengen im Interesse der Preisbildung für Zinn aufzusaugen.

Die drei Möglichkeiten

Es gibt wahrscheinlich drei Möglichkeiten, die Verhältnisse in der Weltzinnwirtschaft wieder zu normalisieren. Man kann auf dem jetzt beschrittenen Weg staatlicher Zinneinlagerungen fortschreiten, wobei man eine wachsende staatliche Einflußnahme auf die Weltzinnwirtschaft in Kauf nehmen muß. Man kann aber auch ein Übereinkommen ähnlich dem alten Vorkriegskartell anstreben und die Zinnerzeugung drastisch drosseln, bis die heutigen Zinnvorräte in den Verbrauch gegangen sind. Das würde eine lange Zeit magerer Gewinne für die Zinnerzeuger bedeuten. Schließlich kann man sein Bestreben darauf richten, mit Hilfe eines für den Verbraucher annehmbaren Zinnpreises und einer Propagierung der Zinnverwendung den Verbrauch auszuweiten, um so zu einem allmählichen Abbau der hohen Zinnbestände in der Welt zu kommen. Angesichts der sich vielfach widerstreitenden Interessen der Zinnerzeuger wird es nicht leicht sein, sich für den einen oder den anderen Weg zu entscheiden.

Kanada produziert billiger — US-kanad. Aluminiumkonkurrenz

Produktion größer als Bedarf

Der Krieg hat die Vereinigten Staaten und Kanada zu den weitaus bedeutendsten Aluminiumerzeugern der Welt gemacht. Die Erzeugung der USA, die 1941 280 000 t betrug, konnte im Krieg bis zum Jahre 1943 auf nicht weniger als 834 000 t steigen. Sie fiel zwar bis 1946 auf 371 000 t, ist aber bis 1948 wieder auf 560 000 t gestiegen und betrug 1949 rund 540 000 t. Die kanadische Erzeugung stieg von 194 000 t im Jahre 1941 auf 450 000 t 1943, fiel auf 175 000 t 1946, betrug 1947 bereits wieder 270 000 Tonnen und ist seitdem wahrscheinlich weiter gestiegen. Für 1948 wird sie jedenfalls schon mit 320 000 t angegeben.

Aus dieser Sachlage hat sich jetzt ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen der nordamerikanischen und kanadischen Industrie entwickelt, der sich offenbar zuungunsten der USA-Aluminiumindustrie auszuwirken beginnt. Unter Führung der Reynolds Metal Co. hat die nordamerikanische Aluminiumindustrie jetzt einen Vorstoß gemacht, mit dem Ziel, die unter dem Genfer Abkommen ermäßigten amerikanischen Einfuhrzölle auf Aluminium wieder zu erhöhen. Der Zoll für Rohaluminium soll von gegenwärtig 2 cts je lb auf 4 cts und für Halbfabrikate von 3 auf 7 cts heraufgesetzt werden. Die „Reynolds" begründet diese Forderung wie folgt: „Die Hauptmenge des auf den amerikanischen Markt strömenden Aluminiums kommt aus Kanada. Die Regierungen der USA, Englands und Kanadas haben im Krieg den Ausbau der Gewinnungsanlagen der Aluminium Co of Canada finanziert, mit dem Erfolg, daß die kanadische Gesellschaft zum größten Aluminiumerzeuger der Welt wurde. Das ungewöhnlich großzügige finanzielle Arrangement der drei Regierungen ermöglichte es der Aluminium Co of Canada nach dem Krieg außerdem zu einem konkurrenzlos niedrigen Preis zu liefern. Die kanadische Gesellschaft ist zu dem bei den Aluminiumlieferungen unter dem ECA-Programm gegenüber der amerikanischen Aluminiumindustrie bevorzugt worden. 56 Mill. Dollar aus ECA-Mitteln wurden für den Ankauf kanadischen Aluminiums ausgegeben, während in der gleichen Zeit für nur 543 000 Dollar USA-Aluminium gekauft wurden. Die Abwertung des kanadischen Dollar hat der kanadischen Gesellschaft weitere Vorteile verschafft. Seit der Devalvierung des kanadischen Dollar erzielt die Aluminium Co of Canada bei Verkäufen gegen USA-Dollar am amerikanischen Markt je lb 1,4 cts mehr als vorher. Das entspricht etwa einer 70%igen Entwertung des amerikanischen Rohaluminiumeinfuhrzolls von 2 cts je lb.

Die nordamerikanische Aluminiumindustrie ist nach den Angaben der Reynolds Metal Co. gegenüber der kanadischen noch in anderer Weise im Nachteil. Die Kosten für elektrische Energie — ein Posten, der in der Aluminiumindustrie eine bedeutende Rolle spielt — „liegen in den USA um 200% höher als in Kanada. Die Löhne in der USA-Aluminiumindustrie übersteigen die Löhne in Kanada um 78,6%. Die Transportkosten der amerikanischen Aluminiumindustrie sind wesentlich höher als in Kanada, weil die Werke der USA-Industrie sich über das ganze Land verstreuen, während die Erzeugung in Kanada im Gebiet von Arvida-Shipshaw konzentriert.

Ein Überangebot von kanadischem Aluminium hat in der letzten Zeit zur Schließung von Erzeugungsanlagen in den USA geführt und die Absatzaussichten für das kanadische Aluminium begünstigt, während die amerikanischen Verbraucher nach den Angaben der Reynolds Metal Co. Millionen von USA-Dollar als Aufgeld für Lieferungen von Auslandsaluminium zahlen mußten, als durch die Schließung der amerikanischen Werke eine vorübergehende Knappheit in der Versorgung eingetreten war.

Kanada baut weiter aus

Solange sich die kanadische Aluminiumindustrie wie vor dem Krieg in bescheidenen Grenzen hielt und di Produktion praktisch vollständig vom englischen Markt aufgenommen wurde, bedeutete sie keine Gefahr für die nordamerikanischen Erzeuger. 1929 betrug die kanadische Erzeugung bei einem englischen Verbrauch von 30 000 t rund 42 000 t. Der englische Verbrauch ging bis 1932 auf 17 500 t zurück, die kanadische Erzeugung auf 17 000 t. Bis 1938 stieg der englische Bedarf auf 66 000 t und hatte eine Steigerung der kanadischen Produktion auf 64 500 t zur Folge. Seitdem hat sich die kanadische Kapazität infolge der Auswirkungen des Krieges nahezu verzehnfacht. Heute kann die englische Wirtschaft die kanadische Erzeugung nicht mehr voll aufnehmen, und das kanadische Aluminium sucht nach anderen Märkten. Die nächstliegende Möglichkeit ist der Absatz auf dem USA-Markt und darüber hinaus in Europa die Märkte der Länder, die nach dem Krieg ohne ausreichende Erzeugung in zunehmendem Maße Aluminium benötigen. Hier trifft das kanadische Aluminium aber auf die amerikanische Konkurrenz, weil auch die amerikanische Wirtschaft mit ihrem Bedarf weit hinter den Erzeugungsmöglichkeiten der amerikanischen Aluminiumindustrie zurückbleibt.

Die kanadische Aluminiumindustrie ist sich ihrer starken Stellung gegenüber der älteren Industrie der USA durchaus bewußt. Der Präsident der Aluminium Co. of Canada, R. E. Powell, gab jetzt bekannt, daß die Erzeugung in den Anlagen von Arvida-Shipshaw in Quebec um weitere 20 000 t im Jahr ausgebaut werden wird. Daneben laufen Verhandlungen mit der Provinzialregierung von Quebec wegen der Bereitstellung von 400 000 PS elektrischer Energie für die Aluminiumindustrie. Mr. Powell ist der Meinung, daß die Absatzaussichten für Rohaluminium in aller Welt in der kommenden Zeit stürmisch wachsen werden. Allein in den USA könnte die Aluminium verarbeitende Industrie heute schon 3½mal so viel Aluminium gebrauchen, als die Aluminiumindustrie der USA erzeugen kann. Wenn die Verhandlungen mit der Regierung erfolgreich verlaufen, wird man am Peribonko-Fluß etwa 400 Meilen von der großen Shipshaw-Station entfernt ein neues Wasserkraftwerk errichten. Dieses Projekt wird es sogar gestatten, vollständig neue Gewinnungsanlagen in Britisch-Columbien zu errichten. Es handelt sich sowohl bei dem Saguenay-Distrikt in Quebec als auch in Britisch-Columbien um Gebiete, wo die Aluminiumindustrie der einzige Großabnehmer elektrischer Energie sein würde, die entsprechend billig beliefert werden müßte, und so mit hohem wirtschaftlichen Nutzeffekt arbeiten könnte. Der weitere Ausbau der Wasserkräfte dient daneben noch dem Zweck, die in den letzten Jahren notwendig gewordenen Produktionseinschränkungen infolge von Strommangel zu verhindern und eine volle Ausnützung der Kapazität über das ganze Jahr zu gewährleisten.

Die nordamerikanische Aluminiumindustrie ist gegenwärtig gegenüber ihrem scharfen Konkurrenten Kupfer infolge des unverhältnismäßig hohen Kupferpreises im Vorteil. Sie sieht sich andererseits einer neu aufkommenden Konkurrenz durch das billige kanadische Aluminium gegenüber, mit der sie wahrscheinlich nicht gerechnet hat. Dabei ist dieser Wettbewerber um den Weltmarkt erst im Kommen.

Bei Kodak in Rochester

Eine Hamburger Fußballmannschaft, die kürzlich in den Vereinigten Staaten zu Besuch war, hatte Gelegenheit zu einer Besichtigung der Eastman-Kodak-Werke in Rochester, der größten Kamera- und Filmproduktionsstätte der Welt. Wir bringen einen Bericht über den Besuch des Werkes von dem begleitenden Sportberichterstatter.

Wie so manche der heutigen Riesenunternehmen in den Vereinigten Staaten, sind auch die Eastman-Kodak-Werke in Rochester im Staate New York die Schöpfung eines zielstrebigen Mannes, der aus kleinsten Anfängen heraus einen Konzern von Weltruf schuf. Der im Jahre 1854 geborene Buchhalter George Eastman hatte sich frühzeitig der Photographie als Lieblingssport verschrieben und war auf der Suche nach „Trockenplatten", wobei ihm seiner Mutter Spülschüssel in der Küche als „Versuchslaboratorium" diente. Als der damals 26jährige 1880 zur Gründung der Eastman Dry Plate & Film Co. schritt, wurde sein kühnes Unterfangen von vielen seiner Mitbürger sehr skeptisch aufgenommen; doch in wenigen Jahren war er soweit, daß sein riskantes Nebengeschäft auf festen Füßen stand.

Im Jahre 1886 ging er sein zweites, nicht minder großes Wagnis ein, als er den kühnen Entschluß faßte, einen Chemiker für Forschungszwecke zu engagieren. Die frühzeitige Erkenntnis der großen Bedeutung wissenschaftlicher Forschungsarbeit für die praktische Produktion wurde so die erfolgreiche Basis für das spätere Riesenunternehmen. Vielen amerikanischen Konzernen diente dieser Aufbau auf der Forschung als Vorbild. Im Jahre 1912 ging Eastman dazu über, ein großes Laboratorium einzurichten, das heute mehr als 500 Experten aufweist und nachgerade als eine Universität auf dem Gebiet der Photographie angesehen werden kann.

Und dann ging es mit Riesenschritten aufwärts: 1884 bereits waren die ersten Rollfilme herausgekommen, 1888 folgte die erste Kamera, 1898 der erste Film. Das Jahr 1923 brachte den ersten Heimfilm, 1928 folgten Farbfilme für Amateure. Fast jedes Jahr brachte neue und zum Teil bahnbrechende Fortschritte auf den verschiedenen Gebieten des Photo- und Filmwesens, zu denen sich in jüngster Zeit auch noch das Fernsehen gesellte. Die letzten Spitzenleistungen seiner Werke hat Eastman nicht mehr erlebt; der schwer krebsleidende geniale Schöpfer einer neuen amerikanischen Großindustrie machte vor zwölf Jahren seinem Leben ein Ende.

Aber Eastmans Lebenswerk wuchs weiter. Heute bildet der Kodak-Park mit seinen 20 000 Angestellten eine kleine Stadt inmitten des 350 000 Einwohner zählenden Rochester. Die noch in stetem Aufbau befindlichen Werke erstrecken sich über mehr als 3,5 km; sie umfassen ein Gelände von 400 Morgen mit 260 Gebäuden, 22,5 km Straßen und Eisenbahngeleisen. Das Riesenwerk hat eine eigene Papierfabrik, ein eigenes gewaltiges Kraftwerk und ein Wasserwerk, das täglich über eine Million Liter Wasser aus dem Ontario-See den verschiedenen Betrieben zuleitet. Dazu kommen die ausgedehnten Untersuchungs- und Prüfungslaboratorien, in denen bis zu 400 000 Farbfilme in der Woche entwickelt werden können, die hier aus allen Teilen des Landes, ja der ganzen Welt einlaufen.

Als einer der Hauptrohstoffe werden wöchentlich 12 t Silber verarbeitet. Die Jahresproduktion an Filmen würde ein Band von weit über 830 000 km Länge ergeben, also der Länge des Weges zum Mond und zurück und noch zweimal um die Erde entsprechen.

Vor dem ersten Weltkrieg mußten die meisten Chemikalien und Farben aus Deutschland eingeführt werden, heute wird alles — ebenso wie synthetischer Gummi und Kunstleder — in eigener Fabrikation hergestellt. Bei den Forschungsarbeiten in großen Versuchslaboratorien stieß man aber auch auf ein neues Vitamin, auf Vitamin E, das jetzt in einem neu angegliederten Werk aus der Sojabohne gewonnen wird. Ein Monopolprodukt ist schließlich das unaussprechliche „Monomethylparaminophenolsulfat", der Hauptbestandteil des modernen Entwicklers; hier trägt es den weniger zungenbrecherischen Handelsnamen „Elon".

Nach Fahrt und Rundgang durch die riesigen Werke, durch die Dunkelkammern, wo in gewaltigen Sälen Hunderte von Arbeiterinnen bei dem magischen Licht einer winzigen und ganz schwachen Birne für den Besucher unsichtbar tätig sind, endete die Besichtigung bei den mechanischen Verpackungsmaschinen, von denen die Erzeugnisse der Eastman-Kodak-Werke in ansprechender Aufmachung und dem Geschmack der einzelnen Länder angepaßt ihren Weg in alle Welt antreten.

Belgien drosselt die Einfuhr von Aluminium-Folien

n. Brüssel. Der Verbrauch von Aluminium-Folien für die Verpackung gewisser Produkte, wie Schokolade und Zigaretten, ist in Belgien in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen, nämlich von 560 Tonnen im Jahr auf 750 Tonnen. Die einheimische Industrie lieferte 1949 etwa 45 Prozent, der Rest wurde aus dem Ausland bezogen.

Eine Abordnung der noch verhältnismäßig jungen belgischen Aluminium-Industrie unterrichtete die Regierung über die Auffassung der Leiter dieses Sektors, daß sich die ausländische Konkurrenz wegen ihrer niedrigen Preise sehr gefahrvoll auszuwirken drohe. Bei einer Fortsetzung dieses Kurses sei mit ernsthaften Rückschlägen zu rechnen.

Um sich den größten Anteil am belgischen Markt zu sichern, bedienten sich, so wird behauptet, die drei bedeutendsten ausländischen Lieferanten unfairer Methoden. Die Preise der Aluminium-Blätter der schweizerischen und französischen Erzeuger seien um 20 Prozent und diejenigen der deutschen Lieferanten um 50 Prozent niedriger als die der inländischen Produzenten.

Infolge dieses scharfen Wettlaufs um Aufträge sind die belgischen Belieferungen des nationalen Marktes um 35 Prozent gesunken, was etwa einem Fünftel des Gesamtverbrauchs entspricht. Andererseits ist der belgische Export, dem kaum noch Einfuhrlizenzen bewilligt werden, infolge der hohen Einfuhrzölle, die sich zwischen 20 bis 40 Prozent bewegen, praktisch auf Null zurückgegangen, während der belgische Zollsatz nur 8 Prozent (er soll demnächst auf 10 Prozent erhöht werden) beträgt.

Die belgische Alu-Folien-Produktion ist infolge dieser Vorgänge im Verhältnis zu derjenigen von 1936/38 = 100 um 30 Prozent gefallen und beginnt unrentabel zu werden. Die Regierung hat nun, um die belgische Aluminium-Industrie zu schützen, die Einfuhr gedrosselt; die zukünftige Kontingentierung beträgt 75 Prozent der Einfuhr von 1949.

Türkische Eisenerzpläne

Aus London wird berichtet, daß die Türkei für etwa 4 Millionen £ Ausrüstungen für eine Erweiterung des Eisenerzbergbaues im Gebiet von Dovrik einführen wird. Etwa ein Viertel dieses Betrages soll aus Marshall-Plangeldern bereitgestellt werden. Für etwa 900 000 £ Bergwerksausrüstungen sind bereits in der Türkei eingetroffen. Man rechnet damit, die Eisenerzförderung im Gebiet von Dovrik auf 400 000 t jährlich zu bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADEN-BADEN

Pfingsten, das liebliche Fest, ist gekommen: das war die Stimmung, die ich einige Tage vor dem Fest in Baden-Baden antraf. Es weht ein Aufatmen, ein Leuchten durch die Hotels, durch das Kurhaus und durch die Straßen.

Alles neu macht der Mai; das stimmt auch für Baden-Baden. In vielen Hotels, die zu Pfingsten ihre Tore nach langer Jahren endlich wieder für deutsche Gäste öffnen können, wird gehämmert, gewerkelt, geputzt. Vieles ist schon hergerichtet. Vieles ist mitten in der Reparatur, so Teile des Friedrichsbades und der grüne Saal im Spielkasino.

Was ist nun wirklich neu und was ist alt in Baden-Baden? Was wird wieder so wie es war und was wird nicht mehr so wie es war? Das Kurhaus steht da, wo es immer stand, aber es ist ganz in Ordnung gebracht. Die Hotels stehen auch noch da, wo sie einmal waren, und wo wir sie viele Jahre vergessen mußten, obwohl sie noch dastanden. Manche von ihnen sprechen noch aus ihrer inneren oder äußeren Architektonik, die Sprache der guten alten Zeiten, der Zeiten, als Fürsten, Aristokraten des Blutes, des Geldes und des Geistes hier wohnten, hier sich badeten, hier in der Lichtentaler Allee spazieren gingen und gesund wurden. Von alledem haben sich die Besucher geändert, aber der Sinn des Aufenthaltes in Baden-Baden nicht; denn der Sinn Baden-Badens liegt in der Heilung des Menschen innerhalb einer gepflegten Umgebung. Das also ist geblieben: man kann Ansprüche stellen in Baden-Baden und man kann dort gesund werden.

Die Bäder- und Kurverwaltung, deren Vorsitzender der Oberbürgermeister Dr. Schlapper ist, wird durch Herrn von Frittwitz und Gaffron als Kurdirektor verwaltet. Er hat es vor allem verstanden, dem Theater- und Musikleben der Stadt neue Impulse zu geben. Das Kurorchester ist heute eines der bedeutendsten Orchester im Bundesgebiet.

Gehen wir kurz auf die Geschichte Baden-Badens ein. Jeder weiß, daß schon die Römer die Thermalquellen dort kannten und zu ihrem Heile dort Aufenthalt genommen haben. Die Spalten dieser Zeitung würden nicht ausreichen, die Namen der prominenten Menschen aufzuzählen, die in Baden-Baden Erholung suchten und ihre Gesundheit wieder in Ordnung brachten. Aber es ist an einem amüsanten Beispiel zu beweisen, daß Geistesgrößen in Baden-Baden waren, so z. B. wie dieses Bild zeigt:

Mark Twain. Sein Freund und Landsmann, der englische Karikaturist Frank Harris, hat ihn indiskreterweise gezeichnet, als er im Bade lag — wie Figura zeigt. Das Bild gefiel uns so gut, daß wir es unseren Lesern auch zeigen wollten. Ein Wohlgefühl strahlt dieses Bild aus, weil ein Thermalbad aus den Badener Quellen selbstverständlich ein solches Wohlgefühl ausstrahlt. Die beiden Drachenköpfe, aus denen das kalte und das heiße Thermalwasser kam, gehören der Vergangenheit an, es waren Köpfe ihrer Zeit und erschreckten damals so wenig wie heute.

Heute stellt sich Baden-Baden wieder auf die Menschen ein, die zu ihm kommen können. Die atemberaubende Arbeit, die Hast des modernen Lebens rächt sich an der Gesundheit. Vielleicht sind die Menschen heute pflegebedürftiger als früher. Sicher ist, daß andere

Halle im „Badischen Hof"

Arten von Menschen pflegebedürftiger geworden sind als früher. Das ist vielleicht ein Grund dafür, daß die Menschen sich verändert haben, die heute nach Baden-Baden kommen. Die Thermalquellen Baden-Badens heilen insbesondere alle rheumatischen Erkrankungen, alle Erkrankungen der Gelenke, des Bewegungsapparates. Sie heilen die Folgen von Unfällen und Sportverletzungen, sie heilen Aufbrauchskrankheiten, Zivilisations- und Berufsschäden, aber auch Katarrhe der oberen und tieferen Luftwege bessern sich erheblich in der Luft Baden-Badens. Schließlich hat man auch die Heilkraft der Thermalquellen bei chronischen Frauenleiden feststellen können.

Die Badehäuser

So liegt es nahe, daß wir uns zunächst einmal die Bäder, die Badehäuser in Baden-Baden anschauen. Das Augusta-Bad zeigt beim Eintritt ins Haus und beim Aufgang in den 1. Stock das alte Gepräge aus einer verklungenen Zeit; auch die Anlagen der verschiedenen Bäder im römisch-irischen Bad haben noch Verzierungen und bunte Scheiben aus dieser guten alten Zeit. Aber der Betrieb ist modernisiert. Außer den alten Wannen aus karrarischem Marmor sind heute nach der Renovierung Wannen aus anderem Marmor oder gekachelte Wannen entstanden. Die Kleiderablage ist modernisiert; der Gang ist in der Mitte. Von besonderer Bedeutung für die Gesundheit ist, daß nur Thermalwasser in dem römisch-irischen Bad verwendet wird. Die einzelnen Räume, die zu durchlaufen sind, sind bekannt. Eine Besonderheit ist das Wildbad: ein Bassin für mehrere Personen, in dem sich das Wasser dauernd erneuert und durch einen besonderen Sand aus der Mindelheimer Gegend gefiltert wird.

Das Friedrichsbad ist jetzt ebenfalls zum größten Teil von der Besatzungsbehörde freigegeben und wird renoviert. In etwa 14 Tagen wird es wieder zur Verfügung stehen. Dann wird das Friedrichsbad nur für Männer und das Augusta-Bad nur für Frauen sein. Die römisch-irische Anlage ist ähnlich dem Augusta-Bad, aber in den oberen Räumen sind die modernen Heilgeräte zu finden. Da ist ein Raum mit den Tallermann-Apparaten, mit Lichtbädern, ein anderer Raum für elektrische Bäder und schließlich viele Einzelwannenbäder für Thermalbäder, für Kohlensäurebäder usw. Alles ist frisch hergerichtet und macht einen sauberen und übersichtlichen Eindruck. Vom oberen Ausgang des Friedrichsbades gelangt man sofort in die wunderbaren Parkanlagen, in denen man sich nach dem Bad noch etwas erfrischen kann.

Damit beginnt schon die Bequemlichkeit und die Annehmlichkeit, die Baden-Baden bieten will. Ganz besonders gilt dies für die Hotels. Auch von ihnen besuchten wir einige, insbesondere die, die jetzt zu Pfingsten ihre Pforten wieder für deutsche Gäste geöffnet haben.

Mit diesem komfortablen Omnibus kommen die Gäste der Spielbank in Baden-Baden an.

Die Hotels

Beginnen wir mit dem Badhotel „Badischer Hof", das seit einem Jahr von der Hotel AG. Frankfurt gepachtet ist, deren Repräsentanten die Herren Steigenberger sind. Im Frühjahr 1949 war der Badische Hof bereits renoviert und wieder eröffnet worden, aber der bekannte Brand im Oktober 1949 zerstörte ihn fast zur Hälfte und gerade den Teil, der renoviert worden war. Der bekannte Baden-Badener Architekt Walker baute ihn jetzt wieder auf. Er setzte ihm ein neues Stockwerk auf, wodurch allein über 30 Betten gewonnen wurden, aber auch modernen Ansprüchen genügt wurde: diese Zimmer im obersten Stockwerk sind fast alles Einzelzimmer mit Bad. Über dem Speisesaal, der früher viel zu hoch war, wurde eine neue Decke gezogen und der Zwischenstock zu fünf doppelbettigen Zimmern mit Bad ausgebaut. So wurden weitere zehn Betten gewonnen, und jetzt stehen 135 Betten in diesem Hotel zur Verfügung. Bemerkenswert ist, daß alle Zimmer ein Bad haben, in dem man sowohl warmes und kaltes Süßwasser als auch warmes und kaltes

Fassade des „Badischen Hofes"

Thermalwasser haben kann. Jede Wanne hat also vier Wasserhähne. Die Zimmer sind sehr gediegen eingerichtet: ausgelegt mit Velours, worunter noch eine Ocite-Unterlage liegt (man geht wunderbar weich), Möbel im Chippendale-Stil, seidenbezogene Daunendecken (nur Gänsedaunen) auf den Betten, der Nachttisch ist frei (die Bettenbeleuchtung ist an der Wand) und schließlich ist die Tür zum Balkon (fast alle Zimmer haben Balkon) durch ein neues Patent so gut verschließbar, daß weder bei einem Platzregen Wasser eindringen, noch der geringste Zug entstehen kann. Sehr repräsentativ wirkt die große Halle, die bekanntlich unter Denkmalschutz steht. Weiß und hell, architektonisch großartig gelungen, ein Oberlicht läßt die Sonne über Treppen und Säulen fluten.

Zu den Hotels, die zu Pfingsten wieder geöffnet haben, gehört auch das be-

WOCO-Erzeugnisse

woco

- ein Qualitätsbegriff

Blusen aus Baden-Baden

Herren-Wäsche aus Karlsruhe

Bezugsquellennachweis zu erfragen durch

Firma Wollenschläger & Co. G. m. b. H.

Baden-Baden, Langestraße 53 und Karlsruhe, Sofienstraße 23

Hotel Müller

Baden-Baden

Haus ersten Ranges

ist wiedereröffnet

Badhotel „Badischer Hof"

Baden-Baden

Das vornehme Familien-Hotel in der Kaiserallee

wieder eröffnet

PFINGSTEN 1950

130 Zimmer, größtenteils mit Thermal-Badezimmer

Erstklassige Küche und Keller

BAHNHOF-HOTEL

Bayerischer Hof Baden-Baden

Fernsprecher 61920

Das renovierte gute bürgerliche Haus

unter neuer Leitung

GUSTAV SCHNETZER

Bad-Hotel „Zum Hirsch"

Jeder Komfort - 145 Betten - Thermalbadeanstalt im Hause und 28 Betten mit Privat-Thermalbad - Ganzjährig geöffnet

J. PETER

„HOTEL ATLANTIC"

BADEN-BADEN

Am Eingang der Lichtentaler Allee, gegenüber dem Kurhaus

jetzt wieder eröffnet!

Günstige Pensionsvereinbarung bei längerem Aufenthalt

Bitte Preisangebote einholen

Wissen Sie daß das

Kurhaus-Restaurant B.-Baden

die gepflegte Gaststätte Leitung: L. V. Schellerer

wieder der Öffentlichkeit zugänglich ist!

Von der Kurhaus-Terrasse herrlicher Ausblick auf Alten und Neuen Schloß

Täglich Künstler-Konzert

Küche und Keller bieten das Beste — Eigene Konditorei — Zivile Preise

Die Kurhaus-Weinstube

bietet angenehmen Aufenthalt

Die Kurhaus-Bar

Täglich Abend-Tanz — Sonntags Tanz-Tee

Säle für Konferenzen und Festlichkeiten bis 1000 Personen und mehr. Säle für kleinere Gesellschaften

Ein Besuch wird Sie immer wieder ins Kurhaus führen

Baden-Baden

das weltberühmte Heilbad im Schwarzwald mit seinen 68° C heißen Quellen gegen alle rheumatischen Erscheinungen, Arthritis, Neuritis, Neuralgien, gegen alle Erkrankungen des Bewegungsapparates, alle Verletzungen, Alterserscheinungen, Katarrhe der oberen und tieferen Luftwege. Bäder, Trinkkuren, Fangobehandlung, Terrainkuren, Inhalatorium.

Gepflegtester Erholungsort in herrlicher Umgebung. Ausflüge mit modernsten städt. Autobussen auf die Schwarzwaldhochstraße, die nähere und weitere Umgebung. Bergbahn auf den Merkur (zirka 700 Meter).

Unterkunft und Verpflegung für alle Wünsche vom modernsten Großhotel bis zu einfachen, gut bürgerlichen Häusern.

Theater, Konzerte, Vorträge, Lesesaal, reichbestückte moderne Stadtbücherei, sehenswertes historisches Schloßmuseum. Sport: Reiten, Golf, Tennis, Schwimmen, Strandbad Spielbank täglich von 14 bis 2 Uhr geöffnet.

HEILUNG - ERHOLUNG - ERLEBNIS

Alle Auskünfte durch die Kurdirektion, Augustaplatz 1

Ein Roulette-Tisch im Spielsaal

kannte Hotel „Atlantik" in der neu Salon. Gespielt wird von mittags Lichtenthaler Allee. Sein Besitzer, Herr 2 Uhr bis nachts 2 Uhr.

Köttler, hat es verstanden, dem an der Oos gelegenen Haus (gegenüber dem Kurhaus) ein neues Gesicht zu geben, unter Beibehaltung der alten Bauweise. Die Zimmer sind sehr gediegen eingerichtet, meist mit Balkon und herrlichem Blick auf die Lichtenthaler Allee. Das Hotel hat einen sehr schönen schattigen Garten an der Oos.

Ebenso konnte nach gründlicher Renovierung das Hotel Müller zu Pfingsten wieder eröffnet werden. Neben dem bekannten Badhotel „Zum Hirschen" gelegen, macht nun der Bau einen imposanten Eindruck. Die Hoteleinrichtung, die restlos verschwunden war, mußte völlig neu beschafft werden. Die Kosten für Wiederinstandsetzung und Einrichtung betragen mehr als 300 000 DM. Das Hotel mit vorerst 80 Fremdenbetten steht unter der Geschäftsleitung des bekannten Gastronomen Herrn Franz Günthör. Besitzer ist Herr Fritz Weigert, der gleichzeitig Besitzer der Nordstern-Spirituosen-Fabrik G.m.b.H. und Kornbrennerei ist.

Das Kurhaus

Zum Gesundwerden und zum bequemen Wohnen in angenehmem Milieu gehört aber auch in einem Badeort, daß das Kurhaus in den Rahmen paßt. Und welches Kurhaus paßt wohl besser in diesen Rahmen als eben das Kurhaus in Baden-Baden. Auch dieses Haus erstrahlt in neuer Frische, hell leuchten die Säulen uns entgegen und mit ausgesuchtem Geschmack ist das Restaurant wieder instandgesetzt worden. Es war nicht leicht, diesen langen Raum so einzurichten, daß er repräsentativ und doch gemütlich wurde. Es ist gelungen. Man sitzt wie auf einer Terrasse, den Blick über die Kuranlagen, hört von ferne die Musik des Kurorchesters und wird aufmerksam bedient. Was uns auffiel, war die Speisekarte. Wir hatten in diesen repräsentativen Räumen teuere Preise erwartet, insbesondere bei der Qualität der gebotenen Speisen und der geschulten individuellen Bedienung. Es ist erstaunlich, daß der Inhaber der Gaststätte, Herr Schellerer, das alles zu diesen zivilen Preisen bieten kann. Auch die Getränke sind sehr gepflegt und werden gut temperiert serviert.

Die Spielbank

Und noch etwas gehört zu Baden-Baden: die Spielbank. Vor 200 Jahren wurde sie errichtet. So hat Baden-Baden die älteste Spielbank Deutschlands. Beim Betreten der Spielräle kommt man zunächst in den gelben Saal, wo ein Roulettetisch steht. Von da aus geht es nach rechts in den roten Saal, der z. Zt. noch renoviert wird. Ein weiterer Roulettetisch ist abseits in einem kleinen Salon. Gespielt wird von mittags 2 Uhr bis nachts 2 Uhr.

Eine eigenartige Stimmung umfängt den Besucher: hohe Räume in alter Pracht, im roten Saal gedämpftes Tageslicht, lautlos geht das Treiben an den Spieltischen vor sich. Man hört nur den Lauf der Kugel und das eintönige: „Nichts geht mehr." Es ist ein Saal, in dem nichts gesprochen wird. Niemand unterhält sich mit dem anderen. Wer überhaupt in dem Saal ist, steht an einem der Roulettetische und blickt gebannt auf das grüne Tuch mit den vielen Quadraten, aus denen die Zahlen der Glücksgöttin weiß und grell heraustreten. „Bitte das Spiel zu machen", so lautet die monotone Aufforderung des Croupiers, die Spieler haben eine oder zwei kleine Säulen Ships vor sich und meist ein Notizbuch. Sie notieren die Zahlen, die kamen und berechnen die Chancen, rechnen sich in die Zahl hinein, die sie nun gerne wünschen. Hier wird ein Ship gesetzt, da wird ein Ship gesetzt, der Croupier läßt die Kugel rollen — und das Roulette bewegt sich in entgegengesetzter Richtung. Die Kugel wird langsamer. „Nichts geht mehr." Ein paarmal klingt die Kugel auf, wenn sie gegen die silberglänzenden Spitzen stößt, die vor dem Zahlenkreis angebracht sind und schon fällt sie in eine Zahl. Der Croupier ruft die Zahl, sieht das verlorene Geld ein und bezahlt das gewonnene. "Alles ist bezahlt" ... „Bitte das Spiel zu machen", es geht weiter. Spieler stehen auf, neue Spieler treten hinzu. Der eine Spieler geht an den anderen Tisch und versucht es dort, andere Spieler sitzen lange am gleichen Tisch, aber spielen nicht jedesmal; sie warten auf ihre Chance. Die kleinen Säulen von Ships werden größer und werden kleiner. Der Wechsel geht schnell. Es ist so merkwürdig nüchtern und still in dieser Schicksalsatmosphäre. Gibt es eigentlich „den" Spieler? Es läßt sich kein Typus erkennen. Elegante und weniger elegante Männer und auch viele Frauen, mondäne und einfachere. Es sind eigentlich alle Sorten Menschen vertreten. Ich habe keinen Typus vermißt. Mancher spielt aus Leidenschaft, mancher aus Neugierde, mancher aus Sport, mancher mit System. Jeder aber versucht irgendwie sein Schicksal zu provieren.

Wir gehen nachdenklich hinaus und wollen uns in der wunderschönen Bar des Kurhauses erfrischen. Ein verhältnismäßig großer und hoher Raum mit einer rechteckigen Tanzfläche, die genau in der Mitte, von Tischen umsäumt, liegt, ein weiter und doch intimer Raum. Die Laute sind gedämpft. Auch in dieser Bar schwingt das Ungewisse, das zum Nachdenken anregt.

Ja, Baden-Baden bietet viel, bietet sehr viel. Es ist schön in Baden-Baden, es läßt sich angenehm dort sein, und man kann dort gesund werden. H.

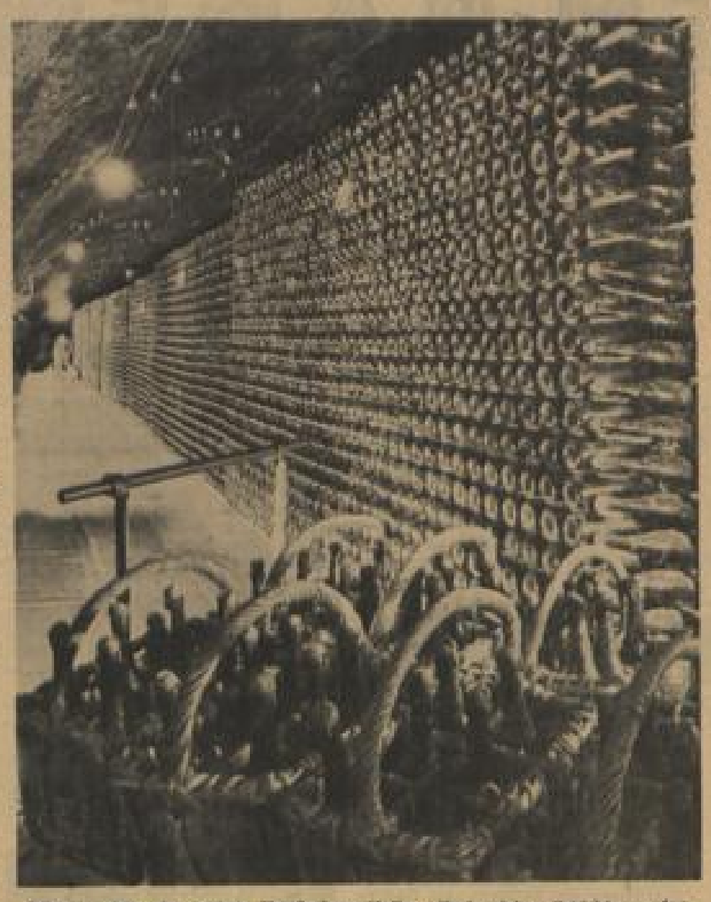
Die aktuelle Reportage:

Kupferberg

„Die gute Laune selbst"

Die Firma Chr. Adt. Kupferberg in Mainz wird im Laufe dieses Jahres ihren 100. Geburtstag feiern. 100 Jahre Kupferberg-Sekt. Das ist schon ein Grund, einmal in die tiefen Keller dieser Firma zu steigen, in denen „die gute Laune selbst" gezaubert wird.

Ja, es ist ein Zauber, der den Besucher umfängt, wenn er Treppe für Treppe abwärts, sieben Etagen tief, in die vielen großen Keller steigt. Alte zauberische und moderne sachliche Geräusche dringen an unser Ohr. Das Geräusch der Bergzwerge ist das Rütteln (wonit, was unsere Leser schon wissen, die Hefe in den Flaschenhals praktiziert wird). Es ist schon ein gespenstisches Geräusch; die Zwerge arbeiten daran, den Sekt wieder hell und klar zu machen, sie zaubern die Perlen in den Wein — je kleiner, um so besser, um so älter. Und dann die modernen Geräusche: die durch den Tunnel in der Nähe brausende Eisenbahn. Wie ein fernes Donnergrollen hört es sich an, als ob die weit über 100 Jahre alten Mauern böse wären mit der modernen Entwicklung. Man hört aber auch das Geräusch der langen Transporteinrichtung, auf der die Flaschen von und in die Keller gebracht werden. Weit mehr als eine Stunde brauchten wir nur für den Gang durch die Keller. Man hält sich von selbst an den Führer, denn allein wäre man hilflos, man würde nie wieder aus diesem Labyrinth herausfinden. Aber es duftet frisch, es ist kühl und feucht — ein lieblicher Geruch von Wein.



Blick in einen der sechzig Kupferberg-Keller, die in sieben Schichten unter der Erde liegen und insgesamt ein Fassungsvermögen von 12 Millionen Flaschen Kupferberg-Sekt haben.

Christian Adt. Kupferberg, der Seniorchef

Wie bringen es nun diese Zwerge im Kupferberg fertig, ihre gute Laune in die Flaschen zu zaubern? Man könnte dies alles chemisch und mechanisch erklären, so etwa: man nehme eine Flasche, fülle sie mit Wein, setze Hefe und Zucker zu, korke sie, lasse sie in einem warmen Raum einige Zeit vergären und ein bis zwei Jahre liegen, setze sie dann auf ein Rüttelpult, rüttle sie täglich einmal vier bis sechs Wochen lang, verreise den Hals der Flasche, entnehme ihr die Hefe, gebe ihr eine Dosage für die beim Enthefen verlorengegangene Flüssigkeit, verkorke sie wieder und lasse sie nochmal vier bis sechs Monate lagern. So könnte man die „Fabrikation" beschreiben — aber das Geheimnis der guten Laune hätten wir damit noch nicht gefunden.

Und um dieses Geheimnis gibt es noch mehr Geheimnisse. Sie alle kreisen eigentlich darum, daß es sich um etwas Natürliches, Lebendiges handelt. Der Ausgangsstoff ist ein Naturprodukt und die Menschen, die dieses Naturprodukt verzaubern, sind ebenso Naturprodukte wie die Menschen, die sich die gute Laune beim Trinken einverleiben. Wie will sich der Mensch die gute Laune schenken lassen? Mild oder herb? Süß (für die Damen) oder rassig (für die Herren). Es ist so merkwürdig, daß die rassigen Frauen den milderen Sekt bevorzugen. So merkwürdig auch die Gegensätze im Wein: viel Alkohol und wenig Säure, viel Säure und wenig Alkohol. Der Mensch ist aber nie zufrieden, er möchte alles in einem haben, also versucht er die Natur zu korrigieren. Darauf läuft ja das Hauptproblem eines Markensekts hinaus. Kupferberg-Gold soll immer gleich schmecken, ganz gleich aus welchem Jahrgang. Die Natur aber liefert nicht nach Schema F. Also werden die Grundweine so miteinander gemischt, daß immer der gleiche Geschmack herauskommt. Sie werden verschnitten oder „verstochen". Das riesengroße Verstichfaß bei Kupferberg faßt 100 000 Liter. Schön geschnitzt, ruht es sehr selbstbewußt zwischen zwei Stockwerken, es sorgt dafür, daß die gute Laune gleichmäßig bleibt.

Aller Sekt, der die Keller von Kupferberg verläßt, ist durch dieses Faß geflossen. Und noch durch ein Faß läuft alles teure Naß dieses Hauses. Das ist das Faß, aus dem die Flaschen abgefüllt werden. Es ist nicht so groß und nüchtern. Es hat ja auch keine Zauberfunktion mehr. Alle anderen Fässer in den weiten Kellern, ob groß ob klein, ob mit schönem Schnitzwerk oder glatt, dienen der Aufbewahrung der verschiedensten Weinsorten.

Nach der Enthefung werden die Flaschen in diesen Dosiermaschinen aus einer Schwesterflasche wieder ganz aufgefüllt und erhalten ihre Dosierung — Süßegradabstimmung —.

Es scheint aber so, als ob auch die Romantik des Holzfasses und seiner schweren Dauben zu Ende geht und Fässern Platz machen muß, die nur noch die äußere Form mit ihren Vorgängern aus alter Zeit gemeinsam haben: es sind Fässer aus Stahl, die innen emailliert sind. Mit diesen Fässern werden die Zwerge wohl nicht mehr fertig werden. Die Zwerge gehören zur Natur, und das Holzfaß gehört auch dazu. Die Verbindung des Weins mit dem Holz und die Eigenart der Entwicklung des Weins in einem Faß von besonderer Holzart wird ersetzt durch die kalte Chemie, durch das Ausschließen von natürlichen Einflüssen — eben durch das Ausschalten der Zwerge. Sie rächen sich; sie wollen arbeiten. Und so tritt neuerdings wieder ein Geheimnis auf: die wilde Hefe. Sie verursacht späte Trübungen des Weins, aber auch hier waren die Kellermeister den Zwergen schnell auf die Schliche gekommen. Man weiß heute, wie diese kleinen Kerle die wilde Hefe in die Flaschen hineingebracht haben. Was werden sie sich nun für eine neue Bosheit ausdenken? Diesmal wird es nur ein Schabernack sein, und man wird an dem Tage, an dem das 100. Jubiläum gefeiert wird, noch davon hören. Vorläufig verraten wir es noch nicht.

Wenn man so tief unten im Keller arbeitet, sozusagen im Dunkeln arbeitet und ohne Tageslicht, dann muß man mit solchen Geistern rechnen. Aber es sind ja die Geister, die in den Perlen wieder aufsteigen, wenn wir die Flasche in unsere Gläser schenken. Dann kommt der ganze Schabernack herauf und wir sind, wenn wir das Produkt der Kupferbergzwerge trinken, in der guten Laune selbst.

Vielleicht trösten wir damit die Zwerge, daß wir ihr Werk genießen. Vielleicht singen die Zwerge uns in diesem schäumenden Wein ein „De profundis ...". Vielleicht machen sie das Werk für den Küfermeister schwer, weil ohne Opfer keine wahre Freude ist. Die Traube muß in die Kelter, muß getreten und gequetscht werden, um Freude zu bereiten. Per aspera ad astra.

Ist die Hefe nun glücklich als festes Depot im Flaschenhals, dann öffnet der Enthefer die Flasche — natürlich knallt es dabei erheblich — und der Hefetropfen fliegt heraus. Auch etwas teures Naß geht verloren. Die Flaschen wandern wieder in eine Maschine und nun wird je nach der Geschmacksrichtung etwas gesüßter Wein zugesetzt. Die Flasche wird wieder verkorkt mit dem Kork, den wir alle kennen — und nun darf der Sekt sich ausruhen. Er soll sogar nochmals lagern. Je länger und besser ausgeruht er ist, um so besser ist er. Das ist eigentlich auch ganz natürlich.

Pocht dann der Konsument an die schwere Kellertür und möchte Flaschen haben, dann gibt man diese Flaschen zunächst in zarte weibliche Hände und läßt sie äußerlich verschönen. Sie kriegen Etikette, Fliegen und einen schönen goldenen Hals. Nun kennen wir die Flasche wieder. So ist sie uns lieb geworden in manchen Stunden. Sie wurde ein Sorgenbrecher, sie wurde „die gute Laune selbst". Dieser Ruf aus dem Kupferberg-Keller in Mainz wird, so hoffen wir, auch in den nächsten hundert Jahren weiter zu hören sein. H.

Ein erfahrener Rüttelmeister prüft täglich in vielen Hunderten von Flaschen, wie weit die Hefe durch die Rüttelbewegung schon in den Hals der Flasche hineingerüttelt worden ist.

Kupferberg-Gold in aller Welt: Vor dem Kriege wurde nach 68 überseeischen Ländern exportiert. Jetzt läuft der Export langsam wieder an.

Luftfahrt auf neuen Wegen

Wird man allgemein auf Düsenflugzeuge umstellen?

Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß das Düsenflugzeug das Flugzeug der Zukunft ist. Daraus dürften sich gewisse Umschichtungen in der Weltluftfahrt ergeben.

Das erste reine Düsenverkehrsflugzeug der Welt wurde von Großbritannien gebaut. Es ist der viermotorige De Havilland „Komet". Die Maschine fliegt in 10 000 bis 12 000 m Höhe 750 Kilometer in der Stunde, kann 36 Passagiere aufnehmen und hat fünf Mann Besatzung. Ähnliche Typen sind im Bau oder in Vorbereitung. In den Vereinigten Staaten dagegen befinden sich nach zuverlässigen Berichten keine reinen Düsen-Verkehrsflugzeuge in der Entwicklung oder Erprobung. Die bisher absolut führende amerikanische Luftfahrtindustrie scheut die Entwicklungskosten von rund 40 Millionen Dollar, nachdem sie ihre schwere Nachkriegs-Depressionsperiode mit großen finanziellen Verlusten gerade eben erst überwunden hat. So geht die Führung im Bau von modernen Düsenverkehrsmaschinen an Großbritannien über. Da Großbritannien jetzt zuerst die eigenen Luftfahrtgesellschaften mit den neuen Maschinen ausrüstet, erscheinen Umschichtungen im Atlantik-Luftverkehr zuungunsten der bisher mit einem Anteil von rund 65 Prozent dominierenden amerikanischen Luftfahrtgesellschaften nicht ausgeschlossen.

Die sich hier anbahnende Entwicklung hat zwei Ursachen: Die amerikanische Luftfahrtindustrie wird nicht subventioniert, die De Havilland-Werke dagegen haben vom britischen Staat erhebliche Summen für die Entwicklung des „Komet" bekommen. Ein amerikanischer Gesetzentwurf, die sogenannte „Prototyp-Bill", die eine Erstattung der für die Entwicklung landesweichtiger Flugzeuge aufgewandten Kosten durch den Staat vorsieht, steht bisher nur auf dem Papier.

Die andere Ursache für die sich möglicherweise ergebenden weittragenden Umschichtungen ist eine Abmachung aus dem Kriege, in der festgelegt wurde, daß Großbritannien sich auf die Entwicklung schneller Jäger spezialisieren solle, während die Amerikaner Fernbomber zu bauen hatten. Dadurch kam Großbritannien schneller zum Düsenflugzeug und somit auch zum „Komet". Inzwischen hat man in den Vereinigten Staaten allerdings auch gute Düsenjäger entwickelt. Die hohen Entwicklungskosten konnten von der Industrie getragen werden, weil der Staat beträchtliche Aufträge garantierte, durch die auch diese Ausgaben wieder hereinkamen. Die Aufträge für reine Düsenverkehrsflugzeuge würden jedoch dafür zu gering sein. So wandert die Führung auf diesem wichtigen Gebiet mehr und mehr nach Großbritannien.

Alle Erfolge der Briten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeit für einen weltweiten Einsatz der Düsenmaschinen im Weltluftverkehr noch nicht gekommen ist.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß das Düsenflugzeug technisch eine Revolution und vor allem in der Steigerung der Höchstgeschwindigkeit für Verkehrsflugzeuge einen gewaltigen Sprung bedeutet. Diesen neuen Gegebenheiten müssen sich alle anderen Nebenfaktoren des Flugzeugeinsatzes zunächst einmal anpassen. Zellenfertigung, Navigation, Wetterkundung, Start- und Landekontrolle, Brennstoffversorgung, Blindflugeinrichtungen und Reparaturdienst, ohne die ein planmäßiger Verkehr in der zivilen Luftfahrt heute nicht mehr möglich ist, sind auf diese Veränderung bisher in keiner Weise eingestellt. Damit entfällt vorerst der rasche massenhafte Einsatz von Düsenmaschinen in der Zivilluftfahrt, selbst wenn er produktionsmäßig möglich wäre. Umbau der Landeeinrichtungen und Neuorganisation der Kontrolleinrichtungen vor allem müssen vorangehen. Ebenso muß der Wetterdienst und die Wettervorhersage unbedingt weiträumiger werden und größere Höhen erfassen, damit sie auf den größeren Aktionsradius, die weit höhere Geschwindigkeit und die ganz andere Flughöhe der Maschinen von morgen eingestellt sind.

Das sind nur einige Punkte, die nach Ansicht vieler Fachleute vor dem fahrplanmäßigen Verkehr von Düsenmaschinen geordnet sein müssen. Es ist möglich, daß die Industrie in der bereits begonnenen Entwicklung von Düsenmotoren, die nicht als Rückstoßmotoren arbeiten wie beim „Komet" (Turbo-Jet), sondern die mit einer normalen Luftschraube gekoppelt sind (Turbo-Prop), eine Zwischenlösung findet. Diese Maschinen würden höchstens 500 bis 600 km in der Stunde fliegen können. Eine solche Geschwindigkeitssteigerung wäre vielleicht bei den heutigen Flugplatzorganisationen noch tragbar. Nach dem notwendigen Umbau könnten dann später die reinen Düsenmaschinen eingesetzt werden.

Die Steuern sind noch zu hoch

Vorschläge der Wirtschaft

Die Forderungen und Vorschläge der Wirtschaft für die Gestaltung der Steuerpolitik legte vor einigen Tagen in Hamburg der Direktor der Ottensener Eisenwerke, Paul Schultz, in einem Referat anläßlich einer vom Verband der steuerberatenden Berufe (VDB) veranstalteten Fachtagung dar. An die Spitze seiner Forderungen stellte der Vortragende den Vorschlag, daß die deutsche Wirtschaft nicht mit höheren Steuern belegt wird als die der anderen Staaten. Eine Werkzeugmaschine beispielsweise erbringe in Frankreich die gleiche Leistung wie in Deutschland. Da jedoch die französischen Steuern unter denen der Bundesrepublik lägen, könne Deutschland nicht zu gleichen Preisen verkaufen. Es komme aber gerade auf eine Auszeichnung des Exports an. Man solle deshalb in Anbetracht der verschärften Konkurrenz die steuerliche Förderung der Exportindustrie vordringlich behandeln. Überhaupt müsse es zu einer organischen Steuerreform kommen, wobei die Senkung der die Wirtschaft treffenden Belastungen als primär anzusehen ist.

Nach einer Zusammenstellung von Dr. Binder vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel werden 50% des Gesamteinkommens in der Bundesrepublik weggesteuert, führte der Vortragende weiter aus. An anderer Stelle sei dagegen festgestellt worden, daß in Italien nur 30% in Großbritannien 37% und in Belgien 40% des Einkommens an den Fiskus fällt. In den USA sei dieser Anteil noch wesentlich geringer. Außerdem würden dort den Unternehmen weitaus günstigere Abschreibungsmöglichkeiten als in Deutschland gegeben. Den Vorteil davon hätten nicht zuletzt die Arbeiter infolge des besseren Lebensstandards. Schultz ging dann auf die Vorschläge des Verbandes deutscher Maschinenbauanstalten hinsichtlich der Bestimmungen über Abschreibungen ein und unterstrich die Notwendigkeit zur Einführung der Bewertungsfreiheit, auch für Ersatzanschaffungen. Der Steuerausfall durch die Zulassung höherer Abschreibungen im Anschaffungsjahr werde infolge der schnelleren Abschreibungen in den weiteren Jahren kompensiert, so daß man nur von einer Stundung sprechen könne. Diese Bestrebungen müßten nach Meinung des Direktors der Ottensener Eisenwerke durch ein Gesetz zwischen Gewerkschaften und Unternehmern unterstützt werden. Zur Erleichterung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft sei eine wesentliche Voraussetzung die Sparsamkeit der Verwaltung mit Steuermitteln.

Ministerialdirigent Mersmann vom Bundesfinanzministerium erklärte, daß eine völlige Bewertungsfreiheit bei der gegenwärtigen Gesetzeslage noch nicht möglich sei. Er betonte die durch die Einkommensteuernovelle geschaffenen Erleichterungen. Eine durchschnittliche Besteuerung in Höhe von 50% des Einkommens, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bei 30 000 DM gelegen habe, trete nun erst bei 60 000 DM Jahreseinkommen ein. Eine Betriebssteuer könne auf keinen Fall vor dem 1. Januar 1951 eingeführt werden. Sie werde voraussichtlich als sogenannte Antragssteuer behandelt werden müssen, da sie für kleinere Unternehmen sich unter Umständen ungünstig auswirken könne. Der Lastenausgleich wird nach Ansicht des Vortragenden durchgeführt, ebenso ein Aufwandsteuergesetz, das die Luxussteuer und die Spesensteuer umfassen werde. Dabei könne die Luxussteuer nicht nach dem Muster der britischen Purchase Tax durchgeführt werden, die über eine Besteuerung erhöhten Aufwandes bewirken soll, daß Arbeitskräfte von der Luxusindustrie zu wichtigeren Produktionszweigen geführt werden, da in der Bundesrepublik gerade die Luxusindustrie im Rahmen ihrer Exportaufgabe der Förderung bedürfe. Bei der Spesensteuer werde für eigene Spesen eine Pauschale gewährt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg